ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Preis: 2,50 Euro

LOTTA

Zeitung aus NRW

Nr. 16
Frühjahr 2004

www.free.de/lotta

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Elite sein...

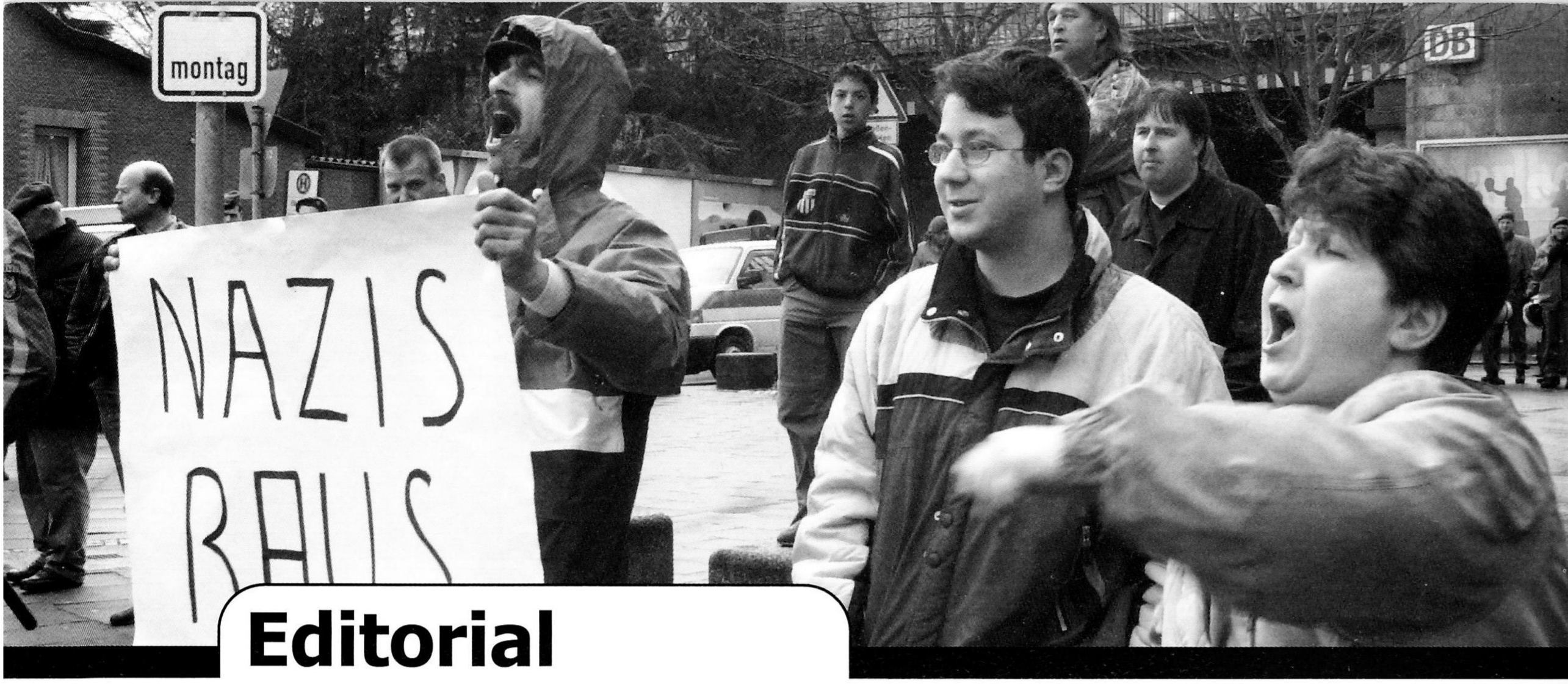
Schwerpunkt: Das studentische Verbindungs(un)wesen

In und ums westliche Sauerland herum

Neonazismus im Raum Hagen / Märkischer Kreis / EN-Süd-Kreis

Abgesang auf ein politisches Chamäleon

Eine Betrachtung der Freiwirtschaftsbewegung - Teil II



Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Eigentlich sollte diese Ausgabe ja erst in drei Wochen erscheinen. Das wird aber wohl 1. niemanden stören und liegt 2. daran, dass wir in einen neuen Erscheinungs-Rhythmus wechseln möchten: Frühlingsausgabe im März, Sommerausgabe im Juni, Herbstausgabe im September und Winterausgabe im Dezember. Die nächste Ausgabe wird Ende Juni erscheinen.

Als Schwerpunkt haben wir uns dieses Mal das Thema Studentenverbindungen, insbesondere Burschenschaften vorgenommen. Oft werden diese als anachronistische und unbedeutende 'Spinner' an den Universitäten abgetan, belächelt oder gar ignoriert. Aber "Korporationen stellen in ihrer Funktion eine ganz besondere Rekrutierungsart einer bürgerlich-konservativen Bildungselite dar", schreibt unser Gastautor Dr. Stephan Peters in seinem Artikel in dieser Ausgabe. Sie wollen "Elite" sein, "auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führende Berufe der Gesellschaft (...) entsenden", wie es der ehemalige Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) einmal formulierte. Und dieses nicht ohne Erfolg. Und das politische Spektrum, in dem sich Studentenverbindungen bewegen, reicht bis weit in die extreme Rechten hinein.

Bedanken möchten wir uns bezüglich dieses Schwerpunktes insbesondere bei Dr. Stephan Peters, aber auch bei allen anderen AutorInnen der Broschüre "Verbindungs-(Un)Wesen. Anachronismus an den Hochschulen?", herausgegeben im Jahr 2002 vom AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Alle AutorInnen dieser Broschüre haben am Entstehen des LOTTA-Schwerpunktes mitgewirkt, ihre Broschürentexte überarbeitet zur Verfügung gestellt.

Weiterhin geht ein dickes Dankeschön an die Antifa Hagen und die Autonome Antifa Lüdenscheid, die einen Einblick in die neonazistischen Strukturen ihrer Region geben, an Peter Conrady für seinen Bericht aus Sachsen, an Joß Fritz für seine zweiteilige Betrachtung der Freiwirtschaftsbewegung, an Arndt Printen für seinen Artikel über den Aachener Repressionssumpf sowie an alle anderen GastautorInnen.

Wünschen würden wir uns mehr Feedback zu Aufbau und Inhalten von LOTTA. Häufig ist es ein Rätselraten, ob beispielsweise neue Rubriken wie die Berichte aus anderen Bundesländern oder RechtsRock/Aufmarsch-Splitter das Interesse unserer Leserinnen und Leser treffen.

Wir wünschen einen sonnigen antifaschistischen Frühling!

Eure LOTTA-Redaktion

P.S.: Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 24. April 2004

Preisrätsel

Zunächst einmal zur Auflösung des letzten Rätsels. Der nordrhein-westfälische Neonazi-Kader, nach dem gefragt war, ist **Sven Skoda**, der sich in den letzten Jahren vom Düsseldorfer "Kameradschaftsführer" in die bundesweite Führung des Wulff-Flügels der "Freien Kameradschaften" hoch"gearbeitet" zu haben scheint. Er studiert derzeitig in Venlo und ist eng mit der niederländischen Neonazi-Partei NVU verbunden.

Die unter neun richtigen Einsendungen durch Los ermittelte Gewinnerin aus Viersen wurde benachrichtigt.

Neues Spiel, neues Glück: Das nebenstehende Angebot wurde im Jahr 2001 am Rande einer neonazistischen Demonstration in NRW gemacht. Die Frage lautet nun, in welcher Stadt das geschah und was sich hinter den "Pflastersteinen" verbirgt.

Antworten bis zum 31. Mai an lotta@koma.free.de. Als Preis winkt einmal mehr ein Jahresabo (bei bestehenden Abos eine Jahresaboverlängerung) der LOTTA.

Inhalt

Gesellschaft

Beutekunst bleibt in Wuppertal 4
"Von der Heydt-Museum" macht seinem Namensgeber alle Ehre

Schwerpunkt

Studentische Korporationen 6
Gemeinschaften mit elitärer Zielsetzung

Elite sein 11
Ziel korporationsstudentischer Erziehung

Den NS "ersehnt" 13
Geschichte der Burschenschaften und anderer studentischer Verbindungen

Die neuere Entwicklung der "Deutschen Burschenschaft" 16

DB-Burschenschaften in NRW 19
Horst Mahlers Reisen durch Verbindungshäuser

"Alle pflegen rechtes Gedankengut" 21
Interview mit dem AK Antifa des fzs

Extreme Rechte

Im und ums westliche Sauerland herum 24
Neonazismus im Raum Hagen / Märkischer Kreis und südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis

Rassismus als "seriöse Alternative" 29
Judith Wolter: Die "Pro-Köln"-Vorsitzende unter der Lupe

Ganz weit im Osten - gerade noch Deutschland 31
Ein Überblick über die sächsische Neonazi-Szene

Die Reisen des Jürgen G. aus L. 36
Ein Neonazi-Kader auf Querfront-Kurs

RechtsRock-Splitter 37

Aufmarsch-Splitter 39

Kurzberichte 41

Braunzone

Abgesang auf ein politisches Chamäleon 43
Eine Betrachtung der Freiwirtschaftsbewegung - Teil II

Schwerpunkt: Elite sein...

Oft werden Studentenverbindungen als anachronistische und unbedeutende "Spinner" an den Universitäten abgetan, belächelt oder gar ignoriert. Aber "Korporationen stellen in ihrer Funktion eine ganz besondere Rekrutierungsart einer bürgerlich-konservativen Bildungselite dar", schreibt unser Gastautor Dr. Stephan Peters in seinem Artikel in dieser Ausgabe. Sie wollen "Elite" sein, "auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führende Berufe der Gesellschaft (...) entsenden", wie es der ehemalige Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) einmal formulierte. Und dieses nicht ohne Erfolg. Das politische Spektrum, in dem sich Studentenverbindungen bewegen, reicht bis weit in die extreme Rechten hinein.

ab Seite 6

Grundlagen

Totalitarismus-Theorie 46
Vom Aufstieg der antikommunistischen Ideologie zur offiziellen deutschen Staatstheorie

Geschichte

Die Geschichte der SA 50

(Anti)Rassismus

Auf einmal bist du Türkin... 54
100.000 libanesische Flüchtlinge von Abschiebung bedroht

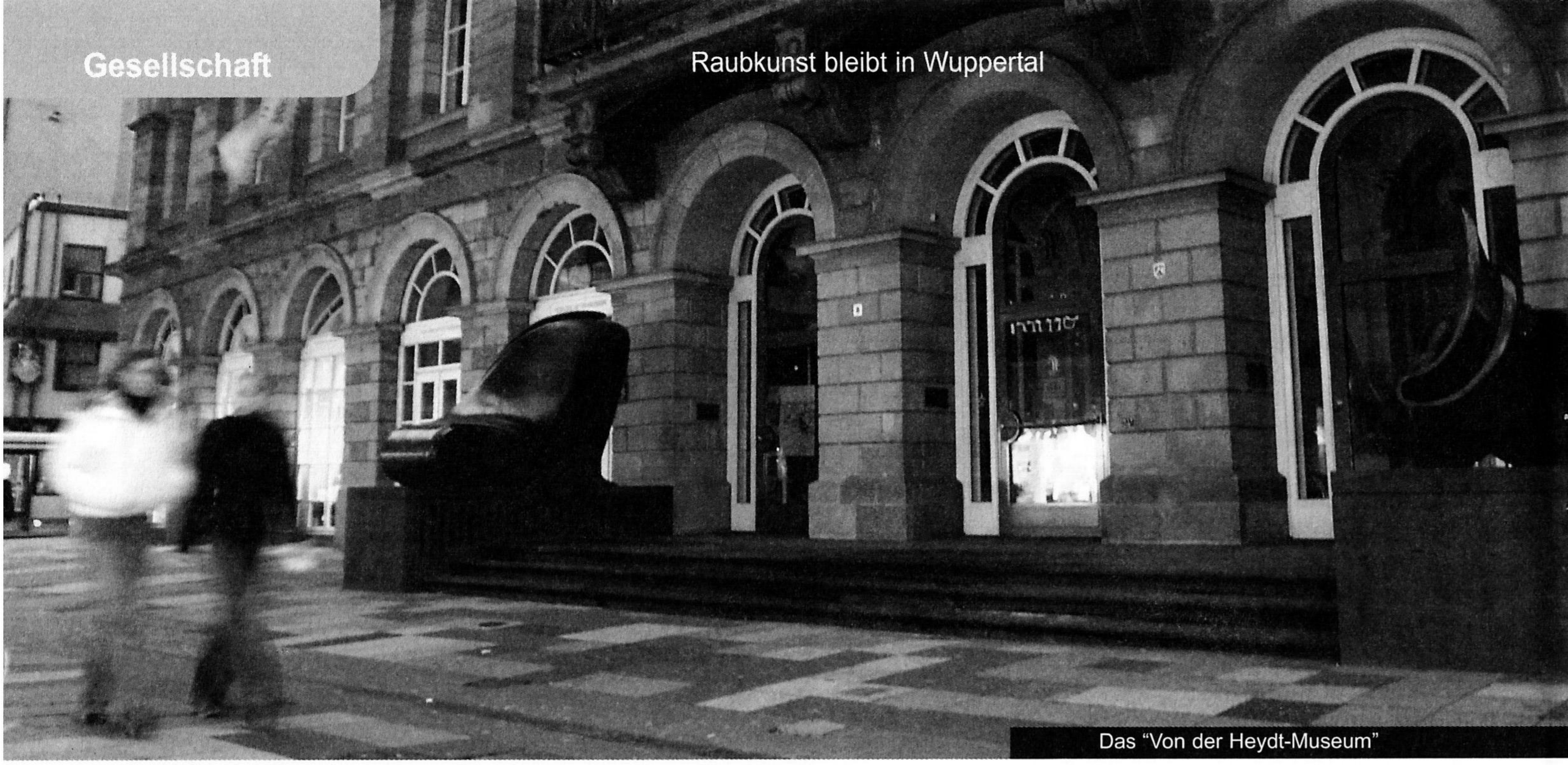
Repression/Justiz

Aachener Beweisketten 55
Staatsanwaltschaft auf "Anti-Antifa"-Kurs

Kesseltreiben 57
Rechtswidrigkeit des "Dortmunder Kessels" einmal mehr bestätigt

Rezension

Braune Kameradschaften 58
Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis



Das "Von der Heydt-Museum"

Von Torsten Biemann

Raubkunst bleibt in Wuppertal

"Von der Heydt-Museum" macht seinem Namensgeber alle Ehre

Der in Berlin lebende jüdische Fabrikant und Kunstsammler **Max Meirowsky** bereitet 1938 seine Emigration in die Schweiz vor. Zu seiner berühmten Sammlung zählen Werke von van Gogh, Renoir, Monet, Gauguin und Pissarro. Nachdem die Berliner Nationalgalerie zuvor die Übernahme einiger seiner Gemälde abgelehnt hat, ist er zur Finanzierung seiner Auswanderung dazu gezwungen, seine Kunstsammlung auf einer so genannten Judenauktion zu versteigern. Im November 1938 – einige Tage nach der Reichspogromnacht – gelangt dabei auch das Gemälde "Felsige Flusslandschaft" des Frankfurter Malers **Otto Scholderer** für 1.000 Reichsmark in den Besitz der Galeristin **Aenne Abels**. Einige Monate später wird dieses Bild für 3.500 Reichsmark durch das Wuppertaler Kunstmuseum erworben. "In gutem Glauben", wie die derzeitige Direktorin des Museum, Sabine Fehlemann, auch heute noch betont.

Zur Finanzierung der "Judenvermögensabgabe" musste der Berliner Oberregierungsrat **Alfred Sommerguth** 1939 106 Gemälde und Papierarbeiten verkaufen. Dabei wurde auch die Pastellzeichnung "Erinnerung vom Dampfboot auf der Donau" von **Adolf von Menzel** für 8.000 Reichsmark im Berliner Auktionshaus "Lange" versteigert. 1940 gelingt dem Ehepaar Sommerguth über die Schweiz und Kuba die Flucht in die USA. 1956 stiftet der berüchtigte Kunstsammler und Mäzen **Eduard von der Heydt** diese Arbeit gemeinsam mit einem erheblichen Teil seiner umfangreichen Sammlung dem Wuppertaler Museum. Ob er selbst das Bild auf der "Judenauktion" erwarb, ist unklar. Zum Dank für seine großzügige Schenkung wird von der Heydt einige Jahre später zum Namenspatron des Wuppertaler Museums erkoren.

Um seine Flucht nach Amsterdam zu finanzieren, muss der Frankfurter Elfenbeinhändler **Ernst Flersheim** 1937 einen Großteil seiner Kunstsammlung versteigern, unter anderem das Gemälde "Tatar mit Pferd" des in Wuppertal gebürtigen Malers **Ernst von Maree**. Ersteigert wird es für 850 Reichsmark vom Hamburger Tabakindustriellen **Phillip Reemtsma**. Die Flucht des Ehepaars **Gertrud und Ernst Flersheim** war vergeblich. Nach der Besetzung der Niederlande werden sie von den Nazis inhaftiert und 1944 im Konzentrationslager Bergen-Belsen ermordet. 1948 gelangt das wertvolle Bild Ernst von Marees für 4.000 DM in den Besitz des Von der Heydt-Museums.

Keine "moralische Verpflichtung"...

Obwohl der Rat der Stadt Wuppertal im Dezember letzten Jahres in einem einstimmigen Beschluss ihrer Rückgabe zugestimmt hat, ist der politische Streit um die drei Bilder aus dem Fundus des städtischen "Von der Heydt-Museums" in den letzten Monaten eskaliert. Die Erben der ursprünglichen jüdischen Eigentümers – in zwei Fällen handelt es sich um die leiblichen Enkel und in einem Fall um die "Bona-Terra-Stiftung", welche die Aus- und Fortbildung junger Juden fördert – kämpfen bereits seit Jahren um eine Herausgabe dieser Bilder. Doch Museumsdirektorin Sabine Fehlemann verweigert standhaft eine Rückgabe "ihrer Bilder", die sie "solange behalten" will, "wie es irgend geht". Unterstützt wird sie dabei vom Vorsitzenden des Kunst- und Museumsvereins, **Eberhard Robke**, der nicht nur die Rechtsansprüche auf Herausgabe der drei Kunstwerke bestreitet, sondern "auch eine moralische Ver-

pflichtung (...) angesichts der vielen Millionen Mark, die unser Staat an finanzieller Wiedergutmachung geleistet hat, nicht erkennen" mag. Die Erben würden die Bilder ohnehin wieder verkaufen, oder auf Kunstmärkten versteigern. "Es geht also nicht um Moral, sondern um Geld" sind sich Robke und Fehlemann einig und bedienen dabei das antisemitische Klischee vom "raffgierigen Juden".

Um den für die Stadt Wuppertal zunehmend zu einem ernsthaften Imageschaden führenden Widerstand zu brechen, hat die Kulturdezernentin **Marlis Drevermann** (SPD) in einer Beschlussvorlage für den Rat der Stadt dem "Von der Heydt-Museum" kurzerhand die Kompetenz für die Rückgabeforderungen entzogen. "Künftige Rückgabeansprüche werden (...) als Geschäft der laufenden Verwaltung abgewickelt", heißt es dazu in dem nahezu einstimmigen Ratsbeschluss, der am 15. Dezember 2003 die rechtlichen und moralischen Ansprüche auf Restitution der Raubkunst grundsätzlich bejaht. Direktorin Fehlemann sieht in diesem Beschluss "einen schwarzen Tag für das Museum Wuppertal" und befürchtet einen "Dammbruch", was die mögliche Herausgabe weiterer Bilder angeht. Moralische Kategorien seien in dieser Entscheidung über rechtliche Ansprüche gestellt worden. Alle politischen Verpflichtungen zur großzügigen Behandlung von Restitutionsansprüchen im Rahmen der Washingtoner "Holocaust-Konferenz" von 1998 und der Selbstverpflichtung in der "Berliner Erklärung" von Bund, Ländern und Deutschem Städtetag, werden dabei von der promovierten Kunsthistorikerin souverän ignoriert. Sie bestreitet weiterhin die Rechtmäßigkeit der Rückgabeansprüche und auch in der neuesten Presseerklärung des Museums anlässlich einer Podiumsdiskussion über "Baron von der Heydt und seine Sammlung", ist von einem "falsch verstandenen Wiedergutmachungseifer" die Rede.

"Meine Aufgabe ist es, die Bilder im Museum zu halten", definiert Frau Fehlemann ihre Rolle als Museumsdirektorin. Mit diesem bornierten Besitzstandsdenken steht das Wuppertaler Kunstmuseum offensichtlich nicht alleine: Lediglich ein knappes Dutzend Museen hat bisher Stellen zur Erforschung der Provenienz ihrer Bestände eingerichtet. Rückgabeansprüche werden immer wieder mit allen Mitteln hintertrieben, wie zum Beispiel im Fall des Duisburger "Lehmbruck-Museums", das die Herausgabe des Ölbildes "Buchsbaumgarten" von **Emil Nolde** an in Israel lebende Erben verweigert. In der Regel sehen die Museen sich selbst eher in der Opfer- als in der Täterrolle. So auch im Falle des Wuppertaler Museums, wo Frau Fehlemann betont, nach dem Krieg selber etliche Bilder an die Besatzungsmächte Russland und Frankreich verloren zu haben. Eine schon ziemlich dreiste Gleichsetzung der Spätwirkungen des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges mit den Begleitumständen der systematischen Entrechtung und Vernichtung der Juden in Deutschland.

Der "Ehrenbürger" Eduard von der Heydt

Baron Eduard von der Heydt, Spross einer alteingesessenen Wuppertaler Bankiersfamilie, war nicht nur ein international bekannter Kunstsammler und Mäzen, sondern auch ein wichtiger Förderer des NS-Regimes. In einer persönlichen Korrespondenz mit dem "sehr verehrten Reichsmarschall" **Hermann Göring**, machte er sich um die Erweiterung von dessen Kunstsammlung um einige Exponate aus dem Familienbesitz der von der Heydts verdient. Als Vorsitzender des "Fördervereins der Nationalgalerie" in Berlin war er ein wichtiger Förderer der Künste in Nazi-Deutschland. Nach dem Erwerb der Schweizer Staatsbürgerschaft, 1937, liefen während des Krieges wichtige Finanztransfers für das Netz der Spionageabwehr der deutschen Wehrmacht über die Konten Von der Heydts. In seiner Funktion als Schweizer Vertreter der von ihm mitgegründeten "August-Thyssen-Bank", war er an den Raubgoldgeschäften des Deutschen Reichs beteiligt. Eduard von der Heydt gehörte zu jener diskreten Riege von Privatbankiers, die sich um die Devisenbeschaffung für das NS-Regime verdient gemacht haben. Trotzdem ist und bleibt Eduard von der Heydt nicht nur der Namenspatron des Wuppertaler Kunstmuseums, sondern ist seit 1952 auch Ehrenbürger der Stadt und Namensgeber des bekanntesten Kunstpreises.

Proteste führen zu Strafverfahren

Aktivisten des Arbeitskreises "Angreifbare Traditionspflege", die im Oktober 2002 anlässlich eines Symposions zum hundertjährigen Jubiläum des Museums lautstark eine Umbenennung in "Jankel Adler Museum" - nach einem jüdischer Maler - forderten, wurden von der Museumsleitung wegen Hausfriedensbruch und Versammlungsstörung angezeigt. Obwohl das Kulturdezernat der Stadt Wuppertal deutlich zu erkennen gab, dass es an einem Prozess nicht interessiert sei, wurden drei Kunstfreunde Ende März wegen "Sprengung einer öffentlichen Versammlung" und "Hausfriedensbruch" zu jeweils zwanzig Tagessätzen verurteilt. Dass Museumsleiterin Fehlemann im Prozess behauptete, die Anzeigenerstattung sei mit ihrer Dienstvorgesetzten, der Kulturdezernentin Marlis Drevermann, abgestimmt gewesen, könnte zu einem juristischen Nachspiel führen. Der Anwalt der Verurteilten kündigte zum Prozessende neben einem fälligen Berufungsantrag auch eine Strafanzeige wegen "uneidlicher Falschaussage" gegen die Museumsdirektorin an. Auf die gerichtliche Fortsetzung des Wuppertaler Kunststreites darf man also schon gespannt sein.

Den Namen **Jankel Adler**s hat das Wuppertaler Museum nicht verdient. Der mit **Paul Klee** und **Otto Dix** befreundete, zeitweilig in Wuppertal lebende jüdische Maler gehörte zur Bewegung "Junges Rheinland" und musste 1933 nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten aus Deutschland fliehen. 1940 kämpfte er in der polnischen Armee in Frankreich gegen die deutschen Invasionstruppen und konnte in Dünkirchen in letzter Minute nach England evakuiert werden. Von seiner großen Familie überlebte nur noch eine Nichte und ein Neffe den Holocaust. Deutschen Boden wollte Jankel Adler auch nach dem Krieg nie wieder betreten.

Von Dr. Stephan Peters

Studentische Korporationen

Gemeinschaften mit elitärer Zielsetzung

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es ungefähr 1.000 studentische Korporationen mit etwa 22.000 Studierenden und 135.000 so genannten Alten Herren (Stand 1997). Ungefähr 900 dieser Korporationen sind in den zirka 30 Dachverbändern organisiert. Ein Teil dieser Dachverbände wiederum hat sich in den zwei bundesweiten Meta-Dachverbänden des "Convents Deutscher Akademikerverbände" (CDA) und/oder des "Convents Deutscher Korporationsverbände" (CDK) organisiert.

Das rechtsextreme korporierte Spektrum umfasst hauptsächlich den Dachverband der "Deutschen Burschenschaft" mit 14.000 Mitgliedern und in Teilen den der "Deutschen Gildenschaft" mit 560 Mitgliedern sowie der "Neuen Deutschen Burschenschaft" mit 3.500 Mitgliedern. Es ist realistisch, wenn in etwa 15.000 Korporierte, also etwa 10% der Gesamtzahl, der rechten bis rechtsextremen Szene zuzuordnen sind

Eine hohe Affinität zu konservativ-rechtem Gedankengut weisen vor allem die schlagenden Verbindungen (hier vor allem die Landsmannschaften und Turnerschaften des Coburger Convents (CC)) auf, was auf eines ihrer zentralen Erziehungsmittel – die Mensur – zurückzuführen ist. Burschenschaften waren zum Beispiel an der Gründung des rechtsextremen "Rings freiheitlicher Studenten" (RFS) und an der des "Republikanischen Hochschulverbandes" (RHV) führend beteiligt.

Gefolgt werden die schlagenden Studentenverbindungen von dem großen Block der konservativ eingestellten Verbindungen. Zu nennen ist hier vor allem der mit etwa 30.000 Mitglieder größte Dachverband, der "Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen" (CV).

Den Abschluss des politischen "Links-Rechts-Schema" bilden die zum Teil gemischtgeschlechtlichen Bünde, zum Beispiel die des "Sondershäuser Verbandes", dem die musisch orientierten Verbindungen angeschlossen sind. Politisch 'linke', überhaupt emanzipatorische Korporationen gibt es nicht. Begründet liegt diese Tatsache vor allem in einem allen Verbindungen gemeinsamen Zwangssystem.

Dieses Zwangssystem soll in diesem Beitrag durch die genaue Betrachtung der korporierten Erziehung und des Verlaufes einer typischen Mitgliedschaft insbesondere an Hand von korporiertem Schriftmaterial eingehender charakterisiert werden. Abschließend wird der Sinn des korporierten Systems erläutert.

Die Mittel der korporierten Erziehung

Eine studentische Verbindung, in der Regel als reiner Männerbund mit Lebensbundprinzip organisiert, weist ein umfassendes Regelwerk auf, dem sich die Mitglieder unterordnen müssen. Erzogen werden die Mitglieder angeblich zu "Vertretern eines ehrenhaften Studententums

und zu charakterfesten, tatkräftigen, pflichttreuen Persönlichkeiten".[1]

Ein weiterführendes Ziel der Erziehung: "Das in der kleinen Gemeinschaft der Korporation Geübte soll den einzelnen Bundesbruder befähigen zur Übernahme seiner Verantwortung in dem größeren Kreis von Staat und Gesellschaft."[2]

Um eine Erziehung der Persönlichkeit mit elitärem Führungsanspruch gewährleisten zu können, bedient sich eine Korporation eines ganzen Kanons unterschiedlicher Regeln, die in den so genannten Comments zusammengefasst sind.

Drei Erziehungs- und Formungsmittel seien hier kurz erläutert:

- » Der "Convent", also die verbindungsstudentische Mitgliederversammlung,
- » Die "Kneipe", gemeint ist das ritualisierte Feiern,
- » Die "Mensur", der Zweikampf zwischen Korporierten mit scharfen Waffen.

» Der Convent

Der erzieherische Wert des Conventes als verbindungsstudentische Mitgliederversammlung liegt in der Vermittlung eines Feingefühls für das Machbare. Das einzelne Mitglied erfährt, wie weit es gehen kann, ohne den Unmut der anderen auf sich zu ziehen: "Der erzieherische Wert des Conventes in sprachlicher und psychologischer Schulung wird immer unterschätzt. Erst muß ich einmal im Kreise der Freunde, der Bundesbrüder die inneren Hemmungen überwinden lernen, sonst werde ich – im Berufe stehend und in das öffentliche Leben gestellt – unter meinen Hemmungen eine Niete bleiben und das Feld dem hemmungslosen Demagogen überlassen."[3]

Erzogen wird auf diesen Mitgliederversammlungen durch Selbstüberwindung. Der Korporierte soll bei Unterwerfung unter die gemeinschaftlichen Regeln lernen, seine eigenen Grenzen zu überwinden. Es wird allerdings in der Darstellung nicht reflektiert, woher die genannten "inneren Hemmungen" rühren. Auch die Gegnerschaft, hier der "hemmungslose Demagoge", wird nicht spezifiziert. Es wird seitens der Gemeinschaft vielmehr ein dubioses Feindbild suggeriert, das es zu bekämpfen bzw. zu überwinden gilt.

Da der Convent gesetzgebendes, richtendes und ausführendes Organ einer Korporation ist und zudem Parteiungen innerhalb der Gemeinschaft nicht duldet, ist er als höchst undemokratisch anzusehen.

» Die Kneipe

Eine Kneipe meint ein "geselliges Trinken in festgelegter Form".[4] Begrüßungen und Ansprachen, Ehrungen und bestimmte Arten des Trinkens (geregelt im Biercomment) sind Formbestandteile der Kneipe.

Bei der Kneipe bildet eine Ordnungsvorgabe den Rahmen, innerhalb dessen sich der Korporierte zurechtfinden muss. Überschreitet er den Rahmen, wird er nach Härte des "Vergehens" abgestraft (meist muss er in einer gewissen Form trinken, er kann aber auch der Kneiptafel verwiesen werden). Der erziehende und kontrollierende Aspekt der Kneipe wird folgendermaßen beschrieben: "Trotz eines gewissen einzuhaltenden Zeremoniells darf nicht vergessen werden, dass (...) auch die Kneipe ein Prüfstand ist, auf dem der junge Corpsstudent zeigen soll, mit welcher Sicherheit er sich in dem ihm vorgegebenen Rahmen frei und ungezwungen bewegen kann. Beherrscht er ihn einmal, wird es ihm später im gesellschaftlichen und beruflichen Leben gut zustatten kommen."[5]

Die Kneipe stellt somit ein Medium korporierter Erziehung dar, in der der Verbindungsstudent durch dauerndes Abwägen seiner selbst und der gesetzten Vorgaben Freiräume zu entdecken lernt, innerhalb derer er sich bewegen darf. Er lernt sozusagen einen Balanceakt durchzuführen, um in den Genuss der gelebten Gemeinschaft zu kommen. Dabei ist der Rahmen einer Kneipe von der Gemeinschaft selbst gesetzt, also konstruiert. Die Kneipe ist ein "Spiel" zwischen Freiheit und Sicherheit, zwischen Verbotenem und Erlaubtem, zwischen Beherrschung und Exzess, zwischen Ordnung und Chaos.

Der Korporierte lernt, Unsicherheiten und Risiken im Leben und im Umgang mit Mitmenschen mittels eingeübtem Reglement zu begegnen. Vielleicht ist auch hier der Grund zu finden, warum Korporationen nach wie vor attraktiv für viele Studierende sind, denn sie bieten konstruierte Sicherheit in einer überschaubaren Gemeinschaft (im Gegensatz zur anonymen Massenuniversität), die es nach außen zu verteidigen gilt.

» Die Mensur

Die Mensur, der ritualisierte Kampf mit scharfen Waffen, gibt es nur in schlagenden Korporationen. Dort ist sie ein Grundprinzip. Es kann nur derjenige aufgenommen werden, der mindestens einmal eine so genannte Bestimmungsmensur gefochten hat. Der genaue Ablauf, Umfang der Vorbereitungen und die Regeln sind im jeweiligen Paukcomment festgehalten. Ernsthafte Verletzungen kommen heutzutage kaum noch vor, da einzelne Körperpartien geschützt sind. Auch ist ein Arzt anwesend, der mögliche Wunden (ohne Betäubung) versorgt.

Bei der Mensur geht es nicht darum, den Gegenüber zu besiegen, sondern vielmehr die eigene Angst vor der scharfen Waffe und eventuell drohenden Verletzungen zu überwinden, sich dadurch für die Gemeinschaft einzusetzen (das bedeutet völlige Unterwerfung und Akzeptanz ihrer Regeln) und diese zu stärken: "Die Mensur ist ein Mittel der Erziehung (...) der Persönlichkeitsentwicklung dadurch, dass sie anleitet zu Mut, Selbstüberwindung, Selbstbeherrschung und Standhalten. Wer auf scharfe Waffen antritt, muß – soldatisch ausgedrückt – den inneren Schweinehund überwinden, nämlich die (...) Angst. (...) Die Mensur ist nach Innen ein Bindemittel, ein Integrationsmittel, also ein Mittel zur Verstärkung der Bindung an den Bund und die Brüder. Wer wiederholt auf die Farben seines Corps gefochten, sich dabei bewährt und meist auch kleinere Blutopfer gebracht hat, fühlt sich die-

Der “Schmiss” - Auszeichnung eines Waffenstudenten

sem ritterlichen Männerbunde unvergleichlich enger verbunden, als in aller Regel ein Mitglied irgendeinen anderen Vereins sich diesem verbunden fühlt. (...) Die Mensur ist nach außen ein Abschreckungsmittel, nämlich gegenüber solchen, die es nicht fertig bringen, den ‘inneren Schweinehund’ zu überwinden, und die wir deshalb in unseren Reihen nicht haben wollen.”[6]

Es finden sich hier Parallelen zur Kneipe: Wieder gibt es einen fest reglementierten Rahmen, innerhalb dessen das “Waffenspiel” Mensur stattfinden muss. Wieder sieht sich das Mitglied seinen eigenen Grenzen ausgesetzt, die es zu überwinden gilt, und wieder geht es um das Erlernen eines Balanceakts zwischen den eigenen Grenzen und den Gesetzen der Gemeinschaft. Die Regeln müssen unter der Gefahr von Schmerz erlernt und angewandt werden, erst dann kann der Korporierte vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft werden. Die Mensur stellt eine Zugangsbeschränkung zur “ritterlichen Gemeinschaft” dar und ist somit auch ein Mannbarkeitsritual. Da sie durch Anordnungen beliebig wiederholt werden kann, ist sie zugleich als wichtiges Mittel der Disziplinierung nach innen zu verstehen.

Korporierte Erziehung - eine Zusammenfassung

Folgendes lässt sich zur Analyse der Mittel korporierter Erziehung in Hinblick auf das Mitglied festhalten:

» Der Korporierte lernt fremden Regeln, zu gehorchen und mit ihnen umzugehen. Dafür erhält er Zugang zur korporierten Gemeinschaft. Die Erziehung zielt auf Selbstüberwindung ab: Es wird vermittelt, dass die Gemeinschaft wichtiger ist als der Einzelne.
» Die Persönlichkeitsentwicklung, die mittels einer solchen Erziehung vorangetrieben wird, ist die eines Menschen, der sich schnell festgesetzten “Spielregeln” unterordnen und sich diese zu Eigen machen kann, um sich möglichst frei in den Regeln bewegen zu können (autoritärer Charakter). Im beruflichen Leben ist das sicherlich von Vorteil, vor allem in Berufen und Gruppen, in denen nach festgesetzten Regeln (eindeutige Machtstrukturen, starke Hierarchien) gearbeitet wird.
» Befehl und Gehorsam, dafür Anerkennung durch die Gemeinschaft ist der Grundgedanke des korporierten Zwangssystems, dem sich der Korporierte zu fügen hat und den er unhinterfragt verinnerlichen muss. Er ist durch die korporierte Erziehung nahezu unfähig, auf größere Veränderungen angemessen zu reagieren und zeigt dadurch eine Affinität zum Bewahren, Konservieren, wie studentische Verbindungen überhaupt; dies gilt auch für nichtschlagende Verbände, wie etwa dem CV.

Der Verlauf einer Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft als Student, also die “Karriere” eines Korporierten, weist eine Drei-Phasen-Struktur auf:

» Die Phase der Integration, in der es der Korporation darum geht, das neue Mitglied möglichst vollkommen und zügig in die Gemeinschaft einzugliedern.
» Die Phase der Festigung, in der sich das neue Mitglied mehr oder weniger unwiderruflich für die Korporation entschieden hat und die Korporation ihn aktiv für ihre Zwecke einsetzt.
» Die Angliederungsphase, in der der mittlerweile zum “inaktiven” Burschen aufgestiegene Student aus vielen Pflichten entlassen wird, um sein Studium zu beenden und sich auf den Einstieg in das Berufsleben vorbereiten zu können. Diese Phase endet mit der Aufnahme in die “Altherrenschaft”.

Diese drei Phasen werden im Folgenden genauer geschildert:

» Die Integrationsphase

Die Integrationsphase ist variabel und umfasst den Zeitraum vom Beginn der Anwerbung bis zur offiziellen Aufnahme des neuen Mitgliedes als Vollmitglied. Meistens dauert sie bis zu einem Jahr, selten länger. Mit der so genannten Burschung findet die Phase ihren Abschluss. Zum Verlauf:

Korporationen werben ihren Nachwuchs meist gezielt an, zum Beispiel anlässlich der ZVS-Einschreibung durch Einladung zu einem Mittagessen oder bieten den Erstsemestern billigen, meist durch die Altherrenschaft subventionierten Wohnraum an. Ein solches Entgegenkommen ist nicht zu unterschätzen, van Gennep schreibt dazu: “Ein solcher Gabentausch hat eine unmittelbar verpflichtende Wirkung: ein Geschenk von jemanden zu akzeptieren heißt, sich an ihn binden.”[7]

Lebt der so genannte “Spefuchs” dann im Hause der Korporation, wird er zunächst unverbindlich zu einigen Veranstaltungen eingeladen usw. Auch hier bleibt seitens der Verbindung nichts dem Zufall überlassen. Der Neue wird gezielt in die Korporation integriert (zum Beispiel darf er am Mittagstisch teilnehmen, lernt im öffentlichen Leben bedeutende “Alte Herren” kennen etc.). Nach einer kurzen Phase der Orientierung erklärt sich der Neue dann unter Umständen bereit, dem Bund beizutreten. Oder er wird auf seinen Beitritt zur Gemeinschaft hin gefragt.

Tritt er bei, bekommt er zunächst das meist zweifarbige Band als Zeichen der Mitgliedschaft verliehen (jetzt darf er zum Beispiel auch die anderen Mitglieder duzen), ist damit Fuchs, also sozusagen Anwärter auf eine Vollmitgliedschaft und befindet sich in der Probezeit. Damit ist eine eindeutige Statuszuweisung verbunden. Als eine Art Novize ist der Fuchs derjenige, der in der Hierarchieleiter an unterster Stelle steht. Zur Erleichterung der Integration, aber auch zur Kontrolle muss sich der Fuchs einen so genannten "Leibburschen" wählen, der ihn in schwierigen Lagen vertreten kann. Zusätzlich bekommt er Unterricht vom für die Nachwuchserziehung zuständigen "Fuchsmajor" (gelernt wird das Reglement, die Geschichte der Korporation, des Dachverbandes, etc.). Erst nach und nach werden die Regeln der Korporation angewandt, so dass das neue Mitglied die beginnende Erziehung kaum bemerkt.

Der Fuchs hat nur eingeschränkte Rechte in den Organen der Korporation, aber volle Pflichten, so sollte er an jeder Veranstaltung teilnehmen und Anweisungen (zum Beispiel vom Fuchsmajor) mit "unbedingtem Gehorsam"[8] ausführen.

Die kurze Integrationsphase wird begleitet von einer Anzahl unterschiedlicher Rituale. Zu nennen sind unter anderem ein Adoptionsritual, das mit einer Namensgebung (Biername) verbunden ist, das offizielle Aufnahmeritual als Initiation (mit Statusänderung) und bei den schlagenden Korporationen die Bestimmungsmensur als besonderes Initiations- und Männlichkeitsritual. Daneben gibt es eine Vielzahl kleinerer, sich ständig wiederholender Rituale, zum Beispiel Trinkrituale. Die Rituale erfüllen unter anderem den beabsichtigten Zweck einer emotionalen Vermittlungsrolle:

"Die zwischenmenschlichen Tugenden, die uns zur Persönlichkeit prägen, lassen sich indessen nicht durch Vorlesungen, Seminare oder Predigten tradieren, man muß sie durch die Riten einer kleinen Gruppe, durch das Brauchtum einer Lebensform, durch das Vorbild der Älteren mehr unterschwellig als lehrhaft, mehr emotional als verstandesmäßig zur Gewohnheit, zum Habitus, zur Lebensart machen."[9]

Durch die Rituale lernt das Mitglied das Reglement kennen, erfährt die für die Korporation wichtigen inhaltlichen Zusammenhänge und vor allem den Umgang mit den anderen Korporierten sowie mit der Gemeinschaft, in die er sich integrieren muss. Insgesamt zeichnet sich die Integrationsphase für das neue Mitglied durch hohe zeitliche und inhaltliche Dichte aus, durch die er einerseits aus der universitären Umgebung in die Korporation hineingezogen wird und ihm andererseits die Möglichkeit zur Reflexion seines Tuns bewusst stark eingeschränkt wird. Ziel ist dabei nicht nur das Erlernen der Regeln, sondern auch eine Reduzierung des Fuchsen zur so genannten "prima materia", die müheloser geformt, geschliffen bzw. erzogen werden kann.

» Die Phase der Festigung

Die aktive Burschenzeit umfasst zirka drei Semester, so dass der Korporierte zuzüglich der Fuchsenzeit mindestens vier Semester der Korporation aktiv zur Verfügung steht.

Auch in dieser Phase bleibt die zeitliche und inhaltliche Belastung des Korporierten hoch. Jedoch hat sich durch die "Burschung" sein Status verändert. Er ist nun vollwertiges Mitglied auf Lebenszeit und genießt die vollen Rechte. Er ist damit in der Lage, seinerseits die Gemeinschaft mitzugestalten, Ämter zu bekleiden und die Korporation nach außen zu vertreten. Wurde der Korporierte in der Integrationsphase erzogen, so ist er nun in der Position, selbst zu erziehen. War er vorher derjenige, der die Befehle auszuführen hatte, so ist er nun derjenige, der die Befehle gibt. Zeichnete sich die Integrationsphase durch eine Erziehung durch Zwang aus, so wird in der Festigungsphase durch angeleitete Regelanwendung erzogen. Der Korporierte hat als "Fuchs" die Regeln verinnerlicht, die ihm nun als Leitlinien zur Ausgestaltung des korporierten Gemeinschaftslebens dienen.

» Die Angliederungsphase

Die Phase der Angliederung bezeichnet die "inaktive" Zeit des Korporierten, in der dieser sein Studium beendet und sich auf den Eintritt in das Berufsleben (und damit auf seine "Rückkehr" in die Gesellschaft) vorbereitet. Je nach Studiumsdauer umfasst diese Phase einen Zeitraum von zwei Jahren und mehr. Die "Inaktivität" des Korporierten wird auf Antrag an die Gemeinschaft von dieser auf dem zuständigen "Convent" beschlossen. Den Abschluss der Inaktivenzeit bildet die "Philistrierung", also die förmliche Übernahme des Korporierten in die "Altherrenschaft", die gleichfalls durch Beschluss des zuständigen "Conventes" vollzogen wird. Als inaktiver Bursch muss der Korporierte nicht mehr allen Verpflichtungen der korporierten Gemeinschaft nachkommen und steht dieser eher beratend zur Verfügung. Seine Rechte bleiben davon unberührt. Erst der Status als "Alter Herr" verändert noch einmal sowohl Rechte als auch Pflichten. Der "Alte Herr" subventioniert die korporierte Gemeinschaft, steht beratend zur Seite, kann aber notfalls auch in die Geschicke der so genannten Aktivitas eingreifen. Nicht unwichtiger ist seine Aufgabe, in der Gesellschaft seine erlernten korporierten Vorstellungen umzusetzen.

Zusammenfassung des Verlaufes einer Mitgliedschaft

Die studentische Korporation kann in ihrer Funktion als ein Übergangsritual bezeichnet werden, das seinen Sinn in der "Kontrolle der Dynamik des sozialen Lebens" haben soll. Sie trennt dazu die neuen Mitglieder aus ihrem bisherigen Leben/Umfeld, fügt sie in ihr "sicheres Zwangssystem" mit einer Vielzahl von Methoden ein. Dabei wendet die Gemeinschaft teilweise Methoden an, die auf eine gezielte Bewusstseinsveränderung abzielen. Insbesondere durch die Vielzahl und Intensität der Rituale erfolgt eine emotionale Vereinnahmung des Neuen durch die korporierte Gemeinschaft. Letzteres wird sogar von Korporierten öffentlich propagiert, denn die Erziehung soll schließlich den "ganzen" Menschen formen.[10]

Zugehörigkeitskriterien

Den meisten Verbindungen ist gemeinsam (es gibt sehr wenige Ausnahmen), dass sie Frauen ausschließen, keine Zivildienstleistenden (gilt für die Bünde der DB) oder AusländerInnen (nur DB) aufnehmen.

Frauen werden vielmehr als "Damen", das heißt als "schmückendes Beiwerk" oder "Aushängeschilder" "ihrer" Männer angesehen. Denn vermeintlich "weibliche" Charakterzüge wie Emotionalität und Schwäche passen, so wird argumentiert, nicht zu den angeblich "männlichen" Idealen, wie zum Beispiel Ehre, Mut (siehe nur: Mensuren) oder Kameradschaft. Es wird also eine biologistische Sichtweise vertreten, nach der neben den körperlichen Unterschieden auch oben aufgezählte Verhaltensweisen biologisch vorgegeben seien. Damit wird eine reaktionäre und konservative Sichtweise auf Geschlechtlichkeit – wie sie in Männerbünden üblich ist – in verschärfter Weise reproduziert. Deutlich wird dies an einer "Damenrede", die von einem Korporierten anlässlich eines Stiftungsfestes seiner Verbindung gehalten wurde: "Ihr seid die schönsten Juwelen unseres Lebens, denn ohne Euch wären wir schmucklos, freudlos, resonanzlos. Wer versteht uns Rauhbeiner besser zu nehmen als Ihr, liebe Damen, mit Eurem weit höher entwickelten Feingefühl für alles Menschliche und Unmenschliche!"[11]

Schluss

Die in der Gemeinschaft vorhandenen Inhalte werden während des Erziehungs- und Formungsprozesses von dem neuen Mitglied verinnerlicht und anschließend angewandt, um nach der Erziehung den Korporierten in die Gesellschaft und zwar in "genau definierte Positionen"[12] zurückkehren zu lassen. Es ist deutlich geworden, dass eine Korporation mehr als eine sich gegenseitig stützende Gemeinschaft ist. Sie ist eine Schicksals-, Erziehungs-, und Lebensgemeinschaft. Die abschließende Frage, die es noch zu beantworten gilt ist: Wozu ist das Ganze eigentlich gut?

Die Antwort gibt **Manfred Kanther**, ehemaliger Bundesinnenminister, der eine der wichtigsten Funktionen seines Corps darin sieht, "auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führende Berufe der Gesellschaft zu entsenden".[13]

Korporationen stellen in ihrer Funktion eine ganz besondere Rekrutierungsart einer bürgerlich-konservativen Bildungselite dar, die unter demokratischem Vorzeichen zu kritisieren ist. Sicherlich ist den Korporationen ihre Funktionsweise zu neiden, jedoch sind die Inhalte, die in ihren Gemeinschaften anerzogen werden, einem demokratischen Prozess höchst abträglich, hier sei noch einmal auf die Unterwerfungs- und Zwangsaneignungsstrategien hingewiesen. Neben den Inhalten (zum Beispiel "national gesinnt") ist vor allem in Hinblick auf die notwendige demokratische Kontrolle einer solchen bedeutsamen Elite diese zu kritisieren, weil sie sich eben einer Kontrolle von außen durch ihre Informalität der Mitglieder untereinander bewusst entzieht.

Diese Elite steht gegen Chancengleichheit in Staat und Gesellschaft und für soziale Ungleichheit und Ausgrenzung, nicht zuletzt dadurch, dass sie schon allein durch ihre Aufnahmebedingungen über 50 % der Gesellschaft (nämlich die Frauen und regelmäßig auch Zivildienstleistende) nicht an der wohlfunktionierenden Protektion teilhaben lassen will.

[1] Handbuch des Kösener Corpsstudenten, Band 2, 1985, S. 2 f.
[2] CV-Handbuch, 1990, S. 269.
[3] Ebd., S. 222.
[4] Paschke, 1999, S. 153.
[5] Handbuch des Kösener Corpsstudenten, Band 1, 1985, S. 176.
[6] Raack, in: Die Wachenburg, 1983, S. 116.
[7] van Gennep, Übergangsriten, 1986, S. 37.
[8] Satzung der KDStV Palatia im CV, 1984, § 24 c.
[9] Kessler, in: Die Wachenburg, 1986, S. 3.
[10] Kessler, in: CDA/CDK, 1998.
[11] zitiert nach: Zeitung "verbindungen kappen", S. 17, Marburg Juni 2000.
[12] Turner, 1989, S. 35.
[13] Kanther, in: Oberhessische Presse, 28. Mai 1990

Zum Autor

Dr. Stephan Peters: Jg. 1969, Politikwissenschaftler, lebt und arbeitet derzeit in Lyon. Diverse Veröffentlichungen zu Korporationen.

Verwendete Literatur

CDK/CDA (Hrsg.), **Vielfalt und Einheit der deutschen Korporationsverbände**, ohne Ort 1998

Arnold van Gennep, **Übergangsriten**, Frankfurt am Main/New York 1999.

Gesellschaft für Studentengeschichte und studentisches Brauchtum e. V. (Hrsg.), **CV-Handbuch**, 1990

Friedhelm Golücke / Wolfgang Gottwald / Peter Krause / Klaus Gerstein (Hrsg.), Robert Paschke, **Studentenhistorisches Lexikon**, Köln 1999

Herbert Kessler, **Rede anläßlich des Stiftungsfestes des Corps Franconia Berlin zu Kaiserslautern**, in: Die Wachenburg. Zeitschrift des Weinheimer SC, 1986.

Joachim Raack, **Vom Sinn und Wert der Mensur**, in: Die Wachenburg. Zeitschrift des Weinheimer SC, 1983.

Vorstand des Verbandes Alter Corpsstudenten (Hrsg.), **Handbuch des Kösener Corpsstudenten**, 2 Bände, Würzburg 1985

Von Dr. Stephan Peters

Elite sein

Ziel korporationsstudentischer Erziehung

"Hier werden Nachfolger aufgebaut, Geld und Einfluß geltend gemacht, Helfer und Verbündete unterstützt und beharrlich Männer für Machtpositionen selektiert."[1]

Je wichtiger die gesellschaftliche Position, desto eher ist diese mit einem Mann aus dem Milieu des gehobenen (und konservativ eingestellten) Bürgertums besetzt.[2] Die westlichen Industrienationen haben im Laufe ihrer Entwicklung für diese geschlechtlich-soziale Selektion unterschiedliche Systeme entwickelt, allerdings mit sehr ähnlichen Ergebnissen: Sie weisen hinter einer formellen Chancengleichheit in Bezug auf das Geschlecht und soziale Herkunft eine Selektion durch eine systematisch angelegte informelle "Erziehung" zur Schaffung eines für die männliche Protektion günstigen "Corpsgeistes" auf. In den USA ist hierfür das System der Eliteuniversitäten bekannt, in Frankreich sind es die Grandes Ecoles. In Deutschland (auch in Österreich und in der Schweiz), wo es kein vergleichbares offizielles Elitesystem gibt, übernehmen u. a. *studentische Korporationen* diese Aufgabe. Am Beispiel der *Corps*[3] soll dies verdeutlicht werden:

Die Corps des "Kösener Senioren-Conventes" (KSCV) und des "Weinheimer Senioren-Conventes" (WSC), sie stellen mit zusammen ca. 24.000 Mitgliedern (Alte Herren und Aktive) heute etwa 15% der Korporierten[4], können hinsichtlich ihrer Elitebildung und Reproduktion zum Teil auf eine zirka 200-jährige Tradition zurückblicken. Die ersten Gründungen seit dem Jahre 1789 – sie richteten sich direkt gegen die Ideen der französischen Revolution - hatten mit den heute bekannten Corps noch wenig gemein. Sie waren zunächst reine Standesvertretungen an der Universität. Erst nach 1871 entwickelten sich die Corps und auch andere Korporationen rasch zu überregionalen und generationsübergreifenden Verbänden (Lebensbund) mit organisierten Altherrenschaften. Durchhierarchisierung der Corps nach einem Befehl-und-Gehorsam-System (Fux, Bursche, Alter Herr), Erziehung zum Mann als Zweck des Männerbundes und Zielsetzung im elitären Streben waren die Folge. Mit Erfolg: 1893 saßen 45 Corpsstudenten (11% der Abgeordneten) im Reichstag, vorwiegend in den konservativen Parteien zu finden. Die Chefs der Reichskanzlei waren seit 1871 fast ausnahmslos Corpsstudenten, hinzu kommen zahlreiche Corps-Studenten in den führenden Positionen der Ministerien, Präsidenten des Reichs- und der Landtage.[5] Namen wie **Otto Fürst von Bismarck**, **Wilhelm II.**, **Adolf Stoecker**, **Paul von Hindenburg**, **Friedrich Bayer**, **Fritz Henkel** und **Gottlieb Daimler**, **Emil von Behring**, **Justus Freiherr von Liebig** sowie **Aloys Alzheimer** bezeugen das Gelingen des corpsstudentischen elitären Strebens.[6] Sowohl an den corpsstudentischen Zweck- und Zielsetzungen und den innerorganisatorischen Reglementierungen als auch an dem Erfolg hat sich bis heute – wenn auch mit Verschiebung im gesellschaftlichen Feld - wenig geändert: Namen von Mitgliedern wie **Hanns-Eberhardt Schleyer**, **Edzard Schmidt-Jorzig**, **Manfred Kanther**, **Horst Weyrauch** (Hessens schwarze Kassen), **Henning Schulte-Noelle**, **Hans-Dieter Harig** usw. weisen darauf hin.

Als Voraussetzung des Erfolges bekommen die Mitglieder in einem mensur-, also pflichtschlagenden Corps eine besondere Prägung. Der genauere Charakter dieser Inkorporation der Mitglieder durch den korporierten Männerbund wurde in dem Einführungsartikel anhand der Erziehungsmethoden und des Mitgliedschaftsverlaufs bereits beschrieben. Wichtig ist hier die Selektion nach "Herkunft und Gesinnung"[7] (also nach sozialem Milieu und politischer Einstellung), Verstärkung der männlich-autoritären Strebungen der Persönlichkeit durch zahlreiche Integrationsmittel und – nicht zu vergessen – das Mannbarkeitsritual[8] als Bestimmungsmensur (denn erst nach der erfolgreich bestandenen Mensur ist der Corpsstudent ein "richtiger" Mann), die alle zusammen zu dem führen, was mit corpsstudentischen Worten folgendermaßen erläutert wird:

> Der Männerbund *"besitzt einen Schatz von Mythen und Riten, mit denen er seine Vornehmheit deklariert und seine Distanz gegenüber dem 'gewöhnlichen Volk' herausstreicht beziehungsweise rechtfertigt. Zum 'gewöhnlichen Volk' gehört in diesem Sinne vor allem die Frau, der es traditionell nicht gestattet ist, die 'Geheimnisse' des Männerbundes zu ergründen."*[9]

oder

> *"Noblesse erscheint als wesentliches Prinzip corpsstudentischen Benehmens. Hierzu gehören neben diversen Gruß-, Kleidungs-, und anderen Sitten Großzügigkeit, 'Ritterlichkeit' – was immer das heißen mag – und eine vornehme Distanz zu nicht gleichartigen und damit 'weniger würdigen' Personen."*[10]

Die Zielrichtung der corpsstudentischen Erziehung richtet sich also einerseits gegen die Personen eines anderen Milieus ("weniger würdige" Personen) und andererseits direkt gegen die Frauen, denen sich der Corpsstudent als Mann "höherwertig" fühlt.

In dem korporationsstudentischen System geht es um die Konstruktion einer "guten Gesellschaft", um das Herstellen einer Gruppe von "Gleichen unter Gleichen", die sich – ausgestattet mit dem für sie allzeit erkennbaren besonderen korporierten Habitus[11] – gegenseitig helfen und protegieren, wobei sie von dem korporierten Gegenüber nicht einmal unbedingt wissen müssen, dass derjenige Korporierter ist. Man spricht die gleiche Sprache und vertraut sich untereinander aufgrund des gleichen Habitus. **Michael Hartmann** beschreibt das für den Habitus des gehobenen Bürgertums so:

"Das Gefühl, auf einer 'gemeinsamen Wellenlänge' zu kommunizieren, ist (...) außerordentlich wichtig. Es schafft die Basis für das gegenseitige Vertrauen auch in geschäftlichen Dingen."

Somit wird auch deutlich, warum es bei der Besetzung höherer und höchster Positionen nicht nur um das Einstellungskriterium der "Leistung", der beruflichen Qualifikation der Kandidaten geht, sondern um das habituelle "Plus", das einschließt, ob der Kandidat ein unter Männern "gegebenes Wort" auch unter allen Umständen zu halten in der Lage ist (wie man es mittels der "Ehre" in der Korporation einpaukt). Das ist das Feld der Korporationen und insbesondere der Corps[12], die in ihrer Gemeinschaft dafür Sorge tragen, dass neben der "Herkunft und Gesinnung" auch gewährleistet ist, dass man im Corpsstudenten (Korporierten) einen gleichdenkenden Mitarbeiter findet, der zudem für das gehobene bürgerlich-konservative Milieu innerhalb der gesamten Gesellschaft eine Verstärkung, ein Zugewinn zu sein verspricht (Reproduktion der konservativen Wertvorstellungen und Handlungsanweisungen).

Es kann demnach im Ergebnis festgehalten werden, dass die studentischen Korporationen, insbesondere die konservativ eingestellten Corps, einen milieuspezifischen Elitarismus pflegen, den sie als Männerbund sexistisch legitimieren, als solcher ihre Mitglieder einem ausgeprägten hierarchischen Befehl-und-Gehorsam-System unterwerfen und zahlreicher, ideologisch verdichteter Rituale unterziehen, wodurch sie die autoritären Strebungen in der individuellen Persönlichkeit verstärken. Im Sozialisationsverlauf erfolgt eine Vergemeinschaftung als Mannwerdung (Sexismus) und eine Vergesellschaftung als Elitestreben (Elitarismus), die die autoritären Strebungen des einzelnen Mitgliedes verstärken (Autoritarismus). Die Corps sind unter Einbeziehung des eigenen gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses als eine gesellschaftliche Form des (männlich-elitären) autoritären Korporatismus zu werten.

Weiterführende Literatur zum Thema, insbesondere zu den Corps

Stephan Peters
Elite sein.
Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert eine studentische Korporation
Marburg 2004, 325 Seiten,
ISBN 3-8288-8635-3, 29,90 Euro.

[1] Robert W. Connell, Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen 1999, Seite 226.

[2] Michael Hartmann, Klassenspezifischer Habitus oder exklusive Bildungstitel als Selektionskriterium? Die Besetzung von Spitzenpositionen in der Wirtschaft, in: Beate Krais (Hrsg.), An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen, Konstanz 2001, Seite 161 ff.

[3] Die Corps – neben den später (1815) entstandenen Burschenschaften – sind hinsichtlich des Brauchtums und der Protektion wohl die bekannteste Gruppe studentischer Korporationen und die entwicklungshistorische "Urwurzel" des heutigen Verbindungslebens. Vgl. Stephan Peters, Elite sein. Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert eine studentische Korporation?, Marburg 2004, Seite 58 ff.

[4] CDK/CDA (Hrsg.), Vielfalt und Einheit der deutschen Korporationsverbände, ohne Ort 1998, Seite 239.

[5] Manfred Studier, Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära. Untersuchungen zum Zeitgeist 1888 bis 1914, Schernfeld 1990, Seite 130.

[6] Auch in Dingen des Antisemitismus waren die Corps nicht nur personell (Stoecker), sondern auch geistige Elite, so beschloss der KSCV 1921 den Ausschluss von Juden (erstmals beantragt 1877, beschlossen 1920) um einen "Mischlingspassus" zu erweitern, der der Definition der 1935 beschlossenen "Nürnberger Rassegesetze" entsprach. Vgl. Helmut Neuhaus, Die Konstitution des Corps Teutonia, Marburg 1979, Seite 65.

[7] Constitution des Corps Borussia zu Tübingen, ohne Ort 1977, Seite 14, § 21.

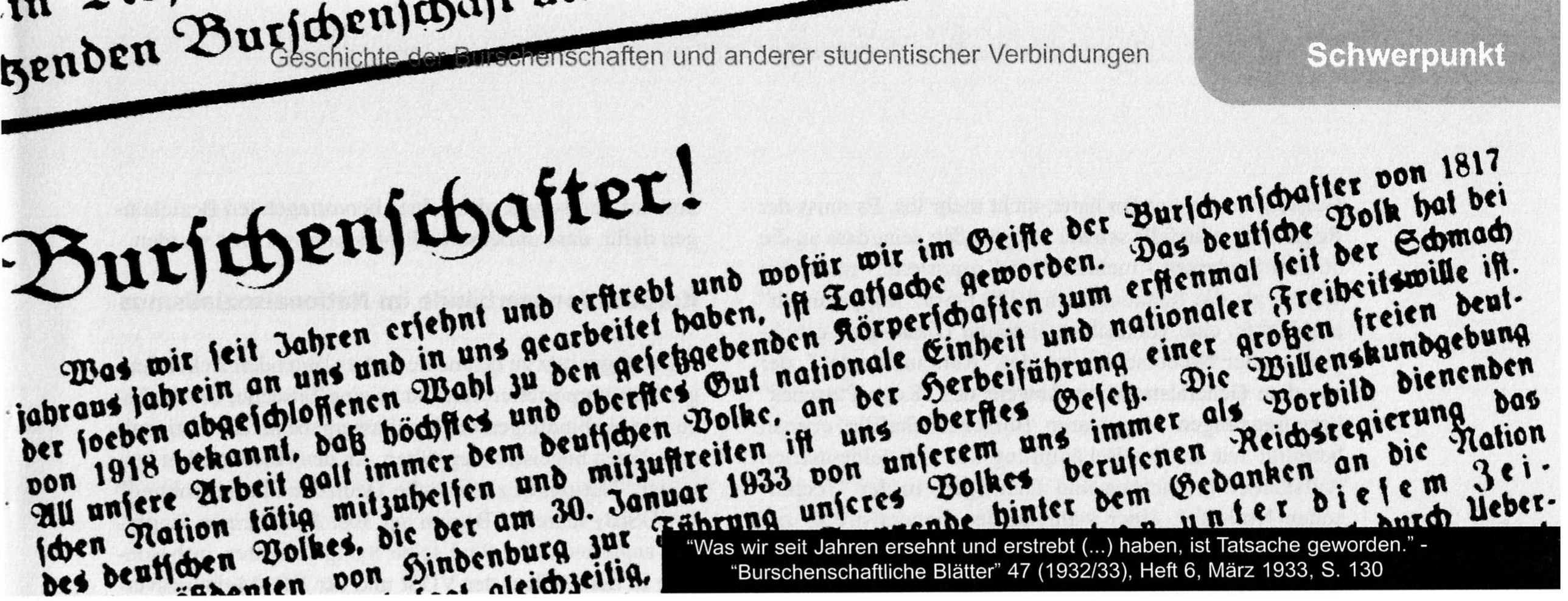
[8] Roland Girtler (selbst Corpsstudent), Corpsstudentische Symbole und Rituale – die Traditionen der Antike und der frühen Universitäten, in: Rolf-Joachim Baum (Hrsg.), "Wir wollen Männer, wir wollen Taten!", Deutsche Corpsstudenten 1848 bis heute, Berlin 1998, Seite 370 f.

[9] Ebenda, Seite 370.

[10] Ebenda, Seite 378.

[11] Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 26. März 2000, Äußerungen von Edzard Schmidt-Jorzig oder auch von Eberhard Diepgen.

[12] Es gibt noch mehr Gruppen, die hier wirken. Zu denken wäre an den Lions-Club, die Rotarier, Freimaurer etc..


Burschenschafter!

Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür wir im Geiste der Burschenschafter von 1817 jahraus jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden. Das deutsche Volk hat bei der soeben abgeschlossenen Wahl zu den gesetzgebenden Körperschaften zum erstenmal seit der Schmach von 1918 bekannt, daß höchstes und oberstes Gut nationale Einheit und nationaler Freiheitswille ist. All unsere Arbeit galt immer dem deutschen Volke, an der Herbeiführung einer großen freien deutschen Nation tätig mitzuhelfen und mitzustreiten ist uns oberstes Gesetz. Die Willenskundgebung des deutschen Volkes, die der am 30. Januar 1933 von unserem uns immer als Vorbild dienenden Führung unseres Volkes berufenen Reichsregierung das

"Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt (...) haben, ist Tatsache geworden." - "Burschenschaftliche Blätter" 47 (1932/33), Heft 6, März 1933, S. 130

Vom Antifaschistischen AutorInnenkollektiv

Den NS "ersehnt"...

Geschichte der Burschenschaften und anderer studentischer Verbindungen

Ursprünglich waren Burschenschaften studentische Zusammenschlüsse bürgerlich-demokratischer Prägung. Im Gegensatz zu den aristokratisch geprägten Corps identifizieren sie sich zunächst mit der französischen Revolution und nahmen auch an bürgerlich-revolutionären Aktionen wie dem Wartburgfest oder dem Hambacher Fest teil. Im Jahr 1815 wurde in Jena die "Urburschenschaft" gegründet, auf die sich heute noch die "Deutsche Burschenschaft" (DB) bezieht. Spätestens nach der gescheiterten Revolution von 1848 wechselten die Burschenschaften jedoch das Lager. Der schon vorher überreichlich von ihnen vertretene Nationalismus, der zunehmend völkisch-biologistische Züge annahm, gewann gegenüber demokratischen Forderungen immer mehr an Gewicht. Der endgültige ideologische Schulterschluss mit den gesellschaftlichen Eliten wurde dann spätestens mit der Entstehung des Kaiserreiches vollzogen.

Das Kaiserreich

Die wilheminische Politik – expansiver Imperialismus nach außen, Niederhalten der Arbeiterbewegung nach innen – wurde von allen studentischen Verbindungen begeistert unterstützt. Dabei zählte die DB zu den gesellschaftlichen Kräften, die am aggressivsten etwa die berühmt-berüchtigte Forderung nach einem "Platz an der Sonne" für Deutschland aufstellten und folgerichtig geschlossen in den "Alldeutschen Verband", die "Kolonialgesellschaft" und den "Ostmarkverein" eintraten. Ein weiteres charakteristisches Element der studentischen Verbindungen bildete der Antisemitismus, der sich seit den 1880er Jahren besonders in akademischen Kreisen massiv ausbreitete. Offiziell verkündeten beispielsweise 1891/92 die "Burschenschaftlichen Blätter", noch heute Organ der DB, "daß gegenwärtig die aktive deutsche Burschenschaft [..] den Kampf gegen das Judentum als nationale Aufgabe" ansehe. Der 1883 einberufene Burschentag beschloss, das Glaubensbekenntnis der aktiven Mitglieder künftig im Mitgliederverzeichnis auszuweisen, mit dem erklärten Ziel, alle jüdischen Mitglieder aus der DB hinauszudrängen. Bereits zwei Jahre später waren, laut der in den "Burschenschaftlichen Blättern" veröffentlichten Mitgliederstatistik, keine Aktiven jüdischen Glaubens mehr in den Burschenschaften zu finden.

Nach alledem ist es kaum verwunderlich, dass besonders die korporierten Studenten sich unter den ersten befanden, die 1914 begeistert "zu den Fahnen" eilten. Wer allerdings glaubte, die verheerende imperialistisch-völkische Ideologie der Korporationsverbände hätte durch die eklatante Niederlage des 1. Weltkrieges auch nur Ansätze selbstkritischer Reflexion erfahren, wurde schnell eines Besseren belehrt. Man wähnte sich im "Felde unbesiegt", propagierte lautstark die "Dolchstoßlegende" und prangerte die neue Regierung als "Verräter an der nationalen Sache" an. Die überwiegende Mehrheit der Studenten sowie nahezu alle Verbindungen standen der neuen, bürgerlich-demokratischen Ordnung feindlich gegenüber und wünschten sich nichts sehnlicher als die Rückkehr zu vertrauter monarchistischer Ruhe und Ordnung.

Weimarer Gefechte

Das Misstrauen und die offen zur Schau getragene Verachtung gegenüber der sozialdemokratisch geführten Regierung hinderte die korporierten Studenten allerdings nicht daran, sich an der blutigen Niederschlagung der überall im Reich aufflammenden sozialen Kämpfe zu beteiligen. Die Regierung forderte sogar gezielt die Studentenschaft auf, in die hierfür gebildeten "Freikorps" einzutreten, um die Republik vor dem drohenden "Bolschewismus" zu retten. In Freikorps organisierte Studenten beteiligten sich auch an der extrem brutalen Niederschlagung der Januar-Kämpfe in Berlin und der Münchener Räterepublik. Es schien aber, als würde die Republik die

Geister, die sie gerufen hatte, nicht mehr los. Es muss der Regierung jedenfalls schwer aufgestoßen sein, dass an die 50.000 Studenten - mehrheitlich Korporierte - mit dabei waren, als die Reaktion sich 1920 beim "Kapp-Putsch" anschickte, eine völkisch-rassistische Diktatur zu errichten. An der Niederschlagung des "Ruhraufstandes", der aus dem Generalstreik zur Abwehr des "Kapp-Putsches" hervorgegangen war, waren Burschenschaftler ebenso beteiligt wie an der Bekämpfung der "Mitteldeutschen Aufstände" in Sachsen und Thüringen. In der "Technischen Nothilfe", einer während des Generalstreiks zur Abwehr des "Kapp-Putsches" staatlich organisierten Streikbrecherorganisation, war der Anteil an Studenten mit 25 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich.

"...steht auf dem Rassestandpunkt"

Mit ihrem aktiven Eintreten für demokratie- und republikfeindliche Ziele sowie ihre offene Gegnerschaft zu allen Organisationen der linken Arbeiterbewegung brachten die Korporationsverbände ihre Ideologie und Praxis in einen bemerkenswerten Einklang. Die "Burschenschaftlichen Blätter" stellten 1926 fest: "Was wir wollen ist die Herrschaft des geborenen Führers." Der katholische Cartellverband beschloss 1928 auf seiner 58. Versammlung in Aachen: "Der CV bekennt sich erneut zur Volksgemeinschaft." Die antisemitischen und nationalistischen Positionen sollten sich zur Zeit der Weimarer Republik noch verschärfen. Die DB vertrat bereits 1922 in ihrem "Handbuch für den deutschen Burschenschafter" die Ansicht, dass die "politischen Grenzen des kommenden Reiches (...) dieselben sein [sollen] wie die naturgegebenen Grenzen des Volkes deutschen Gebiets." Dabei ging es um die als Folge des Ersten Weltkrieges verloren gegangenen Gebiete in Ost und West sowie um den Anschluss Österreichs. Neben dieser stark völkisch-nationalistischen Position nahm auch der offen rassistische Antisemitismus überhand. Nachdem schon der "Kyffhäuser-Verband" der "Vereinigung Deutscher Studenten" (VDSt) eine offen mit der NSDAP sympathisierende Verbindung, bereits 1919 begonnen hatte, die "rassefremden und undeutschen Einflüsse im deutschen Volksleben" zu bekämpfen, zog die DB auf ihrem berüchtigten Eisenacher Burschentag (1921) nach. Auch sie stellte sich nunmehr "in der Judenfrage auf den Rassestandpunkt" und duldete ab nun nur noch "arische" Studenten in ihren Reihen. Außerdem sollten die Mitglieder so erzogen werden, dass "eine Heirat mit einem jüdischen oder farbigen Weib ausgeschlossen ist".

Der CV verhielt sich reservierter. Zwar gab es auch hier einen Beschluss von 1920, wonach ein "Hinderungsgrund für die Aufnahme in den CV (...) semitische Abstammung, nachweisbar bis auf die Großeltern" war. Dieser Beschluss wurde jedoch von vielen CV-Mitgliedern kritisiert und nicht umgesetzt. Der berühmte "Ariernachweis", der 1935 mit den Nürnberger Gesetzen eingeführt wurde, war also keine Erfindung der Nationalsozialisten. Immer wenn es darum ging, gegen jüdische und fortschrittliche Professoren vorzugehen, waren korporierte Studenten in der ersten Reihe mit dabei. Sie störten Vorlesungen, riefen zum Boykott auf und sorgten dank ihrer hervorragenden Beziehungen dafür, dass unliebsame Professoren versetzt wurden.

Korporationsverbände im Nationalsozialismus

Im Gegensatz zu den heute anders lautenden Bekundungen von korporierter Seite ist es eine Tatsache, dass nahezu alle Verbindungen die Machtübergabe an die Nationalsozialisten begeistert begrüßten. An den Hochschulen hatte der "Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund" (NSDStB) schon zu Beginn der 30er Jahre seinen Siegeszug angetreten und fand seine Sympathisanten insbesondere in den Reihen der VDSt und der DB. Meinungsverschiedenheiten ergaben sich weniger an grundsätzlichen Fragen, denn aus dem traditionell-ständischen Gedankengut der Burschenschaften und Corps. Die nationalrevolutionären Phrasen des "linken" NS-Flügels um die Brüder **Strasser** schreckten viele Bundesbrüder ab. Die anfänglichen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit von NSDStB und Verbindungen legten sich aber spätestens 1928, als die Nationalsozialisten unter der Führung des Korporierten **Baldur von Schirach** eine Strategie umsetzten, die nun die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellten: "In gesellschaftlichen, in Korporationsangelegenheiten hat die Korporation, in politischen Dingen der Nationalsozialismus den Vortritt. Bei einigem guten Willen auf beiden Seiten lässt sich sehr gut beides vereinbaren."

Bald waren Doppelmitgliedschaften in Korporationen und dem NSDStB an der Tagesordnung: Bereits 1929 waren organisierte Nazi-Studenten in über 150 Verbindungen beheimatet. Folgerichtig wurden an vielen Hochschulen Einheitslisten von NSDStB und Verbindungen aufgestellt, was den Faschisten zu Beginn der dreißiger Jahre bei Wahlen zu den Allgemeinen Studentenausschüssen absolute Mehrheiten einbrachte.

Nach **Hitler**s Ernennung zum Reichskanzler jubilierten die "Burschenschaftlichen Blätter" in ihrer März-Ausgabe 1933: "Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür wir im Geiste der Burschenschafter von 1817 jahraus jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden." Auch der CV wollte angesichts der Begeisterung der Korporationsverbände nicht hintanstehen. Die Machtübernahme Hitlers wurde in der Verbandszeitschrift "Academia" als der "größte innenpolitische Sieg dieses Jahrhunderts" gefeiert. Kurze Zeit später hieß es dort: "Der CV muss Träger und Künder des Dritten Reiches sein." Dies waren keine bloßen Lippenbekenntnisse, wie man an der trauten Gemeinsamkeit sehen konnte, mit der Korporierte und NS-Aktivisten die Bücher nicht regimekonformer SchriftstellerInnen in alter Burschenschafter-Tradition auf den Scheiterhaufen warfen.

Der vom nationalsozialistischen Staat postulierte Allmachtsanspruch ließ allerdings auf Dauer ein eigenständiges Korporationswesen nicht zu. Wer aber glaubt, die von den Nationalsozialisten betriebene Gleichschaltungspolitik wäre auf ernsthaften Widerstand gestoßen, sieht sich gründlich getäuscht. Auch hier wurden weit offen stehende Türen eingerannt. Schon kurz nach der Machtübernah-

me wurden NS-Funktionäre Vorsitzende der jeweiligen Korporationsverbände. Sie kamen wohlgemerkt aus den eigenen Reihen und wurden nicht aufgenötigt. Überall wurde das Führerprinzip eingeführt – wenn es nicht sowieso schon bestand. Ab 1935 begann die große Selbstauflösungs- und Übertrittsphase, der NSDStB wurde zum einzigen legalen Studentenbund. Viele Korporationsverbände lösten sich auf, damit die einzelnen Verbindungen mehr oder weniger geschlossen übertreten konnten. Auf besonders spektakuläre Weise trat die DB dem NSDStB korporativ bei. Beim traditionellen Wartburgfest am 18. Oktober 1935 wurde dem Führer des NSDStB die Fahne der Urburschenschaft übergeben. Ob Selbstauflösung oder Übertritt ist im Prinzip aber sekundär, denn nicht unterschiedliche Inhalte waren Grund für die Selbstauflösungen, sondern die Durchsetzung eines keinerlei Autonomiebestrebungen duldenden Herrschaftsmodells, welches die Verbindungen politisch überflüssig erscheinen ließ.

"Ohne Unterbrechung"

Als im September 1945 erstmals die Rektorenkonferenz der britischen Zone zusammentrat, erklärte der Göttinger Rektor **Rudolf Smend** zum Thema studentische Korporationen: "Die Belastung dieser Verbindungen ist so groß, dass eine Wiederbelebung nicht möglich ist." Im Zuge der "Entnazifizierung" wurden die studentischen Verbindungen und die Abhaltung von Mensuren verboten. Die Amerikaner stellten in ihren "Military Organization Regulations" vom 14. März 1947 unmissverständlich fest: "All National Socialist organizations in universities are abolished and will not be permitted to be revived. The revival of other student organizations (especially Verbindungen, Burschenschaften, Korporationen, and their Altherrenbuende) of an nationalistic, reactionary or para-military character will not be permitted." Trotz aller Beschlüsse der westdeutschen Studenten und Rektoren gegen ein Wiederaufleben des Verbindungswesens, insbesondere gegen das öffentliche Farbentragen und die Mensur, wurden alle Dachverbände nach und nach wiederbelebt. Durch die Währungsreform 1948 konsolidierten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und gleichzeitig kehrten die "Alten Herren" in ihre Positionen zurück, wodurch die Rekonstruktion der Verbände bedeutend gefördert wurde. Als erste gründeten sich die konfessionellen Verbände neu, die einerseits weniger belastet waren als Burschenschaften und Corps und andererseits im Umfeld der Kirchen, Studentengemeinden und der CDU/CSU vom klerikalkonservativen Zeitgeist begünstigt wurden. 1948/49 wurden der "Unitas-Verband", der "Wingolfbund" und die beiden Dachverbände KV und CV wiedergegründet. Auf dem zweiten Marburger Burschentag am 16./17. Juni 1950 wurde dann auch die "Deutsche Burschenschaft" wiederbelebt. Im Oktober des gleichen Jahres folgte die Neugründung der "Vereinigung Alter Burschenschafter", während das gemeinsame Publikationsorgan von Aktiven und "Alten Herren", die "Burschenschaftlichen Blätter", bereits seit Januar 1950 wieder erscheinen konnten.

Einige Literaturtips zum LOTTA-Schwerpunkt

Peters, Stephan
Elite sein
Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert
eine studentische Korporation?
Marburg 2004

Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hrsg.)
Alte Herren – Neue Rechte
Rechte Normalität in Hochschule und Wissenschaft
Münster 2002

Dietrich Heither
Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft
Weltanschauung, Politik und Brauchtum
Köln 2000

Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges
Alte und Neue Rechte an den Hochschulen
Münster 1999

Dietrich Heither / Michael Gehler /
Alexandra Kurth / Gerhard Schäfer
Blut und Paukboden
Eine Geschichte der Burschenschaften
Frankfurt/M. 1997

Ludwig Elm / Dieter Heither / Gerhard Schäfer
Füxe, Burschen, Alte Herren
Studentische Korporationen vom
Wartburgfest bis heute
Köln 1992

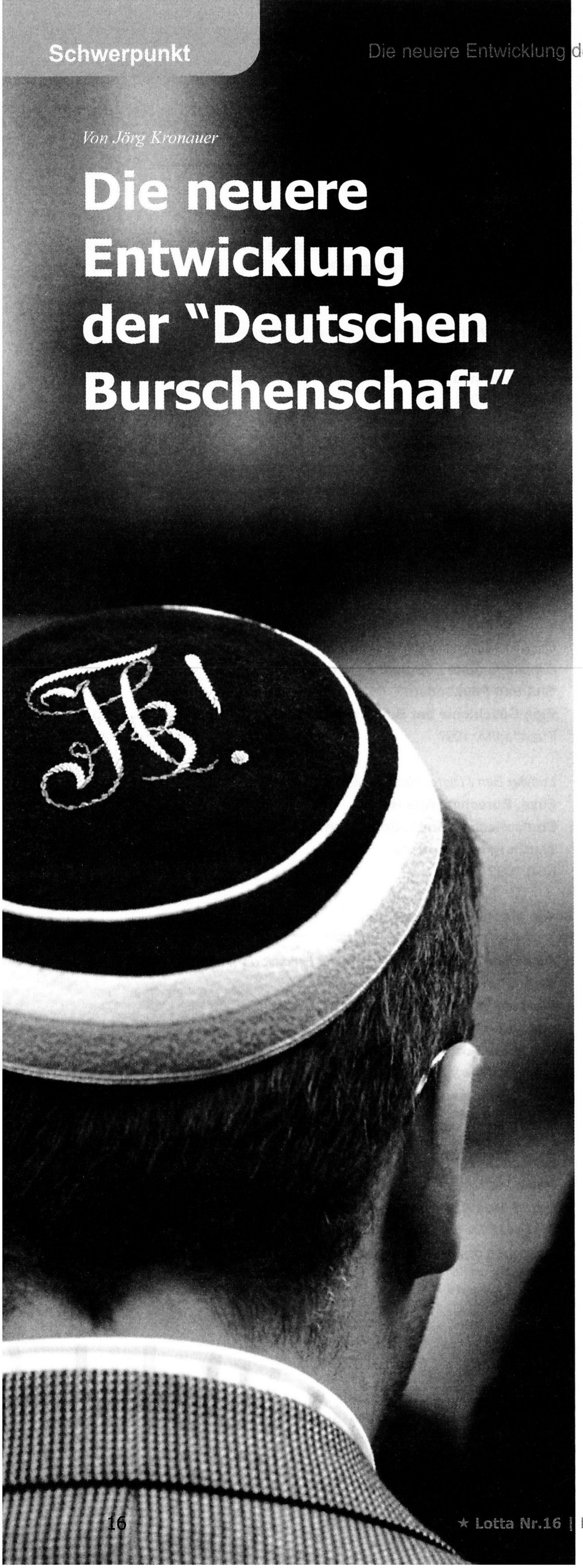
Sowie als Reader/Broschüren:

AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Hrsg.)
Verbindungs-(Un)Wesen -
Reader über Burschenschaften
und andere Zumutungen
Heinesche Post, Sommer 2002
Bezug über: AStA HHU, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf, Download u.a. unter www.zakk.de/kok/download

Referat für politische Bildung im AStA der Universität Mainz
herrschaftszeiten nochmal!
Mainz 2001
Bezug über: AStA der Universität Mainz, Staudinger Weg 21, 55128 Mainz, Download u.a. unter www.stuve.uni-muenchen.de/antifa/index.html

Von Jörg Kronauer

Die neuere Entwicklung der "Deutschen Burschenschaft"



In den 1980er und 1990er Jahren erlebte die "Deutsche Burschenschaft" (DB) heftige innere Auseinandersetzungen, die 1996 schließlich zu ihrer Spaltung führten. Die Auseinandersetzungen in der DB erklären sich aus ihrer zentralen Ideologie - dem völkischen Denken, das in ihrer Programmatik festgeschrieben ist - und aus den besonderen außenpolitischen Strategien, die Völkische in Deutschland nach 1945 entwickelten.

Völkisches Denken

Kerngedanke völkischen Denkens ist die Ansicht, die Menschheit lasse sich in verschiedene "Völker" unterteilen, die jeweils Gemeinschaften von Menschen gleicher Abstammung darstellten. Deutsch sei demzufolge nicht, wer in Deutschland geboren sei, sondern wer deutsche Vorfahren habe. Aus der Definition eines "Volkes" durch die Abstammung ergeben sich für die völkische Ideologie zahlreiche Konsequenzen. So zum Beispiel die Ansicht, alle Angehörigen des eigenen Volkes sollten, wenn irgend möglich, in einem einheitlichen Staat leben. Bezüglich des deutschen Volkes bedeutet das den Wunsch, alle Gebiete, in denen Menschen von vermeintlich deutscher Abstammung ("deutsche Volksgruppen") leben, dem Territorium Deutschlands anzugliedern. Dazu gehören nicht nur Teile Polens, Russlands und Tschechiens, sondern auch Österreich, Ostfrankreich ("Elsass-Lothringen") und die norditalienische Provinz Trentino - Alto Adige ("Südtirol"). Von 1949 bis 1990 hatten Völkische ein zusätzliches Problem: Es gab mit der BRD und der DDR zwei deutsche Staaten.

Das völkische Prinzip lässt sich unterschiedlich auslegen: Gemäßigt, aber auch radikaler. So fordern Gemäßigt-Völkische etwa Sonderrechte für die "deutschen Volksgruppen", ohne eine Annexion der betreffenden Gebiete zu befürworten, während radikale VertreterInnen des völkischen Prinzips "Schlesien", "Ostpreußen" etc. dem deutschen Staat direkt einverleiben wollen. In der DB gibt es einen gemäßigt-völkischen und einen radikal-völkischen Flügel. Entscheidende Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Flügeln finden über die Frage statt, welche Außenpolitik Deutschland verfolgen solle. Bis 1990 hatten beide Flügel dabei ein gemeinsames Ziel: die Vereinigung von BRD und DDR. Mit welcher Strategie diese Vereinigung zu erreichen sei, darüber gab es heftigen Streit.

Europäisierung und "Volksgruppenrechte"

Der gemäßigt-völkische Flügel der DB ging davon aus, dass die Vereinigung von BRD und DDR nur über die europäische Einigung erreicht werden könne. Zunächst, so der Grundgedanke, müsse Westeuropa geeint werden. Dadurch könne es wirtschaftlich eine solche Anziehungskraft gewinnen, dass es möglich werde, die ökonomisch schwächeren realsozialistischen Staaten Osteuropas in den europäischen Einigungsprozess hineinzuzwingen. In einem geeinten Gesamteuropa aber, in dem sich die freie Marktwirtschaft durchsetzen müsse, stünden sich dann

zwei deutsche Staaten - BRD und DDR - gegenüber; deren Vereinigung im Rahmen eines geeinten Gesamteuropa ergebe sich fast von selbst. Die Strategie, die deutsche und die europäische Einigung miteinander zu verknüpfen, wurde seit den Zeiten **Konrad Adenauer**s und **Franz Josef Strauß**' von den Unionsparteien vertreten und entwickelte sich zur herrschenden Konzeption in den deutschen Staatsapparaten; auch gemäßigt-völkische Burschenschaften übernahmen sie. Die Strategie enthielt ebenfalls ein Konzept, mit dessen Hilfe diejenigen Gebiete eng an Deutschland angebunden werden sollten, die außerhalb von BRD und DDR lagen und dennoch von Völkischen als "deutsch" beansprucht wurden. Dieses Konzept bestand darin, ein "europäisches Volksgruppenrecht" für das zusammenwachsende Europa zu fordern. "Volksgruppen" sollten verschiedene kollektive Sonderrechte erhalten. Ein solches "europäisches Volksgruppenrecht" würde auch allen "deutschen Volksgruppen" zugute kommen und es ihnen ermöglichen, sich enger an Deutschland zu orientieren. Da im geeinten Europa auch die Grenzen immer bedeutungsloser würden, gebe es für alle "deutschen Volksgruppen" keine wirksame Trennung von Deutschland mehr; es könne gelingen, eine sozusagen informelle Einigung aller deutschsprachigen Bevölkerungsteile Europas zu erreichen. Exemplarisch formulierte diese Strategie, die auch von zahlreichen gemäßigt-völkischen Burschenschaftern vertreten wurde, ein Mitglied der Burschenschaft "Arminia-Rhenania München", **Rudolf Fritsch**, im Juli 1986. Er meinte damals: "Vor allem gilt es, unserer Jugend klarzumachen, dass unser Vaterland nicht allein aus der Bundesrepublik besteht, und ein Verständnis für die viel umfassendere deutsche Kulturnation in allen ihren Teilen zu wecken." Geographisch präzisierte Fritsch dann: "Die deutsche Kultur reicht bis an die Memel, das kann keiner abstreiten. - Und sie reicht im Westen bis an die Maas, Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy gehören mit dazu." Fritsch formulierte seine Utopie: "Es ist ein Traum, aber doch erstrebenswert, ein Europa, in dem die Völker friedlich und demokratisch geleitet, nach ihrer eigenen Art, miteinander leben und Grenzen nur noch Verwaltungsbereiche einteilen. In einem solchen Europa soll und kann ein Deutschland sein."

Neutralismus

Zahlreichen Burschenschaftern - und außerdem fast der gesamten radikalen Rechten in Deutschland - war und ist diese Strategie zu kompromisslerisch. Radikal-Völkische sind nicht bereit, sich auf die europäische Einigung einzulassen, da sie Deutschland dazu zwingt, staatliche Kompetenzen nach Brüssel zu delegieren. Außerdem halten sie am Ziel fest, alle Teile Europas, die sie für "deutsch" halten, in einem deutschen Nationalstaat zu einigen. Eine Strategie zur Vereinigung von BRD und DDR, die ohne die europäische Einigung auskam, bot in den 1980er Jahren vor allem der so genannte Nationalneutralismus. Er ging davon aus, dass es möglich sei, BRD und DDR zu vereinigen, wenn beide Staaten aus ihren jeweiligen Bündnissystemen austräten. Die BRD müsse die NATO und die damalige Europäische Gemeinschaft verlassen, die DDR aus dem Warschauer Vertrag und aus dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe austreten; dann könnten sich beide Staaten zu einem politisch und militärisch neutralen Deutschland zusammenschließen. Der Nationalneutralismus entfesselte in den 1980er Jahren in der deutschen radikalen Rechten eine beachtliche Dynamik. Begeisterte NationalneutralistInnen gründeten rechtsradikale Periodika wie die "Junge Freiheit" (1986) oder "Europa vorn" (1988, später: "Signal"). Gegen Ende der 1980er Jahre erreichten die REPs mit der Aufnahme des Nationalneutralismus in ihre Programmatik breite Zustimmung in der radikalen Rechten und erzielten nicht zuletzt auf dieser Basis ihre großen Wahlerfolge. Zahlreiche Burschenschaften des radikal-völkischen Flügels der DB teilten die Zustimmung zum Nationalneutralismus - und gerieten darüber mit dem gemäßigt-völkischen Flügel in Konflikt.

Flügelkämpfe

Die Flügelkämpfe in der DB verliefen während der 1980er Jahre recht heftig. Je nach aktueller Mehrheit gab der Dachverband Stellungnahmen zu Gunsten der europäischen Einigung oder zu Gunsten des Nationalneutralismus ab. Auch die parteipolitischen Präferenzen hingen von der außenpolitischen Priorität ab. So mancher Burschenschafter engagierte sich bei den teilweise nationalneutralistischen REPs, während andere die europaorientierten Unionsparteien bevorzugten.

In den 1990er Jahren führte der Streit zum Bruch. Die Vereinigung von BRD und DDR, die am 3. Oktober 1990 gefeiert wurde, hatte einen Preis: die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Im Sommer 1990 willigte die Bundesregierung ein, die Oder-Neiße-Grenze als deutsche Ostgrenze anzuerkennen und damit die territoriale Integrität Polens zu garantieren. Gemäßigt-völkische Burschenschafter fanden dies in Ordnung. Sie hatten sowieso vor, auf dem Weg über die Einigung ganz Europas (inklusive Polen) die "deutschen Volksgruppen" eng an die Bundesrepublik anzubinden und so eine informelle Einigung "ganz Deutschlands" im Rahmen eines vereinten Europa herzustellen. Radikal-völkische Burschenschafter verstanden die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Preisgabe völkischer Prinzipien und protestierten. Sie hatten schon längst Ideen parat, wie "Schlesien", das "Sudetenland" und andere Gebiete "heim ins Reich" geholt werden könnten.

Völkischer Terrorismus

Diese Ideen waren nicht neu, sie waren sogar schon in der Praxis erprobt. Ihr Modell war der "Südtirol"-Terrorismus der 1950er und 1960er Jahre. In den 1950er Jahren griffen Teile der deutschsprachigen separatistischen Bewegung in der norditalienischen Region Trentino/Alto Adige zu terroristischen Mitteln; es kam zu Sprengstoffanschlägen und Bombenattentaten. Dabei spielten Burschenschafter eine maßgebliche Rolle. Ihre Absicht war es, den "Südtirol"-Separatismus zu radikalisieren, um ihm

dadurch eine größere politische Stoßkraft zu verleihen. Zahlreiche Burschenschafter waren an terroristischen Aktionen beteiligt; dies ging so weit, dass die österreichische Regierung sich 1961 gezwungen sah, die Burschenschaft "Olympia Wien" zu verbieten, weil sie sich zur österreichischen Zentrale für den "Südtirol"-Terrorismus entwickelt hatte. Das Modell "Südtirol" wurde in der DB schon 1990 als Vorbild für die beanspruchten Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze genannt. "Halten wir uns für die ostdeutschen Gebiete insgesamt das Modell Südtirol vor Augen", schlug ein Burschenschafter damals öffentlich vor. "Eine unterdrückte Bevölkerung hat sich durch einen - von Burschenschaftern maßgeblich unterstützten - Freiheitskampf Rechte erobert, die auch die Selbstbestimmung über die Form der staatlichen Befindlichkeit nicht mehr als pure Utopie erscheinen lassen. Warum soll die deutsche Bevölkerung Schlesiens sich nicht auch dieselben Rechte erkämpfen können?" Das Modell "Südtirol" wird bis heute in der DB diskutiert.

Spaltung

Der Streit über die außenpolitische Ausrichtung der DB führte am 13. Januar 1996 schließlich zur Gründung eines neuen Dachverbandes, der "Neuen Deutschen Burschenschaft" (NDB), die bis heute besteht; ihr gehören inzwischen 21 Burschenschaften an. Ihre gemäßigt-völkische politische Zielsetzung ergibt sich aus ihren programmatischen Grundsätzen. Dort heißt es: "Die politischen Grenzen des deutschen Vaterlandes sind die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland. Das verantwortliche Streben der Neuen Deutschen Burschenschaft schließt jene Deutschen mit ein, die ihre Heimat außerhalb dieser Grenzen haben." Ergänzend heißt es außerdem: "Die Neue Deutsche Burschenschaft tritt für ein Vaterland als Teil der Völkergemeinschaft, sowie für das Zusammenwachsen der Nationen Europas ein."

Radikalisierung

Die Abspaltung der NDB führte zur klaren Dominanz des radikal-völkischen Flügels in der DB. Neben der Arbeit im Dachverband betreibt er seine eigene Politik. Sie äußert sich etwa in Vortragsveranstaltungen in Burschenhäusern. Regelmäßig rufen ReferentInnen, denen Burschenschaften mit solchen Veranstaltungen ein öffentliches Forum bieten, Protest von AntifaschistInnen hervor. Oft auch in NRW - mehr dazu in diesem Heft auf Seite 19-20. Ein gutes Beispiel für eine rechtsradikal stark durchsetzte Burschenschaft ist die Burschenschaft "Danubia München". Aus ihren Reihen kamen zwei Vorsitzende des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB): **Lutz Kuche** (1971-73) und **Uwe Sauermann** (1975-76). Unter Beteiligung der "Danuben" **Hans-Ulrich Kopp** (bekannter Politkader der radikalen Rechten) und **Alexander Wolf** (heute Vorsitzender des Altherrenvereins seiner Burschenschaft) wurde 1989 der "Republikanische Hochschulverband" gegründet. "Danube" **Sascha Jung** wirkte in den 1990er Jahren an der Reorganisation des völkischen "Hofgeismarer Kreis" in der SPD mit. Mitglieder der Danubia bauten die rechtsradikale Zeitung "Junge Freiheit" mit auf (**Frank Butschbacher**, **Thomas Clement**, Hans-Ulrich Kopp, **Michael Paulwitz**), waren Redaktionsmitglied der REP-Parteizeitung "Der Republikaner" (Michael Paulwitz) oder Redakteur von "Nation & Europa" (**Karl Richter**, später Chefredakteur von "Opposition").

Harmlos?

Gemäßigt-völkische Burschenschaften, von denen einige noch in der DB verblieben sind, grenzen sich gewöhnlich gegenüber radikal-völkischen Burschenschaften und deren rechtsradikalen Aktivitäten ab. Dabei geht es jedoch vor allem um strategische Fragen. Die Zielsetzung bleibt im Kern ähnlich: Radikal-Völkische wie Gemäßigt-Völkische streben die deutsche Dominanz über Europa an. Radikal-Völkische wollen ein locker verbundenes Europa, das von einem territorial vergrößerten übermächtigen deutschen Nationalstaat beherrscht wird. Gemäßigt-Völkische wollen ein geeintes Gesamteuropa, dessen Zentralstaat BRD - wirtschaftlich beherrschend und von zahlreichen "deutschen Volksgruppen" außerhalb seines Territoriums unterstützt - den Kontinent eindeutig dominiert. Der Plan, die deutsche Dominanz über Europa durchzusetzen, gehörte zu den zentralen Kriegszielen der beiden Weltkriege. Wer deutscher Großmachtpolitik einen Riegel vorschieben will, muss gemäßigt-völkischer Politik ebenso entschieden entgegentreten wie radikal-völkischer. Davon sollten die Abgrenzungsversuche gemäßigt-völkischer Burschenschafter gegenüber ihren rechtsradikalen Waffenbrüdern nicht ablenken. Die entlarven sich sowieso von selbst. Denn bekanntlich wird heute niemand gezwungen, das "Deutschlandlied" zu singen. Burschenschafter tun das regelmäßig. Und zwar - ganz egal ob gemäßigt- oder radikal-völkisch, ob der DB oder der NDB angehörig - in allen drei Strophen: "Deutschland, Deutschland" geht ihnen "über alles", und es reicht "von der Maas (Frankreich) bis an die Memel (Litauen), von der Etsch (Italien) bis an den Belt (Dänemark)".

Der ehemalige FAP-Funktionär Norbert Weidner (Mitte): heute bei den Bonner “Raczeks”

Vom Antifaschistischen AutorInnenkollektiv

DB-Burschenschaften in NRW

Horst Mahlers Reisen durch Verbindungshäuser

18 Mitgliedsburschenschaften in NRW benennt die “Deutsche Burschenschaft” (DB) aktuell, davon 16 mit Aktivitas. Darunter befinden sich diverse, deren Nähe zur extremen Rechten offensichtlich ist. Extrem rechte Referenten geben sich ‘auf’ ihren Häusern die Klinke in die Hand und ebenso Aktivisten der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene. Exemplarisch seien im Folgenden vier dieser Verbindungen vorgestellt.

Die “Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld”

Bielefeld, 12. Mai 1999: Die Homepage der “Normannia-Nibelungen” verrät für den heutigen Tag keine besonderen Termine. Dennoch hat die Burschenschaft an diesem Abend mit zirka 80 Besuchern ein volles Haus - und mit **Horst Mahler** einen bekannten Referenten. Unter den Anwesenden finden sich auch Vertreter des militanten Neonazismus, wie z.B. die regionalen Kader **Bernd Stehmann** und **Meinhard-Otto Elbing**. Letzterer präsentiert sich sogar mit einem eigenen Büchertisch.

Die Veranstaltung mit Mahler ist alles andere als ein Ausrutscher, die “Normannia-Nibelungen” ist im Gegenteil eine Burschenschaft, die fest in der extremen Rechten verankert ist. Ihre Referenten decken das Spektrum zwischen Rechtskonservatismus und extremer Rechter ab.

Engen Kontakt pflegt die “Normannia” auch zu **Ursula Haverbeck-Wetzel**, Chefin der neonazistischen Tagungsstätte “Collegium Humanum” aus Vlotho und stellvertretende Vorsitzendes des “Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten” *(vgl. LOTTA Nr. 15, S. 28)*. Zu ihren Ansprechpartnern zählt **Christoph Amendt**, Ex-Sprecher der Aktivitas. Haverbeck-Wetzel soll sogar bereits auf einer internen Veranstaltung der “Normannen” vorgetragen haben.

Besonders erwähnenswert ist auch ein weiterer ehemaliger Sprecher: **Marc Strothe**, der bis zum 1992 erfolgten Verbot als Mitglied der “Nationalistischen Front” (NF) geführt wurde und zwischenzeitlich als Chef des Bielefelder Verbandes der “Jungen Landsmannschaft Ostpreußen” fungiert.

Nach der Mahler-Veranstaltung nahmen sich AntifaschistInnen einmal mehr des Themas an und schufen öffentlichen Druck. Die Burschenschaft zog sich schrittweise aus der Öffentlichkeit zurück.

Die “Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn”

Bonn, 9. Juni 1999: Weniger Probleme mit einer öffentlichen Ankündigung des Referenten Horst Mahler haben die Bonner “Raczeks”. Auch hier ein volles Haus. Mitglieder der neonazistischen “Kameradschaft 8/12” sowie Bonner NPDler um **Hans-Robert Klug**, aber auch Kölner Neonazis wie der “Pro Köln”-Aktivist **Bernd Michael Schöppe** scheinen sich hier zu Hause zu fühlen.

Die Auswahl an geladenen Referenten der “Raczeks” weist das bekannte Spektrum auf, ‘aber’ auch SPD-”Größen” wie **Friedhelm Farthmann** gaben sich schon die Ehre. Und auch hier findet man unter den Mitgliedern einschlägig bekannte Namen, sogar einen, der einst für den militanten Neonazismus in NRW stand: **Norbert Weidner** aus Bonn, 1995 “ausgestiegen” *(vgl. LOTTA, Nr. 13, S.12)*. Bei den “Raczeks” sei “eher ein konservatives Lebensgefühl verbreitet”, man sei mitnichten extrem rechts, weiß Weidner, heute “Alter Herr”, zu berichten. Wo auch immer der ehemalige FAP-Multifunktionär aktuell politisch einzuordnen ist, ob weiterhin “ganz rechts” oder - nach burschenschaftlicher Definition - “konservativ”: Kontakte in die militante Neonazi-Szene scheint er noch zu haben. Mit einem schneidigen “Heil!” meldete sich am 16. September 2003 **Nico Ernst**, in Köln lebender und in Bonn studierender Neonazi im Gästebuch der “Pennalen Burschenschaft Hoffmann zu Fallersleben” zu Wort.

"Euren Bbr. [Bundesbruder, Anm. d. A.] Weidner kenne ich schon einige Zeit. Er hat mich zu seiner B! der Raczeks zu Bonn geführt. Demnächst werde ich dieser B! beitreten." Und so geschah es dann wohl auch.

Die "Alte Hallesche Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf"

Düsseldorf, 17. November 1999: Auch in Düsseldorf darf Mahler seine antisemitischen Verschwörungstheorien präsentieren. Auch hier finden sich im Publikum Aktivisten der "Freien Kameradschaften". Mahler trägt vor, dass Geld, Handel und Spekulation zum "Wesen" der Juden gehören würden. Die Ermordung der europäischen Juden wird bei Mahler zu einer "geistigen Notwehr des deutschen Volkes", die von den Alliierten militärisch erzwungene Kapitulation des NS-Regimes zum Fall der letzten Bastion auf dem Weg zur endgültigen "jüdischen Weltherrschaft".

Auch bei der "Rhenania-Salingia" ist die Mahler-Veranstaltung kein Ausrutscher. Referenten wie der ehemalige Bundesvorsitzende der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" **Harald Neubauer**, **Hajo Herrmann**, Ritterkreuzträger, Referent auf NPD-Kongressen und Strafverteidiger der Auschwitzleugner, REP-Bundesvorstandsmitglied **Björn Clemens** und der obligatorische "Militärhistoriker" **Franz Uhle-Wettler** belegen dieses.

Ihr politisches Hauptaugenmerk hat die "Rhenania-Salingia" aber, wie diverse andere Burschenschaften auch, auf die Einflussnahme auf den studentischen Ableger der CDU, den "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS), gelegt. Nachdem noch Ende der 90er "Rhenanen" auf den Wahllisten des RCDS, teilweise auch im Studierendenparlament der Düsseldorfer Universität zu finden waren, scheint es den CDU-StudentInnen nach antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit zu heiß geworden zu sein. "Rhenanen" dürfen nicht mehr auf die Kandidatenliste. Dass hinter den Kulissen auf informeller Ebene weiter zusammengearbeitet wird, kann nur vermutet werden.

Die "Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen"

Aachen, 4. Mai 2000: Referent: Mahlers Horst, wer sonst. Seine Gastgeberin: die "Libertas Brünn", auch sie offenbar ohne Berührungsängste zur extremen Rechten. AntifaschistInnen aus Aachen sehen sie sogar als festen Bestandteil der extremen Rechten. Dafür spreche zum Beispiel, dass ihr Mitglied, zeitweise auch Funktionsträger **Oliver Harf** häufiger Teilnehmer an extrem rechten Demonstrationen ist, sogar Autor im NPD-Organ "Deutsche Stimme" und seit 2002 Pressesprecher des NPD-Kreisverbandes Aachen. Auch der ehemalige Aachener NPD-Kreisvorsitzende und verurteilte Bombenbauer[1] **Markus Kahlenborn** trat schon als Mitglied der "Liberten" in Erscheinung. Die Auswahl der Referenten verwundert da nicht mehr. So durfte neben Mahler auch schon der NPD-Ideologe **Jürgen Schwab**, "Alter Herr" der "Burschenschaft Thessalia Prag zu Bayreuth", vortragen.

Gemeinsam mit anderen Aachener Burschenschaften errang die "Libertas Brünn" in den Jahren 1999 bis 2001 unter dem Listennamen "Aktiv" zwei, später noch einen Sitz bei den Wahlen zum Studierendenparlament der RWTH Aachen.

Welch' Geistes Kinder bei der "Libertas Brünn" zu Hause sind, offenbart eine auf ihrer Homepage nachzulesende Rede eines "Alten Herrn" und "volkstreuen Deutschen", in der dieser von "jenen, die an der amerikanischen Ostküste mit Feder und Mikrofon gewirkt haben und noch immer wirken" schwadroniert. "Jene", die im Bunde mit einer größeren "Anzahl charakterschwacher Hilfswilliger" daran wirken würden, dem deutschen Volk "das geistige und seelische Rückgrat" zu brechen.

Enge Kontakte pflegt die "Libertas Brünn" im Übrigen zur "Prager Burschenschaft Arminia zu Bochum". Beide sind Mitglieder im "Ostdeutschen Bund". Als "pennaler" Ableger der "Arminen" hat sich im Jahr 2002 die Schülerverbindung "Pennale Burschenschaft August Heinrich Hoffmann von Fallersleben zu Bochum!" konstituiert. Sie führt ihre Veranstaltungen aber nicht in Bochum, sondern "auf" dem Hause der "Rhenania-Salingia zu Düsseldorf" durch. Man bekenne sich zur BRD, heißt es auf ihrer Homepage, und ebenso zur "deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft". "Unsere Korperation tritt für ein Europa der Vaterländer ein und setzt das friedliche Miteinander dem multikulturellen Chaos entgegen."

Fazit

Bei näherer Betrachtung ließen sich auch bei weiteren nordrhein-westfälischen DB-Burschenschaften Kontakte ins extrem rechte Lager nachweisen. Angesichts der politischen Ausrichtung ihres Dachverbandes dürfte dieses auch nicht weiter verwundern.

Der Aktivitätsgrad der einzelnen Verbindungen ist jedoch stark von der jeweiligen Aktivitas, also von ihren jeweils studierenden Mitgliedern abhängig und deshalb im steten Wandel begriffen. Auch der rechte Nachwuchs ist nicht immer gesichert.

Auch in NRW weiß die extreme Rechte, was Burschenschaften ihnen bieten können. Wo sonst sind Veranstaltungen z.B. mit Mahler noch problemlos durchführbar, wo sonst ist es so einfach, an Räume, günstige Zimmer und ansprechbares Potenzial zu kommen. Man möchte mit zur selbst ernannten Elite gehören. Diverse studierende Aktvisten aus der extremen Rechten belassen es deshalb nicht bei einer Liebäugelei, sondern treten einer Burschenschaft bei.

Dennoch kommt es immer wieder auch zu internen Verwerfungen innerhalb der Verbindungen. So sehr die "Altherrenschaft" auch inhaltlich mit ihrer Aktivitas übereinstimmen mag: Selten ist es "Alten Herren" in einflussreicher Position recht, öffentlich mit extrem rechten, gar neonazistischen Aktivitäten in Verbindung gebracht zu werden. Eine nähere Betrachtung der "Altherrenschaft" einzelner Verbindungen kann also durchaus Ansätze für antifaschistische Interventionen bieten.

[1] vgl. Antifa-NRW-Zeitung, Nr. 8, Mai-Juli 1995, S. 6 ff.

Das Interview wurde geführt von Rainer Brahms

"Alle pflegen rechtes Gedankengut"

Interview mit einem Sprecher des AK Antifa des fzs (freier zusammenschluss von StudentInnenschaften)

Wie hat sich die burschenschaftliche Szene in letzter Zeit entwickelt? Welche Bedeutung kommt ihnen heute zu und welche Rolle spielen dabei extrem rechte Verbindungen?

Zuletzt hat der größte korporationsstudentische Dachverband, die "Deutsche Burschenschaft" im Dezember versucht, mit Briefen an die CDU-Bundestagsfraktion, Druck auszuüben, um den Fraktionsauschluss von Martin Hohmann abzuwenden. Die DB drohte dabei, die CDU-Mitglieder in ihren Reihen zum Austritt aufzufordern. Eine solche Aufforderung wäre uns allerdings bislang nicht bekannt. Mehrere Burschenschaften, darunter mit der Münsteraner Burschenschaft "Franconia" mindestens eine aus NRW, setzten sich mit Flugblattaktionen für Martin Hohmann ein. Und mindestens einmal im Quartal gerät eine Burschenschaft im Bundesgebiet wegen rechtsextremer Vorfälle, in der Regel Auftritte von ExponentInnen der extremen Rechten, seltener tätliche Übergriffe oder Prozesse gegen KritikerInnen, in die Öffentlichkeit. Vor allem die Burschenschaften, aber auch Verbindungen anderer Dachverbände setzen in den letzten Jahren auf den Aufbau von Schülergruppen, die in der Regel an eine oder mehrere Verbindungen angelehnt und von ihnen in das Verbindungsbrauchtum und die Szenesprache eingeführt werden und wohl auch die entsprechenden Requisiten erhalten. Das Brauchtum der Verbindungen wird dabei in abgewandelter Form praktiziert. In Österreich sind solche Schülerverbindungen als Pennale Verbindungen oder Pennale Burschenschaften bereits länger bekannt. Der deutsche "Allgemeine Pennäler Ring" (APR) konnte auf einer Tagung im Dezember seine dreizehnte Mitgliedsverbindung aufnehmen, bevor die Teilnehmer sich von "Generalleutnant a.D. Dr. Franz Uhle Wettler" das Übliche zur Wehrmachtsausstellung vortragen ließen. Bundesweit gibt es über hundert pennale Verbindungen, hier besteht auf jeden Fall noch Forschungsbedarf. Die Erfolge bei der Anwerbung neuer Mitglieder fallen offenbar stark unterschiedlich aus. Manche Burschenschaften haben offensichtliche Erfolge vorzuweisen, auf der anderen Seite müssen immer wieder Burschenschaften den studentischen Teil ihrer Organisation auflösen und sich auf den Altherrenverband zurückziehen. Sie bleiben damit aber revitalisierbar. Die extrem rechten Verbindungen haben häufig gute Erfolge bei der Mitgliederwerbung zu verzeichnen. Sie haben studierenden Jungnazis ja auch wirklich was zu bieten. Sie sind auch führend in der Jugendarbeit engagiert.

Oftmals ist in Bezug auf rechte Korporationen von Einzelfällen die Rede, wird die Mehrheit hingegen als moderat dargestellt. Lässt sich dieses Bild so aufrecht erhalten?

Ja und nein. Zum einen stimmt es natürlich, dass immer wieder nur einzelne Burschenschaften und Verbindungen durch rechtsextreme Vorfälle auffallen und nur wenige Dachverbände sich als explizit politisch und rechts verstehen. Genauso richtig ist aber, dass auch die nicht von der extremen Rechten dominierten Verbindungen und Dachverbände, die sicherlich die Mehrheit

bilden, immer wieder durch entsprechende Vorfälle, durch entsprechende Artikel in der Verbandszeitschrift oder weil ein Mitglied es in der extremen Rechten oder in der Grauzone zur extremen Rechten zu zweifelhaftem Ruhm bringt, auffallen. Die StudentInnenvertretung der Uni Mainz hat dazu vor einigen Jahren einen akribisch recherchierten Reader herausgegeben, der im Netz verfügbar ist. Und alle Verbindungen pflegen in dem Maße, in dem sie das Verbindungsbrauchtum pflegen, auch rechtes Gedankengut: Männerbund, hierarchiebildende Trinksitten, das in den Verbindungen tradierte Liedgut des vorvorigen Jahrhunderts, in dem viel vom Vaterland und vom Sterben für eben dieses die Rede ist, sind nun einmal eher der rechten Seite des politischen Spektrums zuzurechen. Aber nicht jedes Mitglied einer Burschenschaft muss zwangsläufig ein Neonazi sein. In absoluten Ausnahmefällen ist auch schon einmal ein schwarzer oder jüdischer Student anzutreffen, natürlich nicht bei einer extrem rechts dominierten Verbindung.
Also: Einer vermeintlich gemäßigten Nicht-DB-Verbindung anzugehören ist kein Persilschein und umgekehrt muss nicht jeder Bursche der extremen Rechten zugerechnet werden. Es gibt aber Verbindungen und Dachverbände von Verbindungen, die von der extremen Rechten dominiert werden und denen die Aufmerksamkeit von AntifaschistInnen gelten muss.

Wie reagieren die "gemäßigteren" Verbindungen auf das Treiben am rechten Rand?

Gelegentlich, insbesondere nach Skandalen, wird mal eine Burschenschaft aus einem der entsprechenden Kooperationsgremien ausgeschlossen, oder es finden verbale Distanzierungen im Sinne von Missfallensbekundungen statt. Ein effektiver, dauerhafter und politisch begründeter Ausschluss einer extrem rechts dominierten Verbindung aus den formellen und geselligen Strukturen der Verbindungslandschaft wäre mir aber nicht bekannt. Das soll nicht heißen, dass es nicht Vorbehalte zwischen einzelnen Verbindungen und Dachverbänden gäbe. Berichten von ASten aus Verbindungshochburgen zufolge erzählen Corpsstudenten gerne vom verächtlichen Treiben der von ihnen "Bauern" genannten Burschenschafter. Es erscheint ihnen aber nur als verächtlich, nicht als verwerflich. Und auf keinen Fall stellt es einen Grund zum Handeln dar. Im internen Konfliktfall sucht die Verbinderszene eher nach pragmatischen Lösungen für den Einzellfall. Was etwa tun, wenn ein gemeinsamer Frühschoppen aller Verbindungen im Stadtviertel angesetzt ist, die örtliche extrem rechte Burschenschaft aber allergisch auf den schwarzen Verbindungsbruder reagiert? Das wird dann austariert. Was nebenbei die von Verbindungen glorifizierte lebenslange Freundschaft in der Verbindung in ein realistisches Licht rückt. Also, ich könnte auf Freunde gut verzichten, die meine Diskriminierung aus nichtigen Gründen verhandeln, statt zu mir zu halten. Aber Verbinder sind da wohl nicht so anspruchsvoll.

Neben den offen rechten Verbindungen gibt es viele, von denen man kaum etwas hört. Trotzdem weisen kritische Stimmen immer wieder darauf hin, dass die Netzwerke der Verbindungen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung besitzen. In Diskursen wie der "Leitkulturdebatte" oder der Diskussion um Martin Hohmann zeigt sich ihre Funktion als Schnittstelle zwischen extremer Rechter und bürgerlichen Parteien. Wird dieser Aspekt zu sehr vernachlässigt?

Die Kampagnenfähigkeit der "Deutschen Burschenschaft" muss wohl als gering eingeschätzt werden. Jedenfalls gemessen an den personellen und materiellen Ressourcen, die den Burschenschaften zur Verfügung stehen. Die DB-Kampagne gegen die erste Wehrmachtsaussstellung blieb weit hinter der von NPD und "Freien Kameradschaften" zurück. Und auch der Versuch, durch entsprechende Kandidaturen flächendeckend in den StudentInnenparlamenten und StudentInnenräte vertreten zu sein, ist inzwischen eingeschlafen. Selbst der Versuch, die studentischen Mitglieder für Hilfsmaßnahmen anlässlich der Flut in Ostdeutschland zu gewinnen, geriet eher kläglich. Nur gut ein Dutzend Burschen beteiligte sich daran. Der einschlägig bekannte, emeritierte Bonner Politologie-Professor **Knütter**, der Ende der neunziger Jahre die Burschenschaften auf einem Burschentag dazu aufgefordert hatte, die Verbindungshäuser zu verlassen und in die Studentenparlamente einzuziehen, zog eine eher verächtliche Bilanz des Treibens der Burschen. Grob gesagt, macht er zu viel Bier und zu wenig politsches Engagement bei den Burschen aus.
Und auch der langjährige Redakteur der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme", Burschenschafter und ehemaliger Mandatstäger des Dachverbandes "Deutsche Burschenschaft" **Jürgen Schwab**, musste die Erfahrung machen, dass Burschenschaften zwar nichts gegen Nazis haben, im Zweifel aber lieber feige sind. Schwab hatte die studierende Leserschaft der DS zum Eintritt in Burschenschaften aufgerufen und musste kurz darauf erleben, wie NPD-Mitglieder aus einzelnen bayrischen Burschenschaften ausgeschlossen wurden, nachdem der Bayrische Innenminister Beckstein die übelsten Burschenschaften im Verfassungsschutzbericht des Landes veröffentlichen ließ. Also: Zu einem schlagkräftigen politischen Verband fehlt es der "Deutschen Burschenschaft" an Engagement und Einsatzbereitschaft der meisten Mitglieder. Wer schon mal gesehen hat, wie beim Marburger Marktfrühschoppen mittags um ein Uhr besoffene, aber durchaus erwachsene Verbinder auf dem Tisch tanzen und dabei Lieder von sich geben, die eher einer Mittelstufenparty angemessen wären, weiß, was gemeint ist.

Abgesehen von vielen Führungsperönlichkeiten in Politik und Wirtschaft stammen auch einige bekannte Rechte aus der burschenschaftlichen Szene, sind viele Überschneidungen gerade im Bereich der "Neuen Rechten" zu beobachten. Wie schätzt du die Bedeu-

tung des Verbindungswesens für die Bestrebungen der "Neuen Rechten", gesellschaftliche Diskurse zu bestimmen, ein?

Klar, in den Netzwerken der extremen Rechten, der "Neuen Rechten" und auch der Nazis und "Kameradschaften", kommt den Verbindungen und vor allem den Burschenschaften eine wichtige Rolle zu; vor allem als Rückzugsraum. Und das ist nicht zu unterschätzen. Wenn ein NPD-Aktivist, sobald er Band und Mütze anlegt, bei der örtlichen CDU als respektabler Verbündeter gilt, ist das eine Gefahr. Und nach wie vor stimmt, was die "Deutsche Stimme" damals versprochen hat: In nahezu jeder deutschen Universitätsstadt findet sich eine Burschenschaft, in der Nazis willkommen sind, die ihnen ein Forum für zum Beispiel Vortragsveranstaltungen bietet und in der Lage ist, gegen KritikerInnen vorzugehen. Soll heißen: Geld und Anwälte sind genug vorhanden. Sowie die prinzipielle Rückendeckung der anderen Verbindungen und manchmal auch der Rektorate. Und auch die "Junge Freiheit" konnte in ihrer Gründungsphase wie auch jetzt auf die Ressourcen der Verbinder zurückgreifen. Nicht nur Burschenschaften haben auf ihrer Homepage Links zur Presse der extremen Rechten. Und weiterhin können über die Netzwerke der "Alten Herren" Karrieren etwa in der CDU oder im Justizbereich gefördert werden beziehungsweise ist es, um den ehemaligen Bundesinnenminister **Manfred Kanther** sinngemäß zu zitieren, möglich "national gesinnte Männer in führende Berufe zu entsenden". Wer einen effektiven Ausschluss der extremen Rechten aus dem politischen Leben befürwortet, kommt in jedem Fall nicht um eine öffentliche Kritik der studentischen Verbindungen herum.

Ähnlich den Vertriebenenverbänden werden studentische Verbindungen leider häufig als "aussterbende Art" gesehen. Dies schlägt sich auch in linker Politik nieder. Werden Burschenschaften zu wenig beachtet?

Aussterbend? Naja, sie stehen unter Druck durch die Umwälzungen an den Hochschulen. Als Karriereschienen sind in vielen Studienfächern Initiativen wie "Bonding" oder "AISEEC" den meisten Verbindungen inzwischen überlegen. Die typische Laufbahn vom Neuanwärter über die Vollmitgliedschaft und verschiedene Ämter bis hin zur Freistellung zum Zwecke des Examens ist nur schwer mit Studiengebühren und gestuften Studiengängen vereinbar. Das Image der Verbindungstudenten ist wenig attraktiv. Die Einbrüche in der Mitgliedschaft seit 1968 machen sich natürlich inzwischen als Mangel an Alten, der Karriere förderlichen und zahlungskräfigen Herren bemerkbar. Aber das trifft die einzelnen Verbindungen und Dachverbände in stark unterschiedlichem Ausmaß. In den meisten Dachverbänden werden Veränderungen diskutiert, etwa, ob nicht doch Frauen aufgenommen werden sollen oder ob durch Internationalisierung, durch Kooperation mit nahestehenden StudentInnenorganisationen im Ausland neue Mitglieder gewonnen werden können. Klar ist jedoch auch, dass ein harter Kern am Verbindungsbrauchtum und am Männerbund festhalten wird und sich eventuell zu einer schlagkräftigen Organisation der extremen Rechten an den Hochschulen entwickeln wird. Aber das bleibt abzuwarten.

Sind Verbindungen nach wie vor ein Thema an den Hochschulen? Findet von Seiten der Studierenden und der Universitäten eine kritische Auseinandersetzung statt?

Das ist regional sehr unterschiedlich und hängt von der lokalen Stärke der Verbindungen ab. In Marburg etwa kommt eine StudentInnenvertretung nicht um eine Befassung mit den Verbindern herum. In Tübingen hat das Rektorat auf Druck der "Alten Herren" den jährlichen "Dies Academicus", eine Art Tag der offenen Tür mit Markt der Möglichkeiten, für die Verbinder geöffnet. Und damit eine faktische Spaltung erwirkt. Bei weitem nicht nur linke Initiativen bauen ihren Infotisch lieber beim AlDi, dem "Alternativen Dies" der StudentInnenvertretung auf als bei den Verbindern. In NRW-Campusuniversitäten fordert auch schon mal das Rektorat die StudentInnenvertretung auf, gegen sexistische Plakate von Verbindern vorzugehen.
Den meisten StudentInnen ist das Thema natürlich egal, wie eigentlich alles an der Uni. Nun gut, dass ist ihr Recht in einer Wettbewerbsgesellschaft. Weit verbreitet ist auch schlichte Geringschätzung. Die meisten in der studentischen Selbstverwaltung, Projekten und Initiativen Aktiven stehen den Verbindungen skeptisch bis ablehnend gegenüber - was nicht unbedingt heißt, dass sie im Zweifel genügend politisches Bewusstsein aufbringen, um einen Ausschluss zu beschließen und durchzusetzen. Häufig genug müssen Antifas da Druck ausüben, aber das kann einem/einer ja überall passieren, selbst innerhalb der Linken.

Anzeige

kämpfen und lesen

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

[die andere gewerkschaftszeitung]

Probeheft gratis Straßburgerstr. 38 | 10405 Berlin | da-abo@fau.org

Von der Antifa Hagen und der Autonomen Antifa Lüdenscheid

Im und ums westliche Sauerland herum

Neonazismus im Raum Hagen/Märkischer Kreis und südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis

Als am 22. November 1997 um 2.05 Uhr auf der A1 ein weißer Mercedes mit MK-Kennzeichen mit 140 km/h ungebremst auf einen stehenden LKW fuhr, hatte dies für die neonazistische Szene im Sauerland weitreichende Konsequenzen. Drei führende Neonazis kamen ums Leben: **Thomas Kubiak** und **Andree Zimmermann** aus dem hochsauerländischen Winterberg, beide Führer der bis dahin sehr aktiven "Sauerländer Aktionsfront" (SAF), sowie der Lüdenscheider **Harald Theodor Mehr**, Kopf des bundesweit größten Versandes für Neonazi-Devotionalien, dem "Donner-Versand" mit Sitz in Lüdenscheid (Märkischer Kreis / MK). Die drei befanden sich auf dem Rückweg aus Hamburg, wo sie mit führenden Aktivisten des "Aktionsbüro Norddeutschland" über die Zusammenlegung verschiedener Neonazi-Zeitschriften, darunter auch Mehrs Postille "Widerstand", zum späteren bundesweiten Sprachrohr der "Freien Kameradschaften", dem "Zentralorgan", beraten hatten.

Wer nichts wird, wird "Nationaldemokrat"

Mehrs Kompagnon und rechte Hand **Stephan Haase**, der ebenso wie der Verstorbene einst als "Stützpunktleiter Lüdenscheid" der Ende 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF) fungierte, war mit der alleinigen Leitung des schon seit längerer Zeit unter antifaschistischem Druck stehenden "Donner-Versand" restlos überfordert. Sämtliche Versuche, u.a. gemeinsam mit den Lüdenscheider "Kameraden" **Axel Schoppmann** und **Pierre Siegmund** den Versand am Leben zu erhalten, scheiterten. Ende 1998 sprach die Stadt Lüdenscheid dann eine Gewerbeuntersagungsverfügung gegen Haase aus. Letztendlich kaufte dann der "Deutsche Stimme-Verlag" im März 1999 das Unternehmen auf. Der "Donner-Versand", der einst so hoffnungsvoll in die Fußstapfen des NF-Versandes "Klartext" getreten war, war damit Geschichte.

Aber nicht nur für den "Donner-Versand" kam Ende der Neunziger das Aus. Auch vom wesentlich kleineren Schalksmühler "Landwehr-Versand" um **Alexander Schloß** und vom Werdohler "Deutscher Jugend Bund"

Neonazistische Publikationen aus Hagen und MK in den 1990er Jahren

(DJB) um **Holger Stenzel** und **Marcus Mann** war bald nichts mehr zu hören. Mann soll, Informationen aus der Szene zufolge, "das Geld der eingegangenen Aufkleberbestellungen unterschlagen haben (...), etwa 6.000,- DM".

Haase und seine Getreuen orientierten sich nun in Richtung NPD. Nachdem sie zuvor als "Kameradschaft Lüdenscheid" aufgetreten waren, gründeten sie nun den NPD-Ortsverband Lüdenscheid als Teil des NPD-Kreisverbandes Märkischer Kreis (NPD-MK) um dessen Vorsitzenden **Timo Pradel.** Die NPD-MK soll es angeblich auf weit über 100 Mitglieder gebracht haben und ist in den letzten Jahren zu einem der umtriebigsten NPD-Kreisverbände in NRW geworden. Sie fiel zunächst regional durch Saalveranstaltungen auf, Aufmärsche gab es vorerst nicht. Im Jahr 2000 wurde ein solcher wegen eines bevorstehenden alternativen "Parade" des Friedensplenums gegen das alljährliche Schützenfest in Iserlohn zwar erstmalig angedroht, nach dem Zurückziehen des Friedensplenums aber nicht durchgeführt. Am 26. Januar 2001 war es dann doch soweit. Zirka 200 Neonazis marschierten auf Anmeldung der NPD-MK anlässlich der "Reichsgründung" durch Lüdenscheid. Mit dabei waren auch die "Freien Kameradschaften", die ihrerseits zwei Wochen später, am 10. Februar, zu einem 300-köpfigen Aufmarsch nach Hagen luden. Angemeldet für die "Freien Nationalisten Hagen /Lüdenscheid", die teilweise auch als "Nationaler Widerstand Hagen/Lüdenscheid" firmierten, hatte diese Demonstration der Hamburger **Christian Worch.** Und es ging Schlag auf Schlag weiter: Am 24. Februar erneut ein NPD-Aufmarsch in Lüdenscheid, am 14. April einer der "Freien" in Ennepetal, der nächste "freie" am 16. April in Hagen und ein weiterer am 28. April in Lüdenscheid-Brügge. Der landesweite NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Essen fand dann zwar ohne Beteiligung der regionalen "Freien Kameradschaften" statt – sie bevorzugten die bundesweite Demonstration der "Freien" in Frankfurt/Main -, dafür war aber die NPD-MK zahlreich angetreten, mit Timo Pradel als Versammlungsleiter an ihrer Spitze. Pradel fungiert heute als stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und Landesorganisationsleiter. Stets als Gehilfe an seiner Seite präsentiert sich **Daniel Mattka** aus Altena. Beider Chef als NPD-Landesvorsitzender ist seit dem Vorjahr Stephan Haase, der offenbar nach der V-Mann-Affäre um seinen Vorgänger **Udo Holtmann** *(vgl. LOTTA Nr. 8, S. 24 f.)* von seiner zwischenzeitlichen Tätigkeit in der Berliner NPD-Zentrale zurückbeordert worden war.

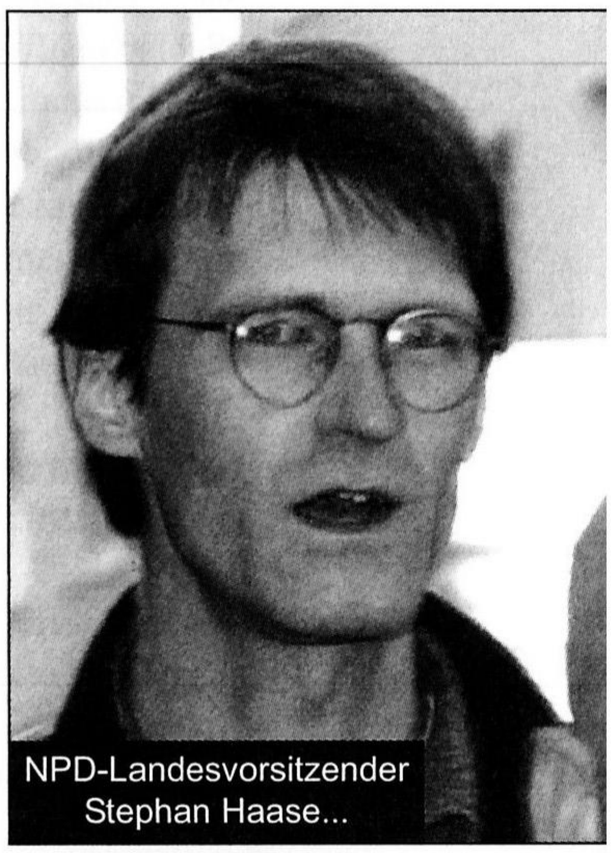
Die NPD-MK hat also über Haase und Pradel ein gewichtiges Wort auf Landesebene mitzureden. Der Landesverband hat aber auf Bundesebene an Bedeutung verloren. Bei den anstehenden Europawahlen reichte es für Haase als dem bestplatzierten NPDler aus NRW gerade einmal für Platz 15. Immerhin gab sich am 14. September 2002 anlässlich der Bundestagswahlen, bei denen Timo Pradel als Direktkandidat für den Nord-MK antrat, NPD-Bundesvorsitzender **Udo Voigt** bei einer Wahlkampfdemo in Iserlohn die Ehre. Aber lediglich 63 Interessierte kamen, um der Rede des NPD-Führers zu lauschen.

Dafür möchte man es aber nun bei den diesjährigen Kommunalwahlen wissen. 1999 war man noch knapp gescheitert, im Gegensatz zum benachbarten NPD-Kreisverband im Ennepe-Ruhr-Kreis um den altgedienten NPD/JN-Kader **Dieter Koch** aus Sprockhövel (*vgl. LOTTA Nr. 8, S. 33*) und die beiden Schwelmer **Thorsten Crämer** und **Axel Hellmann.** Crämer ist seitdem Mitglied des Schwelmer Stadtrates, Koch versucht, NPD-Politik in den Kreistag zu tragen.

In Hagen trifft man zwar auch auf einige wenige NPD-Mitglieder, eine eigene Partei-Struktur sucht man jedoch vergeblich. Weswegen die wenigen örtlichen Parteikameraden auch von der NPD-MK geführt werden, ebenso wie die aus dem angrenzenden Kreis Olpe und dem Hochsauerlandkreis.

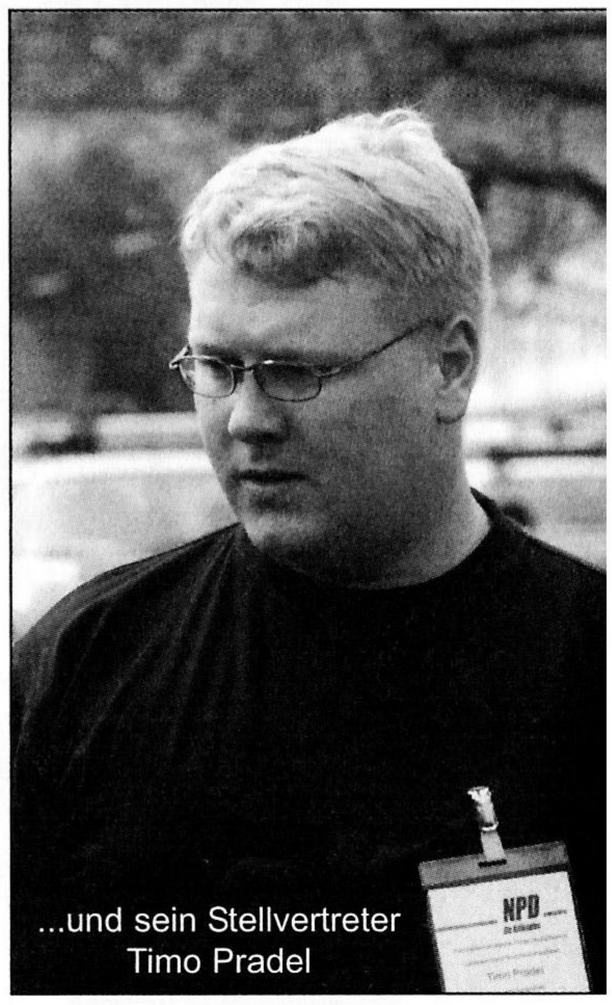
"Kampf um die Köpfe"

Als Vorfeldorganisation der NPD fungiert insbesondere im MK, in Hagen, im EN-Kreis und dem angrenzenden Bergischen Land das "Deutsche Kulturwerk" (DKW), das sich insbesondere der Organisation von fraktionsübergreifenden Informations- und "Kultur"-Veranstaltungen mit hochkarätigen Referenten aus der extremen Rechten widmet und dem eine Scharnierfunktion in der extremen Rechten in NRW zukommt (*vgl. LOTTA Nr. 9, S. 18 f.*). Häufig finden die Veranstaltungen in Gaststätten in der hiesigen Region statt, zuletzt mit **Horst Mahler** in Hagen und dem NPD-Bundesvorstandsmitglied **Holger Apfel** in Gevelsberg. Ein Blick auf die Führungskader und Organisatoren des DKW bringt nahezu den gesamten Kaderstamm der NPD im Großraum zum Vorschein: Von Crämer und Hellmann, über Pradel bis zum 74-jährigen "Kameraden" **Prof. Hagen Prehl**, einst Professor an der Fachhochschule Hagen und heute immer noch als Lehrender im Fachbereich Bauingenieurwesen auf der Homepage der Fachhochschule Bochum geführt: alles altgediente NPD-Recken.


NPD-Landesvorsitzender Stephan Haase...

Ein Rüdiger in allen Gassen

Ein Hansdampf in allen Gassen der neonazistischen Szene ist **Rüdiger Kahsner** aus Hagen, seit diversen Jahren Betreiber des "R&K Druck und Vertrieb", der ein breites Angebot an Flugblättern, Plakaten und Aufklebern produziert und vertreibt. Kahsner ist seit einigen Jahren beim in Oberhausen ansässigen "Freundeskreis Unabhängige Nachrichten" beschäftigt, der über eine eigene Druckerei und weit verzweigte Vertriebsstrukturen verfügt, die er für seinen eigenen Vertrieb zu nutzen weiß. Der "Freundeskreis" gibt die rassistische und antisemitische Monatspostille "Unab-



...und sein Stellvertreter Timo Pradel

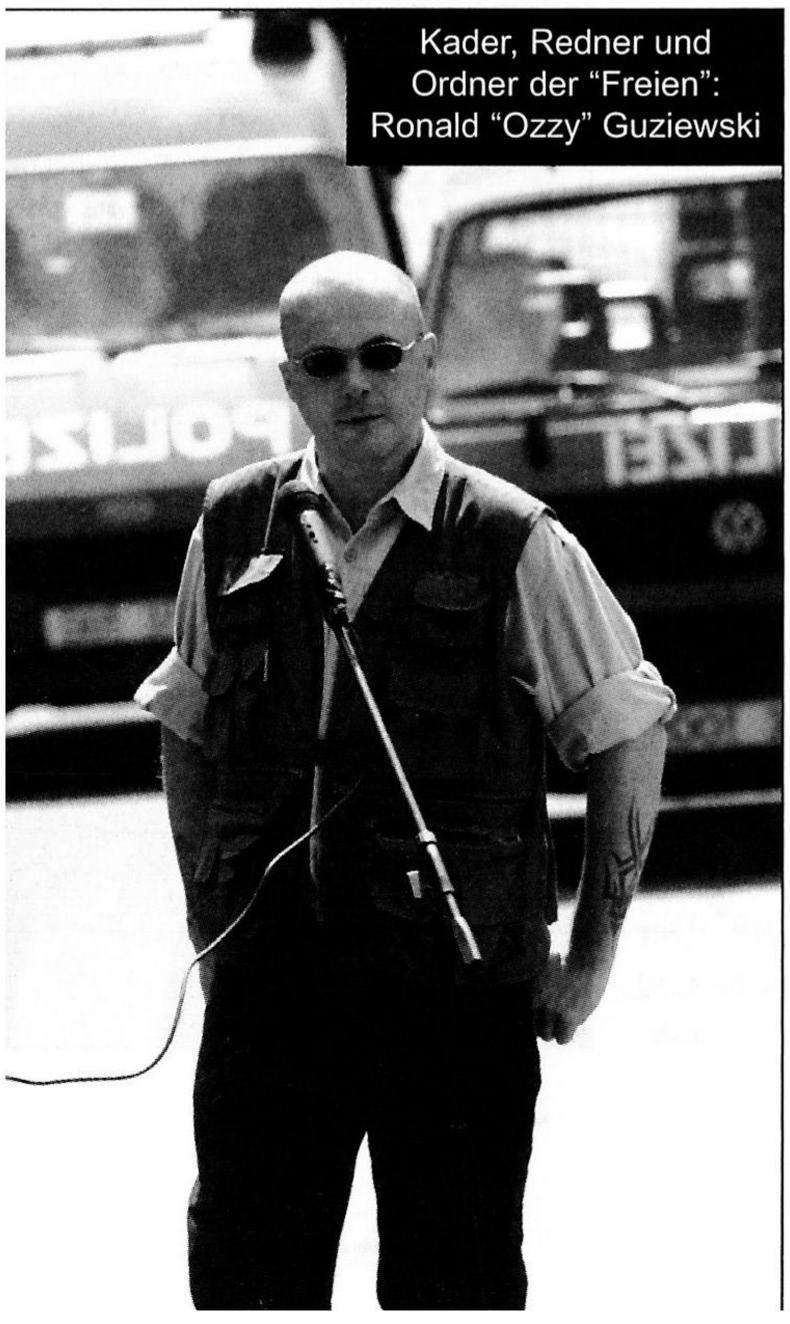
Häufiger Demogänger: Rüdiger Kashner

hängige Nachrichten" (UN) heraus und ist eng mit der NPD verbandelt. Mitte der Neunziger hatte sich Kahsner mit der "Westdeutschen Volkszeitung" (WVZ) schon einmal an einem Zeitschriftenprojekt beteiligt. Die WVZ war ein 1996 gegründeter und zwischenzeitlich eingestellter NRW-Ableger der neonazistischen "Berlin-Brandenburger Zeitung".

Kahsner gilt als etwas verschroben, trotz geringer Einkünfte stets gut bei Kasse und als hilfsbereit: So stellt er auch schon mal seine Hagener Sozialwohnung als Kontaktadresse für auswärtige Neonazis und ebenso für den "Nationalen Widerstand Hagen/Lüdenscheid" zur Verfügung und dient häufig als presserechtlich Verantwortlicher für Veröffentlichungen der Szene. Dennoch dürfte er nicht dem Kreis der in NRW, gar bundesweit wichtigen Kader angehören, ist mehr Zuträger, denn Stratege, Ideologe oder "Schlachtenführer". Dennoch versuchte er sich im August 1998 zusammen mit Haase, Siegmund und anderen regionalen "Größen" an der Durchführung eines Rudolf-Heß-Marsches im Sauerland. Aufgrund desolater Organisation und geringem Zulauf scheiterte dieser kläglich, noch bevor er im hochsauerländischen Brilon und im zweiten Versuch im nahen Marsberg Aufstellung nehmen konnte.

Four – three – two - one – zero: Nazi-Countdown in Hagen

Als federführende Figuren der "Freien Nationalisten Hagen/Lüdenscheid" kristallisierten sich **Ronald "Ozzy" Guziewski**, sein Weggefährte **Mark vom Ort**, **Maik "Private" Müller** und der damals noch jugendliche **René Gehrke** heraus, allesamt aus Hagen. 2001 breitete sich bei den regionalen "Freien" Aufbruchstimmung aus. Immerhin war es gelungen, eigene Aufmärsche durchzuführen und politische Strukturen herauszubilden. Parallel hatte sich auch die Zahl der neonazistischen Übergriffe wieder gehäuft. Bald aber folgte Ernüchterung. Die Bereitschaft der Szene zu einem Aufmarsch-Marathon hielt sich in Grenzen. In der Regel lag die TeilnehmerInnenzahl bei unter 100, so auch am 7. Juli 2001 bei einer Demonstration in Gevelsberg. Erschwerend kam hinzu, dass AntifaschistInnen immer stärkeren Druck auf die Kader machten. Nicht ohne Erfolg: Ronald Guziewski verlor die Nerven und zog Hals über Kopf nach Ennepetal. Mark vom Ort tat es ihm gleich.


Kader, Redner und Ordner der "Freien": Ronald "Ozzy" Guziewski

Die "Freien" in der Region verloren langsam wieder an Bedeutung. Maik Müller und René Gehrke waren auf sich allein gestellt, es gelang ihnen auch nicht, die lokale Hagener Szene zu stärken. Als Gehrke für den 17. November 2001 einen weiteren Aufmarsch durch Hagen anmeldete, kam es zu einer antifaschistischen Kundgebung vor seiner elterlichen Wohnung. Dem Druck weichend, gab er die Anmeldung an Maik Müller ab, der zu dieser Zeit vorübergehend in Düsseldorf lebte. Ab Frühjahr 2002 wurde es dann still um Gehrke, letztmalig ließ er sich auf einem Neonazi-Aufmarsch Anfang 2002 in Bielefeld blicken. Und verkündete noch im selben Jahr seinen "Ausstieg" und sich von nun an zum "Antifaschisten" und "Autonomen". Er lebt heute in Lüdenscheid und ist Mitglied der "Autonomen Gruppe in Lüdenscheid" (AGiL). Antifaschistische Gruppen aus NRW haben deshalb bereits mehrfach vor einer Zusammenarbeit mit AGiL gewarnt *(zu Gehrkes Ausstieg vgl. den Schwerpunkt der LOTTA Nr. 13)*.

Auch Maik Müller landete letztendlich in Lüdenscheid. Abgesehen von seiner Teilnahme an Aufmärschen hörte man erst im Juni 2003 wieder etwas von ihm, als er zwei kleinere Neonazi-Aufmärsche in Hagen organisierte, den ersten am 3. Juni anlässlich eines Besuches von **Paul Spiegel** unter dem Motto "Der Rassismus ist ein Meister aus Israel" und den zweiten am 5. Juli "gegen Polizeiwillkür und staatliche Repression". Letzteren meldete der Oberhausener **Markus Marschinke** an, der seit Jahren auffällig gute Kontakte zur Hagener Szene zu pflegen scheint.

Im September 2003 verstarb Maik Müller, nachdem er nach einem Fußballspiel bei einer Schlägerei zwischen Hooligans am Kopf verletzt worden war *(vgl. LOTTA Nr. 14, S. 42)*. Seit Sommer 2003 sind die "Freien Nationalisten Hagen/Lüdenscheid" damit führerlos. Nach Müllers Tod ist die Gruppierung nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Noch gibt es in allerdings auch in Hagen keinen Grund zur Entwarnung. Vor wenigen Monaten gab sich im "Weltnetz" eine "Volksgemeinschaft Autonomer Sozialisten" (VAS) zu erkennen, die angeblich in Hagen, Lüdenscheid, Siegen und Oberhausen Ortsgruppen unterhalten würde. Bislang traten diese aber noch nicht wahrnehmbar in Erscheinung und auch die Homepage verweist lediglich auf die "Heimatseite" der neonazistischen Zeitschrift "Der Förderturm" aus dem westlichen Ruhrgebiet. Bei den letzten Aufmärschen in Hagen waren aber verstärkt rechte Jugendliche aus Hagen zu sehen, was das Heranwachsen einer neuen Gruppierung befürchten lässt. Größere Gruppen von jüngeren Neonazis und deren Umfeld treffen sich regelmäßig in der Hagener Innenstadt und es kam bereits mehrfach zu Angriffen auf alternative Jugendliche.

Politisierung der rechten Skin-Szene und RechtsRock im südlichen EN-Kreis

Guziewskis und vom Orts Umzug nach Ennepetal war keine reine Notlösung. Im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis existierte schon seit längerem eine rechte Skinhead-Szene, die sich unter der Führung von **Michael Müller** als "Skinheads Ennepetal" präsentierte. Der frühere Gevelsberger und spätere Ennepetaler war bereits seit langem in neonazistischen Kreisen aktiv, er verfügte über gute Kontakte zur FAP und war schon Ende 1993 beim gescheiterten Gründungsversuch des NRW-Landesverbandes der "Deutschen Nationalisten" in Dortmund anzutreffen gewesen. 1994 nahm er inmitten von FAP- und SAF-Aktivisten an einer NPD-Kundgebung in Bonn teil. Im EN-Kreis selbst organisierte er diverse Skinheads-Partys und kleinere Konzerte. Nach dem Zuzug von Guziewski und vom Ort wurde aus dem losen Zusammenschluss "Skinheads Ennepetal" die "Kameradschaft Ennepe-Ruhr". Es kam zu einer weiteren Politisierung der rechten Skinhead-Szene. Mehrfach gab es auch Übergriffe auf Punks und MigrantInnen, Treffen und Informationsveranstaltungen einer lokalen Bürgerinitiative gegen Rechts konnten zeitweise nur noch unter Polizeischutz stattfinden. Neben Guziewski, vom Ort und Michael Müller gehört noch **Maik Falkenrath** zu den Protagonisten der regionalen Szene.

Der heute in Gevelsberg lebende Marc vom Ort gründete parallel zur "Kameradschaft Ennepetal", die sich wahlweise auch als "Nationaler Widerstand Ennepe-Ruhr" bezeichnete, die "Initiative der weißen Art" (IdwA), die aber eher ein Einmann-Projekt gewesen sein dürfte. Bekannt wurde sie durch einen Aufmarsch am 26. August 2002 ("Todesstrafe für Kinderschänder – nur das ist 0 Prozent Rückfallquote") in Schwelm und vor allem durch einen gescheiterten Aufmarsch-Versuch am 5. Januar 2002 an der ostwestfälischen Wewelsburg. Wegen des Mottos "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" wurde letztere Demonstration verboten, vom Ort handelte sich ein Strafverfahren ein und wurde Anfang 2003 zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt, die drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Seit dem Vorjahr lässt er sich nur noch selten bei Aktionen blicken.

Zeitweise führte vom Ort mit "Donnertex" auch einen kleinen Versand für Szene-Bekleidung. Ebenso kurzlebig wie "Donnertex" dürfte die "Initiative der weissen Mädels" (IdwM) gewesen sein, deren Homepage auf die gleiche Ennepetaler Adresse angemeldet war, wie die des Versandes.

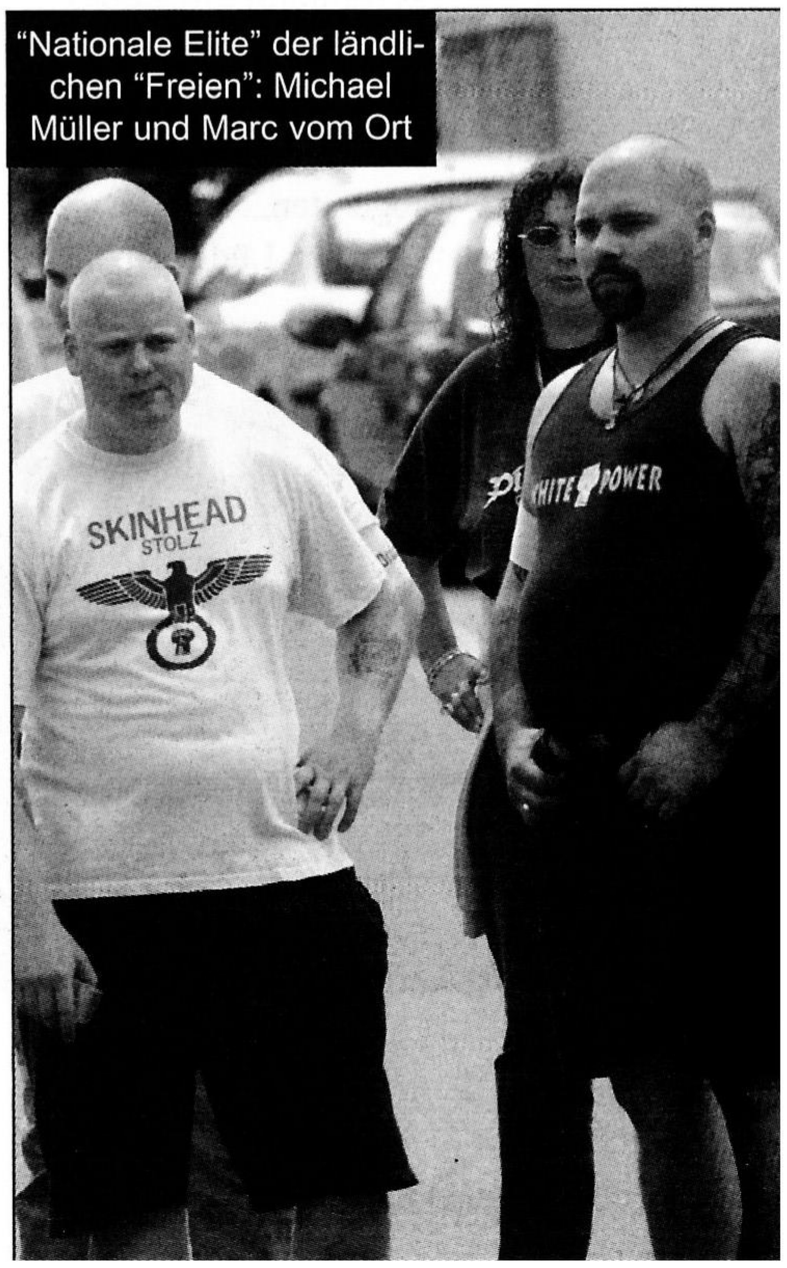
Die eng auch mit der südlichen Wuppertaler Szene verbandelte Kameradschaftsszene im EN-Kreis machte zuletzt durch eine versuchte Kranzniederlegung am Volkstrauertag 2003 und die Störung einer antifaschistischen Informationsveranstaltung von sich reden. Zuvor war bereits am 28. März 2003 eine recht spontane Demonstration unter dem Motto "gegen US Staatsterrorismus, Angriffskrieg ist Völkermord, wir haben unser Nürnberg hinter uns, ihr werdet euers noch erleben" in Schwelm organisiert worden.

Neben vom Ort hat sich auch der für die regionale Szene wesentlich wichtigere "Ozzy" Guziewski in letzter Zeit politisch sehr zurückgehalten. Die Gründe hierfür dürften beruflicher Art sein. Er arbeitet der Szene aber weiterhin logistisch zu. Beim letztjährigen Rudolf-Hess-Marsch in Wunsiedel zum Beispiel war er für die Beschallung des 3.500-köpfigen Events zuständig. Sein politisches Comeback steht zu erwarten.

Mehrere Geschäfte, Musiklabels und Versände, die dem Ennepetaler **Marcel Ingignoli** zuzurechnen sind, sind zudem im südlichen EN-Kreis anzutreffen. Von besonderer Bedeutung ist der Laden "Ranger-Streetwear" in Ennepetal-Milspe sowie der "Ohrwurm Versand" und das gleichnamige Label *(vgl. LOTTA Nr. 10, S. 23)*. Ingignoli ist jedoch zwischenzeitlich in der Szene in Ungnade gefallen, gilt unter "Kameraden" als Verräter, da er der Polizei Vertriebswege der neonazistischen Kultband "Landser" verraten habe. Mark Falkenrath meldete gar am 10. Mai 2003 eine Spontandemo in Ennepetal gegen ihn an. Die zirka 25 TeilnehmerInnen wurden wegen einer zeitgleich stattfindenden antifaschistischen Demonstration jedoch von der Polizei fernab des Geschehens an den Waldrand verbracht.

Trotz Boykott-Aufrufen gegen Ingignoli funktioniert sein Geschäft aber weiter unverändert gut, der "Ohrwurm-Versand" gilt als zweitgrößter Neonazi-Versand in NRW. Ingignoli konzentriert sich aktuell zunehmend auf das Versandgeschäft, da seine Verkaufsläden immer stärker ins Fadenkreuz antifaschistischer Gruppen geraten sind.

Ebenfalls im EN-Kreis anzutreffen ist die Band "Todesstrafe" um Maik Falkenrath, der aktuell als "Stützpunktleiter Schwelm" des "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) in Erscheinung tritt. Nach Schwelm hat es nach einer Zwischenstation in Wetter zwischenzeitlich auch Guziewski verschlagen, der seit vielen Jahren im Rechts-Rock-Bereich zu Hause ist. So auch - ebenso wie Michael Müller und Mark vom Ort - als Mitglied der Security der Band "Oidoxie". Zu deren Mitgliedern zählte früher auch noch **Christian Errit** aus Meinerzhagen (MK). Zeitweise unterhielt die Band mit "Oidoxie-Records" einen eigenen Versand mit Postfach in Ennepetal. Auf das Konto von Guziewski, vom Ort und Müller dürfte auch das RechtsRock-Konzert am 28. April 2001 in Gevelsberg-Silschede gehen *(vgl. LOTTA Nr. 6, S. 28 f.)*. Überhaupt ist der EN-Kreis und das angrenzende Bergische Land nicht selten Austragungsort von zumeist kleineren Rechts-Rock-Konzerten.



"Nationale Elite" der ländlichen "Freien": Michael Müller und Marc vom Ort

Vereint zuschlagen

Welche unmittelbare Gefahr von Neonazis auch in der

hiesigen Region ausgeht, zeigt sich quer durch die Szene, von NPD, über "Freie Kameradschaften" bis hin zu Nachwuchs-Neonazis, nicht organisierten rechten Jugendlichen und rechtem Straßenpöbel. Thorsten Crämer zum Beispiel saß zwei Jahre in Haft, weil er im Juli 2000 zusammen mit anderen Neonazis AntifaschistInnen und ZeitzeugInnen an der Gedenkstätte Kemna bei Wuppertal bewaffnet überfallen hatte. Er war zu diesem Zeitpunkt JN-Landesvorsitzender, Mitglied des NPD-Landesvorstandes sowie JN-Bundesvorstandsmitglied, letzteres auch heute noch..

Auch die Neonazi-Szene im MK machte durch gewalttätige Überfälle auf sich aufmerksam. Bei einer Feier des Ex-Lüdenscheiders und späteren Münchener Neonazis und Burschenschafters **Reiner Mehr**, Bruder von Harald Theodor Mehr, schlugen am 13. Januar 2001 **Maria Anna von Papen** aus Arnsberg (Hochsauerlandkreis), **Christoph Schulte** aus Plettenberg (MK) und weitere Neonazis einen Griechen zusammen. Nur das spontane Eingreifen einiger junger Türken rettete Artemios T. vermutlich das Leben. Schulte gehört zum Kreis um Haase und Schoppmann und war 1999 Kommunalwahl-Kandidat der NPD-MK. Gleichzeitig agierte er aber auch als Ordner auf Demonstrationen der "Freien", was einmal mehr die Nähe zwischen NPD und "Freien Kameradschaften" im hiesigen Raum erkennen lässt.

Auch Schoppmann hat seine Bereitschaft zu körperlichen Übergriffen bereits mehrfach unter Beweis gestellt. So griff er nach dem WM-Endspiel 2002 zusammen mit weiteren Neonazis mehrere Personen in der Lüdenscheider Innenstadt an, die sie dem linken Spektrum zugeordnet hatten. Sein Chef, Timo Pradel, bemüht sich zwar recht erfolgreich um ein biederes Image, aber auch er musste sich schon - wenn auch indirekt - bei einer Gerichtsverhandlung mit gewalttätigen Aktionen in Verbindung bringen lassen. Er unterhielt demnach Kontakte zur neonazistischen "Kampfgruppe Iserlohn", deren Mitglieder u.a. dadurch in Erscheinung traten, dass sie eine jugendliche "Kameradin" aus Hemer (MK), deren Eltern ihr die Teilnahme an einer NPD-Demonstration untersagt hatten, gewalttätig aus dem Hausarrest befreiten. Ergebnis: eine zertrümmerte Wohnung und mehrere Verletzte. Der Fahrer der "Befreier" in die Nähe des Einsatzortes: Timo Pradel. Er habe aber, so Pradel vor Gericht, zuvor von der Tat abgeraten...

In der Lüdenscheider Innenstadt versuchen Jungnazis momentan, verstärkt Präsenz zu zeigen. Durch ihre extreme Gewaltbereitschaft stellen sie eine permanente Bedrohung für alternative Jugendliche und MigrantInnen dar. In letzter Zeit kam es immer wieder zu rassistischen und antisemitischen Pöbeleien, mit zunehmender Häufigkeit werden insbesondere jugendliche Punker angegriffen. Auffällig ist der starke Einfluss der Jungnazis auf die lokale Gabber-Szene. Es bestehen zudem gute Kontakte zur Lüdenscheider NPD, von der sie mit Propagandamaterial versorgt werden.

Eine ähnliche Situation findet sich seit längerem in Menden im nordöstlichen MK. Seit Sommer 2002 macht im Vorort Lendringsen eine eher lose, aber zahlenmäßig starke neonazistische Szene insbesondere durch Übergriffe auf Punks und alternative Jugendliche auf sich aufmerksam. Ebenso wie in Lüdenscheid gibt es bei den Akteuren eine starke Überschneidung mit der Gabber-Szene. Zum schwerwiegendsten Übergriff kam es am 24. Mai 2002. Eine Gruppe alternativer Jugendlicher wurde von zirka 15 Neonazis überfallen und zum Teil schwer verletzt. Und auch eine Politisierung der Mendener Szene war festzustellen. Hierzu zählen das Verteilen von Flugblättern der "Unabhängigen Nachrichten" am 20. April 2002 und die Teilnahme an der NPD-Demo in Iserlohn. Nachdem sich die Szene im Jahr 2003, u.a. aufgrund von Protesten und Strafverfahren, etwas zurückhaltender verhielt, scheint sie im laufenden Jahr wieder mehr Aktivitäten zu entfalten.

"Alles Große steht im Sturm"? – ein Fazit

Während die Strukturen der regionalen "Freien" derzeit sehr geschwächt sind, gehen die meisten politischen Aktivitäten von der NPD-MK aus. Im Wahljahr 2004 macht man zusätzliche Reserven frei. Schließlich gilt es, neben dem "Kampf um die Straße" und dem "Kampf um die Köpfe" auch den "Kampf um die Parlamente" zu führen. Anlässlich der anstehenden Europawahlen organisierte die NPD auch bereits in diversen Orten im MK Infostände, u.a.. in Iserlohn, Hemer, Altena, Werdohl, Halver, Menden und Neuenrade. Angebote an ihr Umfeld, mitzuwirken, gibt es reichlich. Hierzu zählen auch die Sonnenwendfeiern, die regelmäßig veranstaltet werden. Zuletzt fanden diese in Iserlohn-Sümmern und Menden statt. Dennoch konnten bisher nur wenige jüngere Leute eingebunden werden. Zu groß ist noch die Kluft zwischen "der Partei" und dem zahlreichen erlebnisorientierten Szene-Umfeld, was sich eher von den "Freien" angesprochen fühlen dürfte. Diese aber bekommen im Augenblick nicht viel zustande.

Bei ihrer Arbeit kommt der NPD-MK zugute, dass sie über ein eigenes Zentrum im Vorort Evingsen der Kleinstadt Altena verfügt. Hier finden neben Parteisitzungen auch regelmäßig "Kameradschaftsabende", "Liederabende", Vortragsveranstaltungen und Schulungen statt, die auch offen für den neonazistischen Nachwuchs sind. So auch am Wochenende vom 26. bis 28. März bei einem "Schulungslager" der JN-NRW. Hieran dürften zirka 50 bis 60 Personen teilgenommen haben. JN/NPDler, AktivistInnen der "Freien Kameradschaften" und der hoffnungsvolle Nachwuchs "wanderten", feierten und lauschten u.a. den Vortrag von **Peter Naumann**, dem "Bombenhirn" der bundesdeutschen Neonazi-Szene.

Come together... - NPD, "Freie" und Burschenschafter. Hier: Axel Schoppmann (Mi.) und Maik Müller (re.), links im Hintergrund mit "Pali-Tuch": Reiner Mehr

Judith Wolter: Die “Pro Köln”-Vorsitzende unter der Lupe

Von Johannes Lohmann

Rassismus als “seriöse Alternative”

Judith Wolter: Die “Pro-Köln”-Vorsitzende unter der Lupe

“Wir möchten mit Pro Köln die verkrusteten politischen Strukturen aufbrechen und wieder Politik primär für den Kölner Normalbürger anstatt für Randgruppen machen. (...) Wir möchten die Zukunft der Jugend sichern, indem wir gegen jede weitere Überfremdung eintreten”, so Judith Wolter, Vorsitzende der extrem rechten “Bürgerbewegung Pro Köln” in einem Interview. Rechte Phrasen, die die 25-jährige Juristin inzwischen sicher beherrscht. Mit einer jungen Frau an der Spitze versucht die “Bürgerbewegung Pro Köln”, bei der diesjährigen Kommunalwahl im September auf Stimmenfang zu gehen.

Ihre politische Karriere beginnt die im August 1978 geborene Wolter bei den “Republikanern”, auf deren Liste sie bei den Kommunalwahlen 1999 für den Kölner Stadtrat kandidiert. Weitere Ambitionen scheint sie bei den REPs nicht zu verfolgen, wird sie doch schon drei Monate vor der Kommunalwahl, im Juni 1999, nachdem die notorischen Kölner extreme Rechte **Manfred Rouhs** und **Markus Beisicht** dort das Ruder übernommen haben, zur Vorsitzenden von “Pro Köln” gekürt. Da ist sie gerade einmal zwanzig Jahre alt.

Anfangs tritt Judith Wolter in der Öffentlichkeit - wenn überhaupt - sehr zurückhaltend auf. Auf der Homepage kommentiert sie das politische Geschehen mit Redewendungen, die stark an die von Rouhs erinnern. Bei Veranstaltungen ihrer Organisation beschränkt sie sich auf die Begrüßung der Anwesenden, bei Demonstrationen hält sie lediglich das “Pro Köln”- Transparent. Die inhaltliche und organisatorische Arbeit wird vornehmlich von Rouhs und Beisicht geleistet.

Deren Bestreben, eine Organisation aufzubauen, die durch ein moderates Auftreten das rassistische Ressentiment mobilisieren kann, ohne sofort in die “Nazi-Ecke” gestellt zu werden, kommt der Typus einer jungen und engagierten Frau, wie Wolter ihn repräsentiert, entgegen. Ein eigenes Profil entwickelt die Vorsitzende vorerst aber noch nicht. In dem Fernsehbericht “Moderne Walküren”, der im April 2001 ausgestrahlt wurde, zitiert Wolter gerade einmal ein paar Sätze aus dem Parteiprogramm. Sie behauptet jedoch, dass sie an der Universität Köln, an der sie Jura studiert, viel Zustimmung bekomme.

Die “Plattform demokratischer Studenten” (pdst), der Wolter vorsteht, findet an der Uni wenig Anklang. AntifaschistInnen machen an der Uni auf ihr Treiben aufmerksam. So tritt die pdst trotz anders lautender Ankündigungen auch nicht zur Wahl des Studierendenparlamentes an.

Bei “Pro Köln” zeigt Judith Wolter derweil Einsatz und leistet Fleißarbeit. Bei den Demonstrationen gegen den so genannten “Drogenstrich” im Kölner Norden ist sie immer ganz vorne mit dabei. Mit ihr marschieren die Neonazis der “Freien Kameradschaften”, deren Anwesenheit auch Wolter zu begrüßen scheint. Doch nicht nur bei größeren Ereignissen wie den Aufmärschen, auch bei kleineren

Mahnwachen mit wenigen TeilnehmerInnen, wie beispielsweise der Kundgebung gegen den Kalifatstaat in Köln-Nippes, bei Infoständen oder dem Verteilen von Flugblättern: Die Vorsitzende ist stets zugegen. Im März 2002 führt "Pro Köln" dann eine Demonstration gegen den "faschistoiden Verfassungsschutz" (Manfred Rouhs) durch. Während neben den beiden Dauerrednern Rouhs und Beisicht auch zwei Frauen - **Hilde Hülsmeyer** (ex "Bund freier Bürger"-Funktionsträgerin) und **Daniela Wegener** (Sauerländer "Kameradschaftsführerin") - das Wort ergreifen, bleibt Judith Wolter - wie schon so oft zuvor - im Hintergrund und hält lediglich das Transparent für die "Leverkusener Offensive", die Schwesterpartei von "Pro Köln".

Doch langsam gewinnt sie an Selbstständigkeit. Nach den Auseinandersetzungen zwischen der NPD und dem "Pro-Köln"-Hauptakteur Manfred Rouhs - letzterer warf den "Nationaldemokraten" vor, von

gewalttätigen Spitzeln durchsetzt zu sein, während diese im NPD-Parteiorgan "Deutschen Stimme" Rouhs wiederum als "Spalter" und "Provokateur" bezeichneten - ist es Judith Wolter, die wieder für eine Annäherung an die NPD sorgt. Mitte November 2002 reist sie zusammen mit Markus Beisicht zum Bundeskongress der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) ins hessische Kirchheim. In ihrem Grußwort betont sie, dass in Zeiten von "Repressionsdruck und Verbotsdrohung gegen die Nationaldemokraten" die Anbiederung "an etablierte Positionen und Parteien, wie es Teile der Republikaner praktizierten", keine Lösung darstelle, sondern dass eine "konsequente Fundamentalopposition" notwendig sei.

Im Namen von "Pro Köln" spricht Wolter mit anderen Zungen: Zusammen mit den "Reformkräften" in der CDU wolle man den Bau einer Großmoschee in Köln verhindern. Dieses Thema stellt - neben der Agitation gegen Roma-Flüchtlinge - fortan den Schwerpunkt für "Pro Köln" und seine Vorsitzende dar.

Derweil reißt der Draht zur NPD nicht ab. Im Januar 2003 gibt Wolter der "Deutschen Stimme" ein Interview, in dem sie ihren Kampf gegen die "Multikulti-Fanatiker" in Köln darlegt und sich auch von Rouhs verbal ein wenig absetzt: "Manfred Rouhs ist Vorstandsmitglied von 'Pro Köln'. Vorsitzende bin jedoch ich." Und – weiter in Abgrenzung zu ihrem Vorstandskollegen: "Ich kann nur für mich selbst sprechen und sagen, dass ich bisher niemanden angefeindet habe und dies auch künftig nicht vorhabe." Dieses Interview wird unter anderem von **Thorsten Crämer**, der zuvor wegen Organisation und Leitung eines brutalen Angriffs auf TeilnehmerInnen einer KZ-Gedenkstättenveranstaltung im Sommer 2000 in Wuppertal eine zweijährige Haftstrafe abgesessen hatte, geführt. Zwar hatte Rouhs ihn deswegen in der Öffentlichkeit scharf verurteilt, der guten Beziehung zwischen Crämer und "Pro Köln" bzw. Crämer und Judith Wolter scheint dies aber nicht im Wege zu stehen. Auf mehreren Kundgebungen von "Pro Köln", wie z.B. in Köln-Ehrenfeld im April 2003, ist Crämer fortan zu sehen. Das von ihm mitinitiierte und –geleitete "Deutsche Kulturwerk" (DKW), eine Vorfeldorganisation der NPD, lädt Wolter zu einer Veranstaltung am 8. Februar 2003 nach Leverkusen-Opladen ein, bei der sie über die "Pro-Köln"-Kampagne gegen "Islamisierung" spricht. Im Juni referiert sie nach Informationen der Zeitschrift "Nation & Europa" zum selben Thema beim "1. Freiheitlichen Kongress der Deutschen Stimme", und auch für das - letztendlich ausgefallene - Pressefest der von Rouhs herausgegebenen Zeitschrift "Signal" ist sie als Rednerin zum Thema "Multikultopia in Europas Städten" angekündigt.

Auch in ganz praktischer Hinsicht ergreift Judith Wolter nun die Initiative. So ist sie am 15. März 2003 bei der "Pro-Köln"-Demonstration gegen den geplanten Bau einer Moschee in Köln-Chorweiler und Köln-Mülheim an der Koordination mit den neonazistischen Bündnispartnern beteiligt. Die NPD stellt an diesem Tag auch die Infrastruktur, u.a. den Ordnerdienst. Die Demonstration endet im Streit zwischen Rouhs und der NPD, was auch Wolter nicht verhindern kann.

Im Juli trifft sie sich mit den "Republikanern", um die Möglichkeiten einer gemeinsamen Liste für die Kommunalwahl 2004 zu eruieren. Die Zusammenkunft bleibt jedoch ergebnislos. "Pro Köln", deren Vorsitzende überzeugt ist, "dass man derzeit lediglich auf kommunaler Ebene greifbare politische Erfolge erzielen kann, wenn man sich als Opposition zu den etablierten Parteien versteht", tritt nun als Wählervereinigung mit einer eigenen Liste an. Als Spitzenkandidatin für die Wahl zum Stadtrat wird Judith Wolter, die außerdem noch für die Bezirksvertretung Innenstadt kandidiert, am 25. September des letzten Jahres nominiert. Als Wahlziel gibt sie ein Ergebnis deutlich oberhalb der Fünf-Prozent-Marke vor. "Entscheidend ist, dass es uns gelingt, im nächsten Rat eine Fraktion zu bilden", erklärt sie beim Wahlkampf-Auftakt von "Pro Köln" am 23. Januar 2004 in Ehrenfeld. Vor allem die Kampagne gegen den Moscheebau soll die Rechtsaußen, die sich als, so Wolter, "seriöse, demokratische Alternative von rechts" gerieren wollen, ins Stadtparlament bringen: "Wir werden aus der Kommunalwahl eine Volksabstimmung über die Groß-Moschee machen." 23.000 Unterschriften gegen den Bau will "Pro Köln" bislang gesammelt haben. Bis zum Frühsommer sollen es 30.000 sein. Wolter: "Unabhängig von der Frage, wie die Ratsfraktionen reagieren, gehen wir davon aus, dass die Petenten mit ihren Wählerstimmen den Einzug der Bürgerbewegung pro Köln in den Rat und in die Bezirksvertretungen sicherstellen werden."

Bei der Mitgliederversammlung am 25. September 2003 wird sie auch ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt. Eine innerparteiliche Opposition braucht sie derzeit nicht zu fürchten. Mit ihrem Hintergrund und ihren Fähigkeiten steht ihrer Karriere innerhalb der extremen Rechten nichts im Wege. Und auch in beruflicher Hinsicht braucht sie sich offenbar keine Sorgen zu machen. Die Juristin, die im letzten Jahr ihr erstes Staatsexamen abgelegt hat, arbeitet derzeit in der Kanzlei von **Karlheinz Schlaeper**, dem Schwiegervater von Markus Beisicht. Die Familie kümmert sich...

Von Peter Conrady

Ganz weit im Osten - gerade noch Deutschland

Ein Überblick über die sächsische Neonazi-Szene

"In Sachsen haben noch keine Häuser gebrannt, es ist auch noch niemand umgekommen. (...) die sächsische Bevölkerung hat sich als völlig immun erwiesen gegenüber den rechtsradikalen Versuchungen", so der damalige sächsische Ministerpräsident **Kurt Biedenkopf** am 28. September 2000 in einem Interview in der "Sächsischen Zeitung".

Während anderswo in Deutschland im Sommer 2000 der so genannte Aufstand der Anständigen ausgerufen wurde, fühlte sich in Sachsen kaum jemand zuständig. Obwohl Biedenkopfs Aussage offensichtlich eine Falschdarstellung war, protestierten nur einzelne linke und linksliberale Gruppen. Der Euphemismus und das Nicht-Wahrhaben-Wollen des Problems extreme Rechte ist - zumindest in Sachsen - quasi zur Staatsräson erhoben, und das nicht erst seit dem Jahr 2000.

Natürlich hatten in Sachsen Flüchtlingsunterkünfte gebrannt. Hoyerswerda ist ein bleibendes Synonym dafür. Der Terror, der sich 1991 offen zeigte, konnte angesichts der schweigenden und teilnahmslosen, oft sogar sympathisierenden Mehrheitsgesellschaft kontinuierlich fortgesetzt werden. Unzählige Angriffe, vorwiegend auf Flüchtlinge und nicht rechte Jugendliche, zeugen von der Militanz und Gewaltbereitschaft der sächsischen Neonazi-Szene. Bis zum Jahr 2000 zählte man sieben Todesopfer rassistischer Gewalt, bis 2004 waren es mindestestens neun. Erst Ende März diesen Jahres wurden am Landgericht Chemnitz zwei bekannte Neonazis wegen versuchten Mordes zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten im Juli 2003 in Freiberg Brandsätze auf ein Flüchtlingswohnheim geworfen, wobei glücklicherweise niemand verletzt wurde. Im Jahr 2003 erhielt die Beratungsstelle "AMAL Sachsen - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt" Kenntnis von 141 Angriffen. Dabei wurden mindestens 194 Menschen Opfer einer Körperverletzung oder anderer Delikte. Damit steht Sachsen, wie schon im Jahr 2002, an erster Stelle unter den ostdeutschen Bundesländern. Müßig zu erwähnen, dass staatliche Stellen eine deutlich geringere Zahl angeben. Glaubt man der "Polizeilichen Kriminalstatistik" (PKS) gab es 77 rechte Gewalttaten. Auch das gehört zum Selbstverständnis eines Bundeslandes, welches die Gefahr, ganz im totalitarismus-theoretischen Sinne, mehr links als rechts verortet. Eine seit Jahren überaus aktive, organisierte Szene von NPD bis zu "freien Kräften" mit entsprechenden Aktivitäten und einer Unzahl von Demonstrationen runden das Bild vom "braunen Sachsen" ab. Hier hat sich ein Schwerpunktgebiet der extremen Rechten herauskristallisiert.

Im folgenden soll die Entwicklung der letzten Jahre nachgezeichnet werden und auf Schwerpunkte sächsischer Neonazi-Aktivitäten eingegangen werden.

Dresden - "Hauptstadt der Bewegung"

Spricht man von Neonazis in Sachsen, kommt man unweigerlich auf Neonazis in Dresden. Nicht nur als Landeshauptstadt, sondern auch wegen ihrer historischen Bedeutung in der deutschen Erinnerungskultur stellt Dresden einen wichtigen Ort für die Szene dar. Am 14. Februar war diese besondere Rolle zuletzt spürbar. Mit 2.100 Teilnehmern zog der bis dahin größte Neonazi-Aufmarsch im "Gedenken an den alliierten Bombenholocaust" durch die Stadt. Damals, 1945, hatten britische und amerikanische Alliierte die Stadt bombardiert. Und es ist nichts Gutes zu erwarten, wenn **Christian Worch** in seinem Demonstrationsbericht schreibt, dass Dresden neben Wunsiedel und Halbe "als Erinnerung an die Vergangenheit zu einem festen Faktor in der Bewältigung der Gegenwart und vor

allem der Gestaltung der Zukunft" für den "Nationalen Widerstand" geworden ist.[1]

Aufgerufen hatte die "Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO), die seit einigen Jahren einen "Trauermarsch" am 13. Februar durchführt, der kontinuierlich einen wachsenden Teilnehmerzustrom verzeichnet. Waren es im Jahre 1998 nur mehrere Dutzend, kamen in den letzten Jahren schon 1.000 Teilnehmer. In diesem Jahr hielten am Abend des 13. Februar 180 Neonazis einen Fackelmarsch ab. Am Vormittag hatten sie bereits an der städtischen Gedenkfeier am Heidefriedhof teilgenommen, wo sie etwa Zweidrittel der Trauerkränze stellten. Am Folgetag, einem Samstag, wurde dann das eigentliche Ziel, einen Großaufmarsch mit über 2.000 Teilnehmern durchzuführen, verwirklicht. Als Redner trat unter anderen der Hamburger Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger** auf. Für viele ein alter Bekannter. Im Sommer 1997 und 1998 führte er bereits im ostsächsischen Ostritz die "Mitteldeutschen Tagungswochen" durch, als Ersatz für die verbotenen niedersächsischen "Hetendorfer Tagungswochen". Dabei trat auch der Neonazi-Barde **Frank Rennicke** auf, der gern und oft gesehener Gast sächsischer Neonazis ist. Der breiteren Mobilisierung wegen war er auch für den 14. Februar angekündigt und spielte dann vor historischer Kulisse zwischen Zwinger und sächsischem Landtag auf.

"Nationales Bündnis Dresden" - Ein "Signal" für Dresden und darüber hinaus?

Als Hauptunterstützer und Mitorganisator des Aufmarsches am 14. Februar trat neben der JLO und der NPD das "Nationale Bündnis Dresden" (NBD) auf. Das NBD ist ein im April 2003 gegründeter Zusammenschluss von Neonazis und anderer extrem Rechter aus dem gesamten Spektrum von NPD bis "Republikaner". Allen gemein ist, dass sie bei bisherigen Kommunalwahlen deutlich scheiterten. Folgerichtig ist das Hauptziel des NBD der Einzug in das Dresdner Kommunalparlament im Juni 2004, um damit ein "Signal weit über Dresden hinaus" für die "Einheit aller Nationalen" zu setzen. Beim genaueren Hinsehen entpuppt sich das NBD nicht nur phonetisch als "Tarnorganisation" der NPD. Als Vorsitzender fungiert **Holger Apfel**, der gleichzeitig stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD ist. Ein weiteres Vorstandsmitglied ist der Dresdner NPD-Kreisverbandschef **Rene Despang**. Vorwiegend aufgrund von Interventionen verschiedener Gegner befindet sich das NBD seit seiner Gründung unter Druck. Inzwischen hat es massive Probleme, Räumlichkeiten für seine fast sechswöchentlichen Saalveranstaltungen zu akquirieren. Bei diesen traten beispielsweise der ehemalige Berliner "Republikaner"-Chef **Klaus Weinschenk** auf, ebenso der extrem rechte Publizist **Wolfgang Juchem** sowie **Peter Dehoust** von "Nation&Europa" und immer wieder auch der NPD-Liedermacher **Jörg Hähnel**.

Feierabendnationalisten im rechten Gesprächskreis

Hauptagitationsfeld des NBD ist nicht etwa die Öffentlichkeit, sondern ein "Nationales Forum", in dem sich über diverse wichtige und viele weniger relevante Themen ausgetauscht wird. Hervor tut sich hier besonders der stellvertretende NBD-Vorsitzende und ex-"Republikaner" **Frithjof "Freddy" Richter**. Glaubt man der angegeben Zahl, schrieb er bisher als "Giga-User" über 1.200 Einträge, etwa vier pro Tag. Trotz aller Mühen gehen Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht davon aus, dass das NBD den anvisierten Einzug in den Dresdner Stadtrat schaffen wird. Es ist anzunehmen, dass sich das "Bündnis" als weiterer erfolgloser Einigungsversuch der extremen Rechten herausstellen wird. Für ein Scheitern spricht auch, dass es dem NBD trotz der Vielzahl von Veranstaltungen und trotz Hauswurfsendungen von - laut Eigenangaben - mehreren Zehntausend Flyern bisher nicht gelungen ist, Klientel über das übliche extrem rechte Spektrum hinaus einzubinden. Nach wie vor sind fast ausschließlich nur diejenigen im "Nationalen Bündnis" aktiv, die bereits seit Jahren eine Rolle in der Dresdner Region spielen. Eine mobilisierende und ansprechende Außenwirkung blieb aus. Grund dafür ist auch, dass das NBD nach wie vor fast ausschließlich die "alten" rechten Themen bedient, von "Ausländerkriminalität", über "Ausländerrückführung" bis hin zu Verschwörungstheorien. Und dabei dann auch wieder recht nahe zur NPD rückt, von der man angeblich so unabhängig ist.

Anscheinend ahnen die Protagonisten auch schon das nahende Wahldebakel im Sommer. Sprechen sie doch schon jetzt von möglichen "Wahlmanipulationen" und falscher Stimmenauszählung. Die dahinter stehende Verschwörungstheorie und Paranoia bedient nicht nur das Bild des vermeintlich allmächtigen äußeren Feindes, sondern soll auch für Selbstbestätigung und inneren Zusammenhalt sorgen. Dem NBD ist es nicht gelungen, kommunalpolitisch relevante Themen anzusprechen, gar Lösungskonzepte zu bieten. Obwohl gerade dies immer wieder gebetsmühlenhaft postuliert wird, bleibt das NBD bei allen relevanten Debatten innerhalb Dresdens kontinuierlich außen vor.

Auch wenn sich das NBD bewusst ein bürgernahes Image zu geben versucht, arbeitet es eng mit militanten Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum der "Freien Kräfte Dresden" zusammen. Diese unterstützen zum einen bei der Organisation und Absicherung von NBD-Aktivitäten, im Gegenzug verschafft das NBD den Schlägern Reputation in der Szene und fordert für sie einen "nationalen Jugendklub".

Unterwegs in Sachen "Anti-Antifa":
Sven Hagendorf, Mitbetreiber des "Klub Thor"

"Solidarität mit dem Klub THOR"

"Thor muss weg! - Kein Neonazizentrum
in Dresden und anderswo"

Ein "nationaler Jugendklub"

Diesen "nationalen Jugendklub", den "Klub Thor" in Dresden, hatten die Neonazis nach einer von Antifaschistinnen und Antifaschisten initiierten und weiteren gesellschaftlichen Gruppen unterstützten Kampagne "Thor muss weg!" zu Beginn des Jahres 2003 verloren. Als Betreiber des privat gemieteten "Thor" mit täglichem Kneipenbetrieb traten die seit Jahren aktiven Protagonisten der Szene **Sven Hagendorf** und **Ronny Thomas** in Erscheinung. Über mehrere Monate fanden regelmäßig extrem rechte Konzerte und Partys statt. Die Klubräumlichkeiten dienten als Szenetreff und Rückzugspunkt weit über Dresden hinaus für ganz Sachsen und die angrenzenden Bundesländer. Insbesondere mit Neonazis aus Sachsen-Anhalt um den Hallenser **Sven Liebig** kam es zu häufigen Treffen. In der Zeit, in der die Möglichkeit bestand, sich mit anderen Neonazis und rechten Jugendlichen ungestört auszutauschen, kam es auch zu einer Reihe von Angriffen auf Nichtdeutsche und Nichtrechte, wobei das "Thor" als Ausgangspunkt diente. Inzwischen sitzt Ronny Thomas, zugleich einer der umtriebigsten Dresdner Neonazis, eine Haftstrafe ab. Er war an diversen Angriffen auf Nichtrechte und Polizeibeamte beteiligt.

Die NPD

Eine maßgebliche Rolle für Sachsen spielt nach wie vor die NPD. Diese betreibt seit 1999 in Riesa die hauseigene "Deutsche-Stimme-Verlagsgesellschaft". Von hier aus wird nicht nur die Parteizeitung "Deutsche Stimme" vertrieben, auch der "Deutsche-Stimme-Versand" bietet über einen mehr als 100-seitigen Katalog eines der vielseitigsten Angebote für den extrem rechten Alltagsgebrauch. Von CDs, über Bücher, Büsten und Parfums wird eine Produktpalette geboten, die umfassend das rechte Herz erfreut. Des Weiteren koordinieren die "Jungen Nationaldemokraten" von hier aus ihre Aktivitäten. So leben und arbeiten in Riesa mehrere Kader von bundesweiter Bedeutung. Neben Holger Apfel sind beispielsweise **Alexander Delle** und **Jürgen W. Gansel** zu nennen.

Antinazi-Repression?

Oberflächlich betrachtet könnte man zu dem Schluss kommen, in Sachsen wird einiges von staatlicher Seite gegen Neonazis unternommen. Mit dem ersten Verfahren gegen die "Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) konnte der Oberstaatsanwalt **Jürgen Schär** sein Ziel zwar erreichen und erstmalig eine Neonazigruppierung als kriminelle Vereinigung nach dem Ermittlungsparagrafen 129 verurteilen lassen, dabei tritt aber in den Hintergrund, dass die SSS über Jahre und von staatlicher Intervention ungestört, ihr Ziel verfolgen konnte. Dieses bestand u.a. darin, mit Gewalt die Sächsische Schweiz "Zecken- und Ausländerfrei" zu machen. Die SSS verfügte nicht nur über zirca 120 Mitglieder und ebenso viele Sympathisanten, sondern auch über eine feste Verankerung in der regionalen Gesellschaft. Einige führende SSS-Angehörige waren sogar als Sozialarbeiter (zum Beispiel der SSS-Mitbegründer **Thomas Sattelberg** aus Pirna) oder Bankangestellte, also in szeneuntypischen Bereichen tätig. Für Nichtdeutsche und Nichtrechte entstand ein Klima permanenter Angst und Bedrohung.

Nach dem Verbot im Jahre 2000 mussten die Exekutivmaßnahmen mithilfe auswärtiger Polizeibeamter durchgeführt werden, weil sich herausgestellt hatte, dass vermutlich Angehörige beziehungsweise Bekannte von SSS-Mitgliedern, die bei örtlichen Polizeistellen arbeiten, diese vorgewarnt haben könnten. Ermittlungen gegen über 80 Personen schlossen sich an. Und obwohl es inzwischen zu einer Verurteilung in zwei von drei SSS-Prozessen gekommen ist, muss dieser "Erfolg" kritisch gesehen werden. In den ersten beiden Prozessen ließen sich die Angeklagten auf einen Deal mit der Staatsanwaltschaft ein. Sie legten Geständnisse ab, auf deren Grundlage sie als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung abgeurteilt und die Verfahren zügig beendet werden konnten, kamen jedoch mit Bewährungsstrafen mehr als glimpflich davon. Die Opfer und Betroffenen erhielten hierbei keine Möglichkeit zur Artikulation.

In der derzeit am Landgericht Dresden laufenden dritten Prozessstaffel verfolgen die Angeklagten jedoch eine andere Strategie. Sie verweigern die Aussage, ein deutlich langwieriges Verfahren ist hier zu erwarten. Die Staatsanwaltschaft erhob inzwischen auch Anklage gegen **Uwe Leichsenring** aus Königsstein. Das dortige Gemeinderatsmitglied der NPD soll die kriminelle Vereinigung unterstützt und SSSler unter anderem zum Schutz von NPD-Veranstaltungen angeheuert haben.

Die von Oberstaatsanwalt **Schär** behauptete Einschüchterung der Szene bleibt mehr oder weniger aus. Nach wie

Ehemaliger Sozialarbeiter bei der AWO
und Mitbegründer der SSS: Thomas Sattelberg

vor tauchen ehemalige führende Mitglieder und Sympathisanten der SSS in maßgeblichen Funktionen bei der Organisation von Konzerten und der Durchführung von Demonstrationen auf. SSS-Gründungsmitglied **Andre Malheur** aus Heidenau bei Dresden betreibt beispielsweise einen Versandhandel von Büchern, Bildern und CDs. Es finden sich auch Reden von **Josef Goebbels** und **Adolf Hitler** im Angebot. **Peer Wustmann** aus Pirna gibt das Polit-Zine "Der Stahlhelm" heraus. Hier gibt es neben einem Interview mit dem Neonazi-Terroristen **Richard Scutari** aus den USA auch Werbung für T-Shirts, die die Aufschrift "Sächsische Schweiz im Kampf gegen ZION" tragen oder "JerUSAlem Weltherrschaft".

Dass in diesem Klima die gewalttätigen Übergriffe auf Andersdenkende nicht zurückgehen, versteht sich leider fast von selbst. Noch immer stellt die Sächsische Schweiz eine Schwerpunktregion extrem rechter Gewalt dar. Einmal auf den Geschmack gekommen, ermittelt die Oberstaatsanwaltschaft auch gegen eine andere größere Neonazi-Gruppierung, die "Hammerskins". Hier betrifft es ca. 25 Personen vorrangig aus dem Raum Westsachsen und der Sächsischen Schweiz, denen ebenfalls die Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wird. Als Anführer der "Hammerskins Sachsen" gilt **Mirko Hesse** aus der Nähe von Sebnitz. Kürzlich saß er eine Haftstrafe ab, nachdem er wegen der Produktion mehrerer Neonazi-CDs verurteilt wurde. Unter anderem war er an der Erstellung und dem Vertrieb der "Landser"-CD "Ran an den Feind" beteiligt. Auch war er Mittelsmann zu **Adrian Preisinger**, der in und über die Slowakei eine Vielzahl derartiger CDs produzierte. Umstritten ist Hesse in der Szene aufgrund seiner bekannt gewordenen Tätigkeit als Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Man kann also mit einiger Spannung das Verfahren gegen die "Hammerskins" erwarten.

Trotz dieser, auf den ersten Blick massiv erscheinenden Repression gegen organisierte Neonazis schlägt sich diese kaum auf deren Alltagsleben nieder. Zu stark ist ihre Verankerung in Sachsen. Sogar das Landesamt für Verfassungsschutz - sonst nicht unbedingt glaubwürdiger Informant und eher zurückhaltend was konkrete Informationen zur rechten Szene angeht - spricht von 40 "Kameradschaften" mit ca. 850 darin organisierten Anhängern. Damit steht Sachsen bundesweit an vorderer Stelle. Und das bedeutet, dass die Mehrzahl der extrem rechts Organisierten innerhalb militanter und oft nationalsozialistisch orientierter "Kameradschaften" fernab von Parteistrukturen agiert.

Extrem rechte Alltagskultur

Festzustellen ist, dass Sachsen für die gesamte extrem rechte Subkultur einen idealen Rückzugsraum bietet. Gewissermaßen alles, was eine extrem rechte Lebenswelt benötigt, ist vor Ort vorhanden. Neben dem genannten Verlag der NPD betreiben noch mehrere größere Versände in Sachsen ihre Geschäfte. So der "Backstreetnoise"-Versand aus Chemnitz um seinen Betreiber **Silvio Strauch** aus Dresden. "Backstreetnoise" fusionierte vor einiger Zeit mit dem Label "PC-Records". Während ersterer vorrangig Bekleidung anbietet, offeriert letzterer die dazugehörige Musik. In Aue und Limbach-Oberfrohna bei Chemnitz betreibt der "Endzeit-Versand" (ehemals "Sonnentanz-Versand" und "Endzeit-Klänge") Verkaufsräume. Ergänzt wird das Angebot von etwa zehn weiteren kleineren Versänden sowie einer Vielzahl von Geschäften in ganz Sachsen. Dieses subkulturelle Angebot geht einher mit regelmäßig stattfindenden Konzerten, die im letzten Jahr eine deutliche Zunahme erfuhren. So wurden allein im Jahre 2003 mindestens 30 versuchte beziehungsweise durchgeführte Konzerte in Sachsen bekannt. Von einer höheren Zahl kann ausgegangen werden. Zählt man dann noch diejenigen hinzu, die in den angrenzenden Regionen der benachbarten Bundesländer stattfanden, hatte die Szene fast wöchentlich ein Konzertangebot. Die Zunahme der Konzerte dürfte u.a. darauf zurückzuführen sein, dass sich die Szene in Teilen umstrukturierte und neue, jüngere Protagonisten zu Organisatoren wurden. Zum anderen scheint es zu einer Festigung der nach dem Verbot von "Blood & Honour" etwas verunsicherten Szene gekommen zu sein, aber auch zu einem wieder gewachsenen Desinteresse der in den Jahren zuvor etwas mehr sensibilisierten Öffentlichkeit. Auch in diesem Jahr setzt sich der Trend augenscheinlich fort. Im Februar wurden zwei Konzerte in der Region Torgau polizeilich verhindert. Hier kann als einer der Drahtzieher **Thomas Persdorf** vermutet werden. Er betreibt den "Front Records"-Versand, über den er auch mit am Stilwechsel innerhalb der RechtsRock-Szene wirkt. Sein Angebot umfasst zum Beispiel auch den Bereich "Black Metal", aber ebenso T-Shirts von "Combat 18". Persdorf soll auch Aktivist im "Blood & Honour"-Netzwerk gewesen sein. Dafür sprich unter anderem, dass er einer der Betroffenen war, bei denen eine Razzia wegen des Verdachts der Fortführung von "B&H" stattfand.

Und zum Frühlingsanfang Mitte März plante der Pirnaer Neonazi **Karsten Scholz** ein Konzert mit sechs Bands, das er nach dem Erlass einer Verbotsverfügung aber wieder absagte.

Wo viele Konzerte stattfinden, liegt es auf der Hand, dass auch viele Bands aktiv sind. Hier zählten Journalisten

im Jahr 2003 etwa 40 allein in Sachsen. Darunter auch einige, die maßgeblich an dem sich verändernden Erscheinungsbild der Szene weit über Sachsen hinaus beteiligt sind. So haben "Moshpit" beispielsweise nicht nur den Namen aus der "Hardcore"-Szene übernommen, sondern sie spielen ebenso wie die Dresdner "Racial Purity" eher klassischen "Hardcore", der hier als "Hatecore" rezipiert wird. Es fällt auch auf, dass es in der letzten Zeit zu diversen Neugründungen von extrem rechten Musikformationen gekommen ist. Eine Vielzahl von ihnen wird zwar höchstwahrscheinlich über eine regionale Bedeutung nicht hinauskommen, dennoch spielen sie eine nicht unerhebliche Rolle bei der Verfestigung und Selbstbestätigung der Szene und bei einer Erhöhung der Attraktivität derselben.

Ein Klima aus sozialer Desorientierung und Rassismus

Aus Sicht der lokalen Antifaschistinnen und Antifaschisten entwickelt sich zunehmend eine weitere Problemlage. Immer öfter und deutlicher sind die Folgen eines gesellschaftlich verankerten Alltagsrassismus zu beobachten. Im Jahr 2003 standen Dutzende Neonazis vor Gericht, wobei deren Gesinnung nur eine marginale Rolle spielte. Ihre Taten waren durch ein besonderes Maß an Brutalität und Menschenverachtung gekennzeichnet. Neben dem dritten SSS-Prozess wurden vor dem Landgericht Dresden beispielsweise vor kurzem vier rechte junge Männer angeklagt, die in Stauchitz bei Riesa einen Mann aus sozial schwächeren Milieu derart gequält, misshandelt und so schwer verletzt haben sollen, dass er Tage später verstarb. Die Tat spielte sich auf einem Dorffest ab, wobei mehrere Personen untätig zugesehen haben sollen. Vor Gericht behaupten die Täter, sie hätten dem Opfer helfen wollen, weil er betrunken und hilflos gewesen sei. Verletzungen hätten sie nicht bemerkt. Von der Kammer befragte Zeugen können sich an nichts Konkretes mehr erinnern. Der rechte Hintergrund der Tatverdächtigen spielt keine Rolle. Und das, obwohl es in Stauchitz Dorfgespräch ist, dass die Täter zur rechte Szene gehören. Inzwischen wurden die Angeklagten aufgrund von "Entlastungen" aus der Untersuchungs-Haft entlassen.

Am Knappensee in der Region Hoyerswerda überfielen Neonazis im Sommer 2003 eine Abiturienten-Abschlussparty und hetzten einen Jugendlichen ins Wasser. Dieser wurde erst nach etwa einer Stunde in Todesangst von einem Fischer geborgen. Die zuständigen Ermittler 'vergaßen', einige der wichtigen und bekannten Zeugen zu befragen und stellten das Verfahren ein. Erst nach einer Beschwerde vor der Generalbundesanwaltschaft wurden neue Ermittlungen aufgenommen.

Zwei Beispiele - und es gäbe weitere zu nennen. Durch mangelndes Interesse, rechte Taten als solche zu benennen und zu ermitteln, werden die Täter ermutigt und erfahren sogar gesellschaftliche Bestätigung, sozial Schwächere, Nichtdeutsche und Nichtrechte anzugreifen und ihnen das Lebensrecht abzusprechen.

Antifaschistischer Protest hingegen wird umso stärker sanktioniert. In Dresden ermittelt derzeit der Staatsschutz gegen mehr als 20 Personen, denen das Stören von Infoständen der NPD, JLO und anderer Gruppierungen, Angriffe auf Neonazis sowie weitere Delikte vorgeworfen werden. Die sich zwischenzeitlich gegründete "Soligruppe Dresden" spricht davon, dass offenbar "jedweder Protest, jenseits angemeldeter und somit legalisierter Gegendemonstrationen" kriminalisiert werden soll. Eine Vertreterin der "Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit" erkennt dagegen an, dass es diese "Autonomen" sind, die immer wieder da sind und der jüdischen Gemeinde "zur Hilfe kommen", wenn die Neonazis - wie unerträglicherweise immer wieder vom Ordnungsamt genehmigt - mit Vorliebe an der Neuen Synagoge Dresden entlang demonstrieren. Die "Autonomen" sind - so die Frau weiter - die, "die nicht wegsehen" und die Auseinandersetzung gegen die extreme Rechte als Notwendigkeit betrachten, im Gegensatz zum öffentlichen Diskurs in Dresden. Nicht nur in Dresden, sondern das gesamte Bundesland Sachsen erweist sich als "völlig immun", wenn es um progressive Politikansätze und eine Auseinandersetzung mit Neonazis und deren Weltbild geht.

[1] 16. Februar 2004, "Heimatschutznetz"

Ankündigung der VVN/BdA

25. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

Nazis auf die Füße treten - bevor sie im Rathaus sitzen

15. Mai 2004 in Köln

"Alte Feuerwache", Melchiorstr. 3, Nähe Ebertplatz, Beginn 11.00 Uhr

Spenden für die Konferenz: VVN-BdA Aachen Kto 1026900100, SEB 39010111, Kennwort „Konferenz"

Vom Antifaschistischen AutorInnenkollektiv

Die Reisen des Jürgen G. aus L.

Ein Neonazi-Kader auf Querfrontkurs

Wenn man ihn so am Düsseldorfer Hauptbahnhof auf den Zug nach Duisburg warten sieht, mit Antifa-T-Shirt bekleidet und einem rot/schwarzen Stern an der Jacke, muss man schon dreimal hingucken. Aber er ist es: der 29-jährige Lübecker **Jürgen Gerg**, jahrelang einer der führenden Kader der norddeutschen Neonazi-Szene.

1998 trat Gerg als Kommunalwahlkandidat für das extrem rechte "Bündnis Rechts für Lübeck" an, war Landesbeauftragter, Landesvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied der "Jungen Nationaldemokraten". Nach einem kurzen Auftritt als NPD-Landesvorsitzender fungierte er unter seinem Nachfolger **Peter Borchert** ab Ende 2000 als NPD-Generalsekretär. Dabei war die NPD/JN sowohl für Gerg, als auch für Borchert nur Mittel zum Zweck. Schließlich galt es, den als zu legalistisch und schwerfällig empfundenen NPD-Tanker auf Kurs der neonazistischen "Freien Kameradschaften" zu bringen. Eben diese sind die politische Heimat der beiden. Im "Zentralorgan" machte Gerg daraus auch keinen Hehl: "Selbstverständlich ist auch die NPD als Partei nur ein Mittel zur Durchsetzung unserer Weltanschauung und sollte sie diesem Zweck eines Tages nicht mehr gerecht werden (...), so würde ich auch nicht zögern, meinen politischen Kampf auf anderer Ebene fortzuführen" (Zorg Nr. 8/1999). Ende 2002 zögerte er nicht länger und gründete mit "Kameraden" das neonazistische "Bündnis Nationaler Sozialisten" (BNS), das im März 2003 zur Kommunalwahl antrat. Vorsitzender: Jürgen Gerg persönlich. Das Projekt erwies sich als nur kurzlebig. Kurz nach den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen wurde der BNS vom Landesinnenministerium verboten.

Nachdem Gerg im Sommer 2003 noch wie gewohnt aktiv war, verschwand er im Herbst 2003 aus dem norddeutschen Raum, Ziel NRW. Er zog nach Duisburg und ist seit Anfang diesen Jahres an einem Kolleg in Düsseldorf eingeschrieben, um dort sein Abitur nachzumachen. "Ausgestiegen" sei er, so Gerg, und sucht jetzt den Kontakt zu antifaschistischen Gruppierungen. Woher der angebliche Sinneswandel nach langen Jahren führender NS-Tätigkeit kommt, bleibt völlig im Dunkeln. Bereits mehrfach vorbestraft, u.a. wegen Körperverletzung, scheint es Gerg in der Neonazi-Szene zu eng geworden zu sein. Eine Prise Existenzangst, Frustration über gescheitere Projekte und Sinnkrise hinzu, und fertig ist die "Aussteiger"-Mixtur. Aber ganz verzichten auf politische Arbeit möchte der praktizierende Querfrontler deshalb auch nicht. Also warum es nicht einmal in der Linken versuchen? Insbesondere die "Antiimperialistische Bewegung" hat ihn schließlich immer schon interessiert. Vielleicht verzeiht diese einem "Aussteiger" ja seine Vorgeschichte - so die bislang unerfüllte Hoffnung von Gerg - und gewährt einem gestandenen "Freiheitskämpfer" für Irak und Palästina in ihren Reihen Unterschlupf.

Unter Freunden: Jürgen Gerg mit Christian Worch, Anfang 2003

"Schafft zwei, drei, viele Alternativen"

Zu Gergs Lübecker Zeiten hat die dortige Neonazi-Szene fleißig aus der Linken kopiert, was irgendwie verwendbar war. Ein Beispiel ist die Besetzung eines Hauses am 28. Juni 2003 in Lübeck. Mit dieser Besetzung sollte der Forderung an die Stadt, Räume für ein "Nationales Jugendzentrum" zur Verfügung zu stellen, Nachdruck verliehen werden. Zwanzig vermummte Neonazis drangen in das leerstehende städtische Gebäude ein, spannten am Balkon ein Transparent mit dem Ché-Guevara-Zitat "Schafft zwei, drei, viele Alternativen" und erklärten sich groteskerweise solidarisch mit dem Kampf des linken Lübecker Zentrums "Walli" gegen dessen drohenden Abriss. Dabei bezeichneten sich die Besetzer, zumeist altbekannte Neonazis, als "Projekt undogmatischer Linksnationalisten". Ihre Botschaft: "Es gibt kein links gegen rechts, sondern nur unten gegen oben".[1] Stets dabei, wenn auch nicht unter den Besetzern selbst: Jürgen Gerg.

Dafür, dass er es auch in NRW auf Querfront-Kurs ist, spricht einiges. Hierbei kommt ihm seine langjährige politische Erfahrung zugute. Gerade eben am Düsseldorfer Kolleg eingeschrieben, wurde er bereits zum Klassensprecher gewählt und ist damit auch Mitglied der SV. Wenige Wochen später bewarb er sich im Vorfeld einer Projektwoche als Projektleiter für das Thema Rechtsextremismus/Faschismus und begann damit, Veranstaltungen hierzu zu organisieren. Womit er jedoch nicht gerechnet hatte, war ein gut informierter Rektor, der dieses Anliegen löblicherweise vereitelte.

[1] Vgl.: Elena Roth: Hausbesetzung durch Faschisten. In: Antifa-Infoblatt Nr. 60, S. 48–50

RechtsRock-Splitter

"Oidoxie"-Auftritt in der Schweiz

Einen Schweiz-Ausflug mit Schwierigkeiten unternahm "Oidoxie" Ende Januar. Am 31. Januar stand die Dortmunder Band gemeinsam mit "Blue Max" aus Süddeutschland, "Breakdown" aus dem Raum Koblenz und den Lokalmatadoren von "Indiziert" in der Nähe des kleinen schweizerischen Örtchens Rohrmoos im Kanton Bern auf der Bühne. Die Berner Tageszeitung "Der Bund" berichtete von rund 300 Neonazis, die den Klängen der vier RechtsRock-Bands lauschten. Und das in einer ungewohnten Location: in einem Zelt, das an einem Waldrand aufgebaut war. Keine ideale Basis, um Stimmung aufkommen zu lassen, "da es doch sehr kalt war, und die Poggofläche voller Matsch und Schnee war", wie ein Neonazi in einem Internetforum jammerte. Und auch das Konzert selbst verlief nicht problemfrei, weil "bei zu lauter Musik dauernd das Stromnetz zusammenbrach", wie ein anderer Kamerad maulte. Angesichts solcher Bedingungen machte sich auch der Tontechniker auf die Rückreise, der eigentlich Live-Aufnahmen für "Oidoxie" machen sollte. Schon die Anreise war für die Crew nicht problemfrei verlaufen. Erst mit vierstündiger Verspätung konnte es losgehen, weil "Trommler **Dennis** ein paar Gitterstäbe von der Außenwelt" trennten und die Band erst die Entlassung des "Punkerverkloppers" aus dem Polizeigewahrsam abwarten musste, wie im "Oidoxie"-Forum der Band zu lesen war. Forum-Autor "odin828", hinter dem man Sänger **Marko Gottschalk** vermuten darf, deutete ein weiteres Oidoxie-Konzert in der Schweiz in einigen Monaten an: "Wie versprochen kommen wir dieses Jahr im Sommer noch mal wieder und dann wird es bestimmt alles richtig gut."

"Todesstrafe": Konzert geplatzt

Über ein ausgefallenes Konzert ließ Ende Februar die Band "Todesstrafe" rund um ihren Frontmann **Maik Falkenrath** aus Schwelm im Internet klagen: Die Polizei habe sämtliche Räume für ein geplantes Konzert platzen lassen.

RechtsRock-Konzert in Straelen

Die ostwestfälische Gruppe "Bloodrevenge", "Terroritorium" aus Niedersachsen und "Blue Max" spielten bei einem Konzert am 6. März in Straelen am Niederrhein. Im "Nationalen Forum" war von 150 bis 180 Zuschauern die Rede, die den Saal eines Lokals bevölkerten. Für den "geilen abend, mit geiler Musik, ohne Ärger und ohne Bullen" wurde im Internet der "Förderturm-Kameradschaft" gedankt, "die das wiedermal gut hinbekommen haben". Dem Autor der Dankeszeilen wurde allerdings widersprochen: "Soetwas wie eine ominöse ft-kameradschaft" gebe es nicht.

Andre Lüders in Dortmund

Nicht nach jedermanns Geschmack war ein Konzert, das Ende März in der Nähe von Dortmund stieg. Eingeladen war der Rostocker Liedermacher **Andre Lüders**, dessen Stück "Frei, sozial und national" auf kaum einer Neonazi-Demo fehlen darf. Rund 50 "Kameraden" lauschten ihm – zumindest anfangs. Denn auch leisere Töne können Neonazis aggressiv machen. Nach einer Stunde jedenfalls, so klagte einer aus dem Publikum in einem Konzertbericht, setzten die ersten "Boxereien" ein.

Konzert bei Bad Salzufflen

"Bloodrevenge", "Gegenschlag" und "'Oidoxie' in Notbesetzung" (Frontmann **Marko Gottschalk** mit Musikern anderer Bands) standen bei einem Konzert am 3. April in der Nähe von Bad Salzufflen auf der Bühne. Außerdem eine Band, um deren Identität die Autoren diverser Berichte ein großes Geheimnis machen. Rund 100 Neonazis sollen die 10 Euro Eintritt gelöhnt haben, um den RechstRock-Gig zu erleben. "Keinen Stress unternander. Keinen Stress mit Bullen", freute sich einer der Zuschauer in seinem Konzertbericht.

"Barking Dogs"-Auftritt in Niedersachsen

Nachdem Antifaschisten vor einem Neonazi-Konzert am Osterwochenende in der Wolfsburger Kneipe "Happy Day" gewarnt hatten und deren Wirt die Veranstaltung schließlich abgesagt hatte, stand die Band "Barking Dogs" um ihren Düsseldorfer Frontmann **Ingo Wolff** gemeinsam mit "Selbststeller" (Riesa) und "Les Vilains" (Belgien) statt dessen in dem kleinen Örtchen Molbath bei Uelzen (Niedersachsen) auf der Bühne. Zwischen 300 und 400 Neonazis kamen zu dem Konzert, das in einer Scheune stattfand. Trotz der drangvollen Enge kamen die "Barking Dogs" als Opener bei ihrem Publikum offenbar an: "Barking Dogs legten einen sauberen Auftritt hin, der mir gut gefallen hat, und anscheinend auch bei der Menge sehr gut ankam, da schon bei unseren Eintreffen einige aus der Scheune getragen wurden, weil es wohl doch zu viel für sie war", heißt es in einem Konzertbericht. Und weiter: "Die Cops haben uns wundersamerweise in Ruhe gelassen." Die waren offenbar anderweitig gebunden: Sie verhinderten eine Gegendemonstration.

"Jens B." trällert in Sachsen

Solo unterwegs ist Mitte Mai **Jens Brucherseifer**, Gründer und Frontmann der nicht mehr aktiven Band "Sturmwehr" und gemeinsam mit seiner Frau Natascha Betreiber des "SW-Versandes" und des Ladens "New Order" in Gelsenkirchen. Das "Nationale Bündnis Dresden", unter dessen Dach NPDler, DVUler und "Republikaner" zur Kommunalwahl in der sächsischen Landeshauptstadt antreten, kündigt "Jens von ‚Sturmwehr',

Liedermacher" als Mitwirkenden einer "großen Wahlkampfveranstaltung" am 15. Mai an. Mit ihm auf der Bühne: Nazi-Barde **Frank Rennicke** und der NPD-Parteivorsitzende **Udo Voigt**. Wahlkampf hin oder her: Wer sich diesen musikalischen und rhetorischen "Genuss" nicht entgehen lassen will, muss 10 Euro Eintritt zahlen.

"Oidoxie" konspiriert

Nur noch über Umwege sind seit Ende Februar die Internetseiten von "Oidoxie" zu erreichen. Zwar heißt es auf der Eingangsseite, die "Heimatseite" sei "wegen Umbauarbeiten bis auf Weiteres nicht verfügbar". Tatsächlich gilt das aber nur für die erste Page – wer die Links zu den folgenden Seiten kennt, kann sich weiter auf ihnen tummeln. Verantwortlich für das Verschwinden der Eingangsseite ist offenbar die Düsseldorfer Bezirksregierung, die für die Überwachung von Mediendiensten - im Vordergrund steht dabei das Internet - in ganz NRW zuständig ist. Auf der Homepage müssten "einige Sachen verändert werden u.a. das Impressum", berichtete im Forum der Autor "Superlinse", bei dem es sich um Bandmitglied **Dennis Linsenbarth** handeln dürfte. Offenbar entsprach das Impressum der Seite nicht den Vorschriften des Mediendienste-Staatsvertrags. Es gebe bei der Düsseldorfer Bezirksregierung Leute, deutet "Superlinse" an, "die etwas langeweile haben".

Nur noch für registrierte Mitglieder ist inzwischen das Oidoxie-Forum zugänglich. Zumindest für diesen Bereich hat "Oidoxie" aber offenbar das Problem mit dem Impressum lösen können: Verantwortlich zeichnet **Sandra Basner** aus Werne, dem Wohnort Linsenbarths. Neue Mitglieder des Forums sollen nur noch auf Empfehlung aufgenommen werden.

"Weisse-Wölfe"-Sänger inhaftiert

Musikalische Ambitionen muss "Weisse-Wölfe"-Sänger **Stjepan Jus** bis Mitte des Jahres erst einmal zurückstellen. Wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen – dabei ging es aber nicht um die CD "Weisse Wut", wegen der die Staatsanwaltschaft weiter ermittelt - sitzt er voraussichtlich noch bis 18. Juni in der Außenstelle Oelde der JVA Bielefeld in Haft. Was genau Jus diesmal vorgeworfen wurde, möchten seine Kameraden nicht mitteilen: "Sonst wird's peinlich." Musikalisch gehe es aber weiter mit den "Weissen Wölfen", obwohl zurzeit erst mal Funkstille sei.

"Vollender" vollendete erste CD

Mit ihrer ersten Scheibe "Wenn sie stirbt", erschienen bei "RACords", ging die nordrhein-westfälische RechtsRock-Band "Vollendung" am 12. März auf den Markt. In der aktuellen Ausgabe des RechtsRock-Magazins "Rocknord" durfte die Combo dann auch direkt ein Interview geben. Man habe sich im Jahr 2002 gegründet, so der als Dennis vorgestellte interviewte "Vollender". Als "Vollendung" sei man bislang aber noch nicht live aufgetreten. Aber "als Ausleihmusiker war jeder von uns schon des öfteren zu sehen. So spielten wir (vereinzelt) schon mit und für: Propaganda, Oidoxie, Zensur, Paragraph88, Carpe Diem, Odem."

Bundesweite Razzia gegen Nazimusik

Zu 333 Hausdurchsuchungen – darunter 81 in NRW - rückte die Polizei am Morgen des 24. März aus. Ziel waren "Personen, die in der Internet-Tauschbörse KaZaA Musiktitel mit volksverhetzenden Inhalten zum Herunterladen zur Verfügung stellten", teilte das BKA mit. Ermittelt wird gegen insgesamt 342 Personen in allen Bundesländern außer Bremen. Der Dortmunder Staatsschutz durchsuchte 15 Wohnungen: sieben in Dortmund selbst, zwei in Hamm, fünf im Kreis Unna sowie eine in Soest. Bochums Staatsschutz filzte zwei Wohnungen in Bochum sowie eine in Wanne-Eickel. Im Münsterland wurden einem taz-Bericht zufolge sechs Computer sichergestellt. Aachen, Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Grevenbroich, Köln, Krefeld, Meinerzhagen, Mülheim, Neuss und Oberhausen waren u.a. weitere Ziele der Ermittler. Ein Essener Polizeibeamter wird mit dem Satz zitiert: "Wir waren bei ganz normalen Familien, ohne polizeiliche Erkenntnisse im rechtsextremen Bereich." Tatsächlich spricht viel dafür, dass die Durchsuchungen keine "Größen" der RechtsRock-Szene getroffen haben: Diese haben ein Interesse daran, die Musik zu Geld zu machen, sie also nicht über eine Tauschbörse kostenlos anzubieten. Vielmehr richten sich die Ermittlungen gegen unerfahrene "Kameraden", die zudem technisch nicht sehr versiert sind. "Es gibt viel sicherere Tauschzirkel. Man muss nur wissen wo", rät ihnen verspätet ein "Kamerad" in einem Neonazi-Forum. So gesehen, lässt sich die Verbreitung von Neonazi-Klängen im Internet durch solche Razzien nicht einmal temporär aufhalten. Nur die besonders leichtsinnigen Musikfans müssen erst einmal auf ihren Rechner verzichten.

Anzeige

Aufmarsch-Splitter

13. und 20. März sowie 26. Juni, Bochum: Am 12. März schloss sich das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dem zuvor bereits vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster bestätigten Verbot der von der NPD-NRW für den 13. und 20. März 2004 in Bochum angemeldeten Neonazi-Aufmärsche an. Demonstrieren wollten NPD/JN und "Freie Kameradschaften" gegen den Neubau der in der Reichspogromnacht zerstörten Synagoge in Bochum. Geplantes Motto "Stoppt den Synagogenbau - 4 Millionen fürs Volk!" *(Vgl. LOTTA 15, S. 40)*. Stattdessen demonstrierten zirka 2.500 Menschen gegen Rassismus und Antisemitismus.
Als bemerkenswert kann bezeichnet werden, dass das BVerfG die Demonstrationen tatsächlich verboten hat. Bisher nämlich hat sich das höchste deutsche Gericht mit Verboten von Neonazi-Aufmärschen stets zurückgehalten. Ganz im Gegensatz zu dieser Linie steht das OVG Münster *(vgl. LOTTA Nr.. 14, S. 57 f.)*.
Dieses Mal aber waren sich beide Gerichte jedenfalls im Grundsatz einig. Nach Ansicht beider war die öffentliche Sicherheit gefährdet, also die geschriebene Rechtsordnung, und nicht ausschließlich die öffentliche Ordnung, bei deren alleiniger Gefährdung das BVerfG im Gegensatz zum OVG Münster bisher regelmäßig ein Verbot abgelehnt hat. Beide Gerichte haben erkannt, dass das Motto der Versammlung den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Das Motto grenze, so das OVG Münster, die in Deutschland lebenden Mitbürger jüdischen Glaubens in böswilliger und verächtlich machender Weise als nicht zum "Volk" gehörend aus der staatlichen Gemeinschaft aus. Damit verstoße es gegen die Menschenwürde. Auch die anschließende Änderung des Versammlungsmottos in "Keine Steuermittel für den Synagogenbau! In Bochum soll eine Synagoge gebaut werden. Wir sagen nein!" durch die NPD konnte daran nichts mehr ändern. Zwar würde dieses, so die BVerfG-Richter, "nicht mehr den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen", doch "der alte Versammlungsaufruf mit dem alten Versammlungsmotto" sei "weiterhin in Veröffentlichungen enthalten (...), die dem Antragsteller direkt zuzurechnen sind."
Bereits am Tag vor dem BVerfG-Beschluss hatten die Staatsanwaltschaft und der Polizeiliche Staatsschutz Bochum die Landeszentrale der NPD- und JN-NRW in Bochum-Wattenscheid durchsucht und ebenso die Privatwohnung des JN-Funktionärs **Oliver Westerwinter** in Bottrop. "Oliver W." werde verdächtigt, sich als "Verantwortlicher des Landesvorstandes der Junge Nationaldemokraten in NRW" eines Vergehens gegen das Versammlungsgesetz schuldig gemacht zu haben. Auf der Homepage der JN-NRW sei "öffentlich zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung" aufgefordert worden.
Die NPD scheint aus ihren Fehlern gelernt zu haben. Für den 26. Juni meldete sie kürzlich die nächste Demonstration in Bochum an. Motto: "Keine Steuergelder für den Synagogenbau - Für Meinungsfreiheit". Es steht zu befürchten, dass dieser Aufmarsch genehmigt wird. Jetzt nämlich scheint "nur" noch die öffentliche Ordnung gefährdet, womit ein vom OVG Münster zu erwartendes Verbot höchstwahrscheinlich in Karlsruhe keinen Bestand haben wird. Mit dem Stattfinden des Aufmarsches am 26. Juni ist also zu rechnen.

NPD-Führer Udo Voigt spricht in NRW

21. März und 17. April, Gladenbach und Marburg: Rund 100 Neonazis wollten am 21. Februar im hessischen Gladenbach bei Marburg gegen "Repression gegen den nationalen Widerstand" demonstrieren. Ein Aufmarschversuch des "Aktionsbündnis Mittelhessen" mit 80 Neonazis war einen Monat zuvor von Polizei und AntifaschistInnen vorzeitig beendet worden. Im zweiten Anlauf hatten nun die lokalen Neonazis um **Manuel Mann** (Ämöneburg-Rossdorf) und **Dennis Agel** (Marburg) bundesweit Unterstützung geholt. Neben hessischen NPD-Funktionären wie **Thomas Hantusch** und **Doris Zutt** waren auch **Christian Worch**, **Gerd Ittner** und **Axel Reitz** (KDS Köln) als Redner vor Ort.
Die Pleite – später in einem Internet-Forum unter der Überschrift "Die Hölle von Gladenbach" diskutiert - begann jedoch, bevor alles richtig losgegangen war: "Im gesamten Stadtgebiet, quer durch Vorgärten, Felder und Grundstücke, wurden Rechtsextreme, die auf dem Weg zum Treffpunkt waren, zum Teil regelrecht gejagt", wie die "Frankfurter Rundschau" zusammenfasste. Ungemütlich wurde es auch für eine Bulli-Besatzung aus NRW. "Der VW-Bus von Kameraden aus Dortmund verlor die Verglasung der beiden Frontscheinwerfer und eine Seitenscheibe", berichtete Worch. Von einem Aufmarsch durch den Ort sahen die Veranstalter am Ende ab. Bei einer anschließenden Mini-Demo im benachbarten Marburg kam dann auch noch "Kamerad Ittner" abhanden. Gegen ihn lag ein Haftbefehl aus Gotha vor, den die Polizei in Marburg vollstreckte.
Für den 17. April mobilisierten die Neonazis erneut nach Marburg und Gladenbach, diesmal unter dem Motto "Gegen linken Terror und Polizeiwillkür!". Der Demo-Aufruf wurde u.a. auch von den NRW-Gruppierungen und -Verbänden "Autonome Nationalisten Mettmann", "Kameradschaft Rhein/Sieg", "Nationaler Widerstand Münsterland", "Kameradschaft Hamm", "Kameradschaft Weserbergland" (aus NRW und NdS), "Freier Nationaler Club/Sauerland", "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS)/Köln, "Kameradschaft Dortmund", "aktionsgruppe.duisburg", "Kameradschaft 2/130 - Siegener Bärensturm" unterstützt.
Dieses Mal kamen 400 Neonazis, die teilweise von weit her angereist waren. Nachdem sie zunächst im abgelegenen Süden von

Marburg demonstriert waren, wurden sie gut abgeschirmt von der Polizei nach Gladenbach eskortiert, wo die Prozedur wiederholt wurde. Als RednerInnen taten sich Axel Reitz, der Essener Möchtergernführer **Phillip Hasselbach** sowie **Yvonne Mädel** und ein „Kamerad **Hendrik**" aus Thüringen hervor. NPD-Vorstandsmitglied **Doris Zutt** aus dem hessischen Ehringshausen gelang es mittels einer improvisisierten Rede die höchst agressiv auftretende Neonazi-Schar etwas zu beruhigen. Abends traf sich ein Teil der Neonazis noch zu einer Party auf dem Gelände von **Glenn Engelbrecht** im östlich von Marburg gelegenen Kirtorf-Gleimenhain. 1.800 Polizeibeamte waren an diesem Tag in der Region im Einsatz, neben Marburg und Gladenbach auch in Kirtorf, um antifaschistische Proteste zu unterbinden. Kirtorf ist seit Jahren einer der Kristallisationspunkte der mittelhessischen Neonazi-Szene. Eine für den selben Tag geplante antifaschistische Demo gegen das als Stützpunkt genutzte Anwesen von **Bertram Köhler** wurde hier sogar vom OVG Kassel verboten.

22. März, Dortmund: Mit den Parolen "Wir wollen Rache für Scheich Jassin" und "Solidarität mit Palästina" zogen am Abend des 22. März rund 30 Neonazis ein paar hundert Meter durch die Dortmunder Innenstadt. An dem als "spontan" deklarierten Aufzug waren nach Polizeiangaben "Personen des rechten Spektrums" aus Dortmund und Hamm beteiligt. Ausgerüstet waren die Neonazis mit Palästina- und schwarzer Fahne sowie drei Transparenten: "Zionistische Unterdrückung bekämpfen", "Der Rassismus ist ein Meister aus Israel" und "Hoch die internationale Solidarität".

5. Juni, Niederlande: Auf der Internet-Seite von "Widerstand Nord" kündigen Neonazis für den 5. Juni eine "Gemeinschaftsdemonstration niederländischer und deutscher Nationalisten" in den Niederlanden an. Der genaue Ort wird noch nicht verraten oder steht noch nicht fest. Das Motto lautet: "Gegen amerikanische Aggressionspolitik". Nähere Infos würde demnächst die niederländische Neonazi-Partei "Nederlandse Volks Unie" (NVU) bekannt geben. In der aktuellen Ausgabe der niederländischen Neonazi-Postille "Wij Europa" kündigt NVU-Chef **Constant Kusters** außerdem einen Aufmarsch gegen einen Moscheebau in Arnheim an. Es darf als sicher gelten, dass nordrhein-westfälische Neonazis kräftig bei diesen Aufmärschen mitmischen werden. Zuletzt sprachen Anfang November bei einer NVU-Veranstaltung anlässlich des 9. November 1923 (gescheiterter Hitler-Putsch) der in Venlo studierende Düsseldorfer **Sven Skoda** sowie NPD-Landesvorstandsmitglied **Claus Crämer** aus Bochum.

19. Juni, Dortmund: Die "Kameradschaft Dortmund" hat für den 19. Juni eine Demonstration im Stadtteil Hörde angemeldet. "Nein zu Multikulti" soll das Motto sein. Der Aufmarsch richtet sich gegen die Pläne für den Bau eines türkisch-islamischen Gemeindezentrums. Nach der derzeitigen Planung soll der Aufmarsch um 12 Uhr am Bahnhof in Hörde starten. Unterstützt wird der Aufruf der Dortmunder "Kameraden" unter anderem von der "Kameradschaft Hamm", dem KDS Köln, der "Aktionsgruppe Duisburg", einem "Freundeskreis Nationaler Politik Bergischland", dem "Freien Widerstand in Essen", dem "Nationalen Widerstand Münsterland", der "Freien Kameradschaft Steinfurt", dem NPD-Kreisverband Unna, dem "Förderturm" sowie der "Moite Essen/Duisburg".

Kurzberichte

Fakten, Fakten, Fakten (nicht nur) aus NRW

Bikker-Prozess eingestellt

Die Ermordung des holländischen Widerstandskämpfers **Jan Houtman** im November 1944 bleibt unbestraft. Das Landgericht Hagen stellte Anfang Februar den Mordprozess gegen den niederländischen Ex-SSler **Herbertus Bikker** ein. In der mehr als fünfmonatigen Verhandlung gegen den inzwischen 88-jährigen "Henker von Ommen", wie er in seiner holländischen Heimat genannt wird, ging es mindestens so sehr um den Gesundheitszustand des Angeklagten wie um die Aufklärung der Tatvorwürfe. Die ersten zehn Gutachter hielten ihn – wenn auch zeitlich begrenzt – für verhandlungsfähig. Der elfte Mediziner sorgte schließlich für das Ende des Verfahrens: Ein Neurologe attestierte dem Nazi-Kollaborateur eine dauerhafte Verhandlungsunfähigkeit.

Gründe, an der Hinfälligkeit Bikkers zu zweifeln, hatte es wiederholt gegeben. Etwa, wenn er mit dem Auto durch Hagen kurvte, während man ihn im Bochumer Krankenhaus wähnte. Oder wenn er noch die Kraft hatte, mit seinem Krückstock einen Kameramann zu attackieren. Schließlich als er sich – obwohl erkennbar nicht krank - strikt weigerte, zur Verhandlung zu erscheinen.

Während Ankläger **Ulrich Maaß** von der Dortmunder "Zentralstelle für die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen" von einem "frustrierenden und unbefriedigenden Ende" des Verfahrens sprach, hielt die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) der Staatsanwaltschaft eine "Verschleppungstaktik" vor. Erst sieben Jahre nachdem antifaschistische Vereinigungen und Journalisten den seit 1954 unbehelligt in Deutschland lebenden Bikker den Behörden präsentiert hätten, sei es zum Prozess und bald darauf zur "Verhandlungsunfähigkeit" gekommen. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft sei, wenn es um Nazi-Verbrecher gehe, "handlungsunwillig".

Axel Reitz nach Festnahme "kooperationsbereit"

Das Dementi war treuherzig: Der KDS habe "natürlich keinerlei Interesse daran, irgendjemand am ‚Ausstieg' aus der rechten Szene zu hindern". Schließlich scheinen solche "wenig gefestigten, ja labilen Personen wenig geeignet zu sein, mit ihnen einen nationalrevolutionären Kampf zu führen. Sie sind Ballast für die Truppe", betonen **Thomas Brehl** ("für die Organisationsleitung") und **Axel Reitz** ("für den Gau Rheinland") in einer Presseerklärung des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" vom 17. Februar.

Polizei: Mit Schneeballabwehr beschäftigt, Inhaber Marco Leu (rechts): skeptisch

Antifaschistische Demonstration gegen den Laden "Fly in"

"Pogromstimmung gegen nationalen Szeneladen in Marl", meldete die neonazistische Störtebeker-Homepage am 1. März. Eine 300-köpfige "linksextreme Demonstration" habe "gegen den örtlichen, als national geltenden, Szenelade 'Fly in' an der Bergstraße im Stadtteil Drewer" Front gemacht.

Hauptsächlich jüngere AntifaschistInnen waren am 28. Februar einem Aufruf der "Antifa-Jugend Marl", der "Antifaschistischen Aktion Gelsenkirchen" und der "Jungen Linke Gelsenkirchen" gefolgt und unter dem Motto "Fly In FLY OUT!" zum rechten Szene-Shop "Fly in" von **Marco Leu** demonstriert, um die Schließung des Ladens zu fordern. Bereits vor einem Jahr hatten sie schon einmal mit Protestaktionen auf den Laden aufmerksam gemacht, nun wurde nachgesetzt. Im "Fly in" werden die szeneüblichen Bekleidungsmarken, RechtsRock und sonstige Accessoires angeboten.

Zirka 40 rechte UnterstützerInnen des "Fly in" hatten sich schon Stunden vor dem Eintreffen der antifaschistischen Demonstration vor und in dem Laden versammelt, darunter auch der Inhaber nebst Umfeld des befreundeten Ladens "Viking Ship" aus Gelsenkirchen. Polizeiliche Einsatzkräfte mussten sie körperlich daran hindern, den "Schutz" des "Fly in" in der direkten Konfrontation mit den GegendemonstrantInnen zu gestalten. Ergebnis: mehrere leicht verletzte sowie einige festgenommene Neonazis. "Wenn man in diesem Lande schon nicht mehr zu seinem Recht kommt", sollte "wenigstens für eine gewisse Genugtuung gesorgt" werden, heißt es auf der "Störtbeker"-Page drohend: "Sentimentalität wäre dabei wirklich fehlt am Platze."

"Wir werden in Zukunft darauf aufbauen und weitere Aktionen gegen Rassismus und Faschismus in Marl durchführen. Das dies nötig ist, zeigen auch die öffentlichen Reaktionen, die die Demo eigentlich komplett ignorierten oder lediglich die gelungene Polizeiaktion lobten. So ist nicht davon auszugehen, dass der 'Fly In' ohne weiteren Druck geschlossen wird", so Christina Fuchs, Pressesprecherin der "Antifajugend Marl".

Reitz schreibt dabei in eigener Sache. Sechs Tage vor jener Presseerklärung hatte die Kölner Polizei unter der Überschrift "Rechtsextremist nach Bedrohungen gegen Aussteigerin verhaftet" über ihre Ermittlungen gegen fünf Neonazis, darunter Reitz, berichtet. Ihnen wird vorgeworfen, eine 18-jährige Frau nach ihre Austritt aus dem KDS Mitte Dezember letzten Jahres zunächst telefonisch und per SMS bedroht zu haben. In der Nähe ihrer Wohnung und ihrer Schule klebten KDSler dann Anfang des Jahres 140 Plakate, auf denen die Frau namentlich genannt und ihre Handynummer angegeben wurde. Bei einer weiteren Plakataktion Ende Januar nahm die Polizei die Neonazis vorläufig fest. Doch auch danach wurde die Frau noch bedroht, unter anderem mit den Hinweisen, es gebe "eine letzte Gelegenheit zum Waffenstillstand" und man mache sich Sorgen, "da sich viele Personen für sie interessieren würden".

Damit war das Maß bei Polizei und Staatsanwaltschaft offenbar voll. Am 6. Februar tauchten die Ermittler mit einem Haftbefehl in Reitz' Wohnung auf. Lange blieb der "Gauleiter Rheinland" des KDS aber nicht in Polizeigewahrsam. Offensichtlich weil er noch unter Bewährung steht und nicht in Haft wandern wollte, habe er sich bei der Vernehmung kooperationsbereit gezeigt, meldete die Kölner Polizei - und setzte ihn wieder auf freien Fuß.

"Kameradschaft Hamm"

"Anti-Antifa" in Hamm

Unter dem Titel "Redwatch" veröffentlichte die britische Terrortruppe "Combat 18" (C18) Anfang der 90er Jahre eine Liste mit Anschlagszielen. Jene Neonazis aus Hamm, die Anfang März eine eigene "Anti-Antifa"-Seite ins Internet stellten, gaben sich geschichtsbewusst. Unter "redwatchhamm" war sie im Netz etwa zwei Wochen lang zu erreichen. Schon auf der Eingangsseite wurden die Betrachter mit dem Bild eines Henkerstrickes begrüßt. Zweck der Seite sei es, "über antifaschistische Aktivitäten und Bestrebungen in Hamm zu informieren und die linken Handlanger des BRD-Regimes aus der Anonymität zu holen". Man werde "auch weiterhin offensiv gegen antifaschistische Strukturen vorgehen", hieß es auf der Seite. Gedroht wurde mit dem Einsatz jener "jungen Deutschen, die gegen den linken Terror aufstehen und ihn einst blutig niederschlagen werden". Wer dabei ins Visier der Neonazis geraten könnte, war auf den folgenden Seiten zu erfahren. In den Rubriken "Antideutsche", "Antifaschisten" "Zecken", "Gutmenschen" und "Kommunisten" waren einige derer aufgelistet, die nicht ins braune (Welt-)Bild der Hammer "Kameraden" passen. Und auch zwei "Verräter", die einst zur Szene gehörten, waren namentlich genannt. Zu den einzelnen Personen fanden sich Adressen, Bilder, Telefonnummern, Angaben zum Beruf und zu Freunden, aber auch Hinweise, welche Musik sie bevorzugen oder ob sie rauchen.

"Anti-Antifa Hamm - Agieren statt Reagieren!", verhieß die Internetseite in großen Lettern. Das freilich ist für Hammer AntifaschistInnen und andere Bürger nichts Neues. Eine Fülle von Übergriffen zählt die Antifa Hamm für die ersten Wochen des Jahres auf. Beginnend mit dem Versuch von rund 20 Personen der "Kameradschaft Hamm", am 15. Januar eine antifaschistische Info-Veranstaltung zu stürmen. Eine Woche darauf beschmieren Unbekannte das Haus eines Hammer Bürgers mit der Parole "Anti-Antifa! Wir kriegen euch alle!" Wieder sechs Tage später wirft eine Gruppe von Nazis die Fensterscheiben des Jugendzentrums in der Südstraße ein, nachdem dort einige Wochen zuvor bereits ein großes Hakenkreuz und SS-Runen an die Fassade geschmiert worden waren. Am 2. Februar schlägt eine dreiköpfige Gruppe von Neonazis mit Teleskopschlagstöcken in der Innenstadt auf einen jungen Punker ein, der daraufhin mit Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden muss. Und am 22. Februar drängt eine Gruppe von Nazis das Auto von flüchtenden Jugendlichen in den Straßengraben ab. Einer der Täter zielt außerdem mit einer Schusswaffe auf die linken Jugendlichen. Am Tag darauf attackiert ein Haufen Neonazis erneut vier Jugendliche, die dabei verletzt werden.

Die "Offensive D" hat gewählt

Die nach den Turbulenzen um ihren Parteigründer **Ronald Schill** und dem Hamburger Wahldebakel arg angeschlagene "Partei Rechtsstaatliche Offensive" wird seit ihrem Parteitag am 6. März von einem Nordrhein-Westfalen geführt. In einer Kampfabstimmung setzte sich der 39-jährige Unternehmer **Markus Wagner** aus Bad Oeynhausen mit 78 zu 26 Stimmen als Bundesvorsitzender durch. Auch sein unterlegener Gegenkandidat stammt aus NRW: der Dortmunder Chemiker **Detlef Münch** (40). Ob Wagner mehr sein kann als ein Konkursverwalter der ehemaligen "Schill-Partei" ist zweifelhaft. Auch nach dem Parteitag setzte sich die Austrittswelle fort. Hatten zuvor Schill-Anhänger das Weite gesucht, waren es nun dessen Gegner. Wagner kündigte an, der Partei ein "klares freiheitliches Profil" geben zu wollen. Ganz praktisch heißt dies, dass die Partei, die künftig unter der Kurzbezeichnung "Offensive D" firmiert, mit dem Slogan "Islamisierung Deutschlands verhindern!" in den Europawahlkampf ziehen wird. Spitzenkandidat für die Europawahl am 14. Juni wurde das Dortmunder Ratsmitglied **Münch**. Ein Beitritt der Türkei in die EU wäre "der Untergang des christlichen Abendlandes", ließ dieser verlauten.

Braunzone: Knoblauch geht

Hans Knoblauch verliert nun doch seinen Job als Mitarbeiter des CDU-Bundestagsabgeordneten **Erwin Marschewski** aus Recklinghausen. Marschewski erklärte gegenüber der "Recklinghäuser Zeitung", das Vertragsverhältnis sei einvernehmlich und fristgerecht gekündigt worden. Knoblauch (39) hatte im vorigen November die antisemitische Rede des Bundestagsabgeordneten **Martin Hohmann** im Schaufenster von Marschewskis Wahlkreisbüro ausgehängt, versehen mit dem Zusatz: "Man darf in Deutschland nicht mehr die Wahrheit sagen." Marschewski hatte zunächst erklärt, seinen Mitarbeiter feuern zu wollen. Nach Knoblauchs Erklärung, "dumm und verwerflich" gehandelt zu haben (*vgl. LOTTA Nr. 15, S. 20*), entschied er sich aber für eine Weiterbeschäftigung. Vier Monate später trennen sich die Wege beider nun endgültig. Um einen Rausschmiss handelt es sich nicht, erklärte Marschewski, er danke Knoblauch "für die gute, zuverlässige und treue Zusammenarbeit".

Von Joß Fritz

Abgesang auf ein politisches Chamäleon

Eine Betrachtung der Freiwirtschaftsbewegung aus antifaschistischer Sicht Teil 2 und Schluß: Die Freiwirtschaftsbewegung nach 1945

Eine kritische Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte vor und nach der Machtübertragung an die Nazis wurde in der Freiwirtschaftsbewegung nach 1945 "vielfach verdrängt"[1]. Ein Ausdruck dessen ist die kontinuierliche Zusammenarbeit mit völkischen und antisemitischen Gruppen und Personen, die untrennbar mit **Gesells** sozialdarwinistischen und rassistischen Vorstellungen verbunden sind. Um die schon vor 1933 in der Freiwirtschaftsbewegung tätigen **Richard Batz** und **Peter Thielen** gründete sich im Januar 1946 in der britischen Zone die "Radikal-Soziale Freiheitspartei" (RSF). Sie stellte einen Zusammenschluß lokaler Freiwirte-Parteien aus Köln, Bottrop, Düsseldorf, Solingen und Aurich dar. Während in Baden-Württemberg 1946 ein "Freiwirtschaftsbund" als Vorläufer der späteren "Sozialen Freiheitspartei" (SFP) entstand, bildete sich in der französischen Zone die "Freie Soziale Partei". Nachdem sich die RSF 1949 mit mäßigem Erfolg an Wahlen beteiligt hatte (Bund: 0,7 %, Bremen und NRW je 2,1 %, Hamburg 1,5 %), schlossen sich die drei Parteien 1950 zur "Freisozialen Union" (FSU) zusammen. Inhaltlich hatte die FSU jedoch nichts Neues anzubieten. Bis Mitte der 60er Jahre war das Bekenntnis der FSU zu Gesell in der Parteisatzung festgelegt. Erster Vorsitzender war bis 1952 Richard Batz. Ihm folgt bis 1954 **Wilhelm Radecke**, einst Wortführer des nationalsozialistischen "Roland-Bundes"; ein Zeichen der Traditionslinie der FSU[2]. Radecke war es auch, der in seiner Amtszeit die Anhänger des ehemaligen Weggefährten **Hitlers**, **General von Ludendorff**, umwarb[1].

1952 erreicht die FSU über Umwege ein erstes Landtagsmandat. Der niedersächsische Landtagsabgeordnete der gemeinsamen Fraktion von "Deutscher Partei" und CDU, **Heinrich Weeke**, tritt zur FSU über. Bald darauf wird er FSU-Landesvorsitzender und gastiert im Landtag in der Fraktion des revanchistischen "Bund der Heimattreuen und Entrechteten" (BHE).[2] Auch aus der 1952 verbotenen neofaschistischen "Sozialistischen Reichspartei" (SRP) erhält die FSU Zulauf. So tritt der Hamburger SRPler **Ferdinand Böttger** 1952 der FSU bei. Später wird er Organisationsreferent im FSU-Vorstand, von 1969 bis 1981 sogar deren Generalsekretär. Der Freiwirt **Otto Lautenbach**, während des NS-Regimes Herausgeber der "Schule der Freiheit", nimmt 1951 als Vorsitzender des wiedergegründeten "Freiwirtschaftsbundes" Kontakte zu neoliberalen Volkswirtschaftlern auf. Im selben Jahr ist der "Freiwirtschaftsbund" Mitinitiator eines "Begehrens zur Sicherung der Deutschen Mark. Mark muß Mark bleiben". Das Begehren wurde nicht nur von Otto Lautenbach, **Paul Diehl** und **Karl Walker**, allesamt frühere Autoren der "Schule der Freiheit", sondern auch von dem späteren CSU-Ministerpräsidenten **Franz Joseph Strauß** und dem damaligen Landtagsabgeordneten des revanchistischen BHE, **Prof. Dr. Wilhelm Ziegler**, während des NS-Regimes Ministerialrat im Reichspropagandaminsterium, unterzeichnet[2].

1953 schafft Lautenbach mit der "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" einen organisatorischen Rahmen für eine Zusammenarbeit von Freiwirten und neoliberalen Wirtschaftstheoretikern wie zum Beispiel dem Bundesminister für Wirtschaft **Ludwig Erhard** (CDU) und **Alfred Müller-Armack**[3].

FSU-Kontakte zu Strasser-Anhängern und Nationalneutralisten

Auch zu dem 1955 aus dem Exil zurückgekehrten National"sozialisten" **Otto Strasser** und seinen Anhängern unterhielten FSU-Funktionäre Kontakte. So gehörte der 1. Vorsitzende der FSU in NRW, **Heinrich Malzkorn**, zu Strassers Bündnispartnern. In seiner Zeitschrift "Das Weltgewissen" veröffentlichte er im April 1955 das "Wertheimer Abkommen", in dem Kooperationsmodalitäten zwischen FSU und Strassers "Bund für Deutschlands Erneuerung" (BDE) festgelegt wurden. Dies war in der FSU jedoch nicht unumstritten und das Abkommen wurde storniert. In Westberlin beteiligte sich die FSU 1954 an einer Wählergemeinschaft der "Arbeitsgemeinschaft Nie vergessene Heimat" um den Strasser-Anhänger **Alfred Reschke**. Diese zerfiel allerdings noch vor den Wahlen wieder. Ein langjähriger Weggefährte Strassers, der frühere SA-Brigadeführer **Bruno Fricke**, trat nach internen Auseinandersetzungen aus Strassers BDE aus und 1952 der FSU bei. Hier setzte er sich - allerdings erfolglos - dafür ein, dem zu diesem Zeitpunkt noch im Ausland lebenden Strasser über eine Bundestagskandidatur für die FSU die Einreise in die BRD zu ermöglichen[2].

Enge personelle Verbindungen der FSU gab es auch zum 1960 gegründeten "Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL) ("Lebensschutz ist Menschenschutz und Völkerschutz"). Schon damals hatten führende Vertreter der FSU im WSL mitgearbeitet und bekleideten zum Teil wichtige Funktionen. So kandidierten bei der Bundestagswahl 1969 führende WSL-Aktivisten wie der Ernährungswissenschaftler **Dr. Max-Otto Bruker** für die FSU zum Bundestag. 1974 wurde WSL-Präsident Bruker von dem Alt-Nazi **Prof. Dr. Werner Georg Haverbeck**, einem

ehemaligen Leitungsmitglied des NS-Studentenbundes, abgelöst[2].

1983 referierte der damalige Präsident der freiwirtschaftlichen "Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung" (INWO), **Prof. Felix Binn**, im eng mit dem WSL verbundenen "Collegium Humanum" in Vlotho. In dem "Collegium" sollte im Jahr darauf sogar ein Treffen der neonazistischen "Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) stattfinden. Neben Binn nahm an dem Seminar in Vlotho auch **Hans Weitkamp** aus Melle teil. Der frühere Mitarbeiter des Nazi-Freiwirtes **Otto Lautenbach** zählte noch in den 90er Jahren zur Leserschaft des FSU-Organs "Der Dritte Weg". Bereits 1975 waren Vertreter verschiedener rechter Parteien und Kleingruppen wie der NPD, des "Kampfbund Deutscher Soldaten", der nach dem Zerfall von Otto Strassers DSU gegründeten "Unabhängigen Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten)", aber auch der FSU und des WSL im "Arbeitskreis der Wählergemeinschaften, Unabhängigen Parteien und Bürgerinitiativen" (AWUB) zusammengekommen, um über ein gemeinsames Wahlbündnis unter dem Namen "5%-Block" zu sprechen. Dem Vorstand gehörte u.a. der ehemalige FSU-Bundestagskandidat und WSL-Aktivist Dr. Max-Otto Bruker an. Vorsitzender des "5%-Blocks", dessen Aktivitäten bald wieder einschliefen, wurde **Friedrich von As-Schönbeck**[2], der 1999 zu den Autoren des FSU-Organs "Der Dritte Weg" gehörte.

Es gab auch Verbindungen der Freiwirte zur Zeitschrift "Diagnosen", die später in "CODE" umbenannt und schließlich als "Das andere deutsche Nachrichtenmagazin" nach nur wenigen Ausgaben eingestellt wurde. Herausgeber der verschwörungstheoretischen Zeitschrift war Ekkehard Franke-Gricksch, Sohn des Schwiegersohns des Nationalsozialisten Gregor Strasser, Alfred Franke-Gricksch.

Neben Texten von Antisemiten, Geschichtsrevisionisten und ultrarechten Lebens- und Heimatschützern fanden sich in "Diagnosen" Werbeanzeigen für das FSU-Blatt "Der Dritte Weg" und zahlreiche Beiträge führender FSU-Funktionäre, wie z.B. vom damaligen 1..FSU-Vorsitzenden, **Dr. Kurt Keßler**, von **Johannes Schumann**, früher im "Roland-Bund" ("Die Welt wird vom Geiste Gesells lernen – oder sie wird untergehen")[4] und Felix G. Binn, damals Vorsitzender der INWO. Zu aufmerksamen Lesern der Zeitschrift gehörten der ehemalige Lautenbach-Mitstreiter Dr. Hans Weitkamp, der Vorsitzende des "Freiwirtschaftlichen Jugendverbandes" in den 30er Jahren, **Hein Beba**, und der damalige FSU-Funktionär **Dr. Johannes Jenetzky**. Dieser schrieb 1990 in einem Leserbrief lobend: "CODE" steht für historische Wahrheit und stellt dies politisch laufend unter Beweis. (...) Wer Deutschland liebt, der will nie mehr das alte Ungeheuer gegen das neue eintauschen. Der große Morgen wird ohne die Illuminaten und die Christen des paulinistischen Glaubensbekenntnisses aufsteigen (...) Die Geschichtsrevision zertrümmert alle Lügen gegen das deutsche Volk, auch die christlichen."[5] Ein Text des langjährigen Hamburger FSU-Funktionärs Johannes Schumann, schon während des NS-Regimes in der Ludendorffer-Schrift "Am heiligen Quell deutscher Kraft" Autor, wurde 1992 auch in der neonazistischen Zeitschrift "Recht und Wahrheit" abgedruckt. In dem Organ der "Deutschen Freiheitsbewegung" um **Georg Albert Bosse** und Generalmajor a.D. **Otto Ernst Remer**, während des NS-Regimes Kommandant des Berliner Wachregiments und führend bei der Niederschlagung des Putsches vom 20. Juli 1944, schrieb Schumann: "Dreiste Lüge. Wer gegen Maastricht sei, sei gegen Europa! Die Wahrheit lautet: Die Völker Europas wollen eine Gemeinschaft f r e i e r Völker auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit – jenseits von Sozialismus und Kapitalismus". Mit Remers NS-Vergangenheit hatte Schumann schon vorher keine Probleme. In einer von der FSU zu Beginn der 80er Jahre verbreiteten Schrift von Schumann mit dem Titel "Deutschland zwischen Ost und West" hieß es zum 20. Juli 1944: "Die bis heute erst teilweise bekanntgewordene Verräterei deutscher Offiziere richtete sich also nicht nur gegen Hitler und den Nationalsozialismus, sondern gegen das gesamte deutsche Volk".

espero

Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung
6. Jhrg., Nummer 17/18, März 1999

INHALT:

Editorial

Dr. Stefan Blankertz

Die FSU-Zeitschrift "Der Dritte Weg" und ihr Umfeld

Seit Ende der 80er Jahre hat sich das FSU-Parteiblatt "Der Dritte Weg" nicht nur optisch deutlich verändert. Hieß es noch Mitte der 80er Jahre im Untertitel: "Freisoziale Ordnung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus-Kommunismus", nannte sich das Blatt Ende der 90er Jahre "Zeitschrift für Natürliche Wirtschaftsordnung. Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus - Basis für soziale Gerechtigkeit" und orientierte sich verstärkt auf die Ökologiebewegung und Esoterik-Szene. Die FSU als Partei, ohnehin nur in wenigen Regionen verankert, trat in den Hintergrund. 1999 nannte der ehemalige FSU-Vorsitzende **Kurt Kessler** in "Der Dritte Weg"[6] den Grund: Der FSU sei es "gleichgültig", "welche sich wirklich sozial verpflichtet fühlende Partei die Reform durchführt". Die Zeitschrift öffnete sich auch für andere freiwirtschaftliche Organisationen und ließ neben ihrem "Star-Autor", dem Aachener "Grünen" **Helmut Creutz**, u.a. Akteure der "Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung" (CGW), der "Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.", aus Tauschringen und der "Mackay-Gesellschaft" um den Stirner-Anhänger **Uwe Timm** zu Wort kommen. Letzerer ist Redakteur der "espero", dem "Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung" mit Verbindungen zur Linken, aber auch zur Rechten, wie z.B. der in Grevenbroich erscheinenden Zeitschrift "eigentümlich frei". Zu den Autoren des FSU-Blattes gehörten aber auch Anhänger des neofaschistischen "WSL", des "Arbeitskreis Demokratiereform" um die nationalistische "Deutschlandbewegung" und des nationalrevolutionären

Spektrums.

Mit der Umbenennung der Zeitschrift in "Humanwirtschaft. Zeitschrift für Natürliche Wirtschaftsordnung" und der FSU in "Humanwirtschaftspartei" (HWP) erhoffte man sich 2001 eine noch größere Ausstrahlung. Als Berater der neuen Redaktion mit dabei: der langjährige FSU-Funktionär **Horst Mikonauschke** aus Schleswig-Holstein, Ende der 90er Jahre Referent beim NPD-Arbeitskreis zu Wirtschaftsfragen. Seit 2004 ist **Günter Hannich**, ehemaliger FSU-Funktionär aus Lauben und Autor in der verschwörungstheoretischen Zeitschrift "Magazin 2000", verantwortlicher Redakteur der "Humanwirtschaft", die längst auch am Kiosk erhältlich ist. Die vorherige Ablösung der Redaktion durch die HWP und deren "Bevollmächtigten" **Wilhelm Schmülling** (Essen) verursachte Unruhe in der Leserschaft. So initiierten **Prof. Dr. Margrit Kennedy** und **Carl Amery** Anfang 2004 eine "Leserinitiative Wirtschaft Menschlich" mit dem Ziel der Fortführung der Zeitschrift unter der alten Redaktion. Auch **Hermann Benjes**, bis zu seiner Abwahl im Jahre 2000 FSU-Vorsitzender, hat ein neues Betätigungsfeld gefunden. Er gründete 2003 in Kassel den "Deutschen Freiwirtschaftsbund e.V.". Unterstützung erhält er dabei u.a. von **Prof. Eckhard Grimmel**, bis 1997 Autor der "Stimme des Gewissens" des "Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL).

Der ökologische Flügel

Besonders auf das lebensreformerische und das ökologische Spektrum orientiert ist das ehemalige FSU-Mitglied **Georg Otto** aus Eberholzen. Ursprünglich vom "Bund freisozialer Lebensreformer" kommend, kandidierte Otto 1969 für die FSU zum Bundestag, war danach zeitweise SPD-Mitglied, um dann über die "Grüne Liste Umweltschutz" (GLU) zur Partei "Die Grünen" zu stoßen.[2] Heute gruppieren sich um ihn ein paar hundert Leser der Zeitschrift "Alternativen. Zeitschrift für eine Liberalsoziale Ordnung", die von der "Aktion Dritter Weg" und den "Liberalsozialen in Bündnis90/Die Grünen" herausgegeben wird. Verbindungen gibt es hier u.a. zu Tauschringen, ATTAC-Gruppen, zum eher anthroposophischen "Seminar für Freiheitliche Ordnung" in Bad Boll und zur INWO. Letztere gibt die Zeitschrift "r-evolution" heraus, arbeitet mit "Mehr Demokratie e.V." zusammen und tagt u.a. in der Wuppertaler "Silvio-Gesell-Tagungsstätte". Diese gehört dem Freiwirtschaftlichen Jugendver-

ALTERNATIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR EINE ÖKOLOGISCHE, SOLIDARISCHE, BASISDEMOKRATISCHE, GEWALTFREIE GESELLSCHAFT

51542 Nummer 46 Frühjahr/Sommer 200

Von der Diktatur Husseins unter die Diktatur des Dollars !

Inhalt

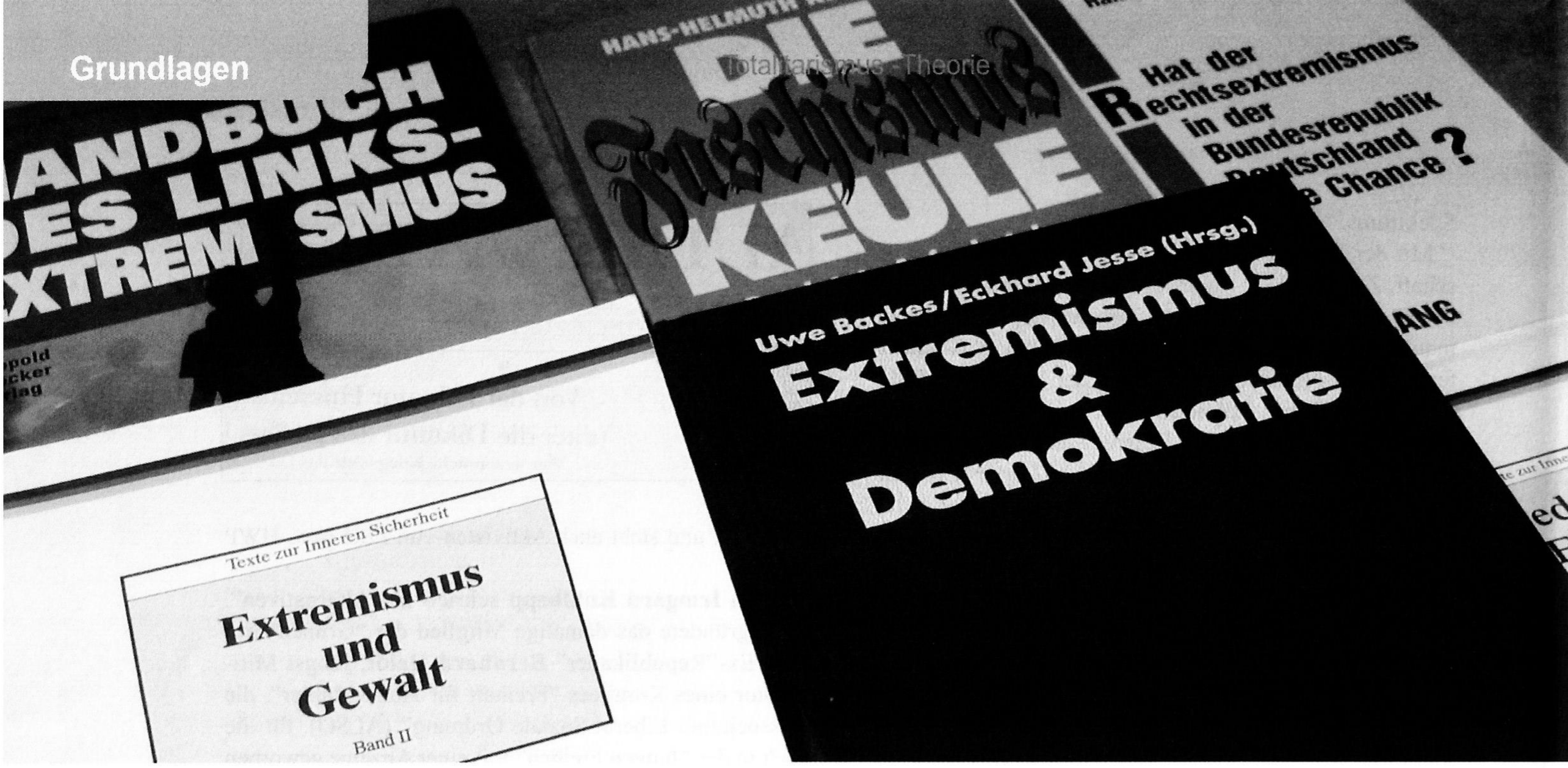
Vier wesentliche Kriegsziele des US-

band e.V. und steht auch Aktivisten von FSU bzw. HWP offen.

Auch **Irmgard Kohlhepp** schrieb in "Alternativen". 1997 gründete das damalige Mitglied der "Grünen" mit dem Ex-"Republikaner" **Bernhard Heldt**, jüngst Mitinitiator eines Komitees "Freiheit für Horst Mahler", die "Association Liberal Soziale Ordnung" (ALSO), für die auch in der "Jungen Freiheit" mit einer Anzeige geworben wurde. Mitinitiator der "ALSO" war **Albert Lämmel** aus Rastatt. Lämmel gehörte dem Vorstand der "Liberal-Sozialen Partei", einer Abspaltung der FSU in den 60er Jahren, an.[2] Er leitet den "Arbeitskreis demokratisches Geld - Steuer - Bodenrecht" und den "Geldreformkreis Deutschland" und ist Herausgeber der Schrift "Der Schlüssel". Er ist aber auch Autor im NPD-Organ "Deutsche Stimme" wo er u.a. über den NS-Finanztheoretiker **Gottfried Feder** schrieb. Im Oktober 2003 war Lämmel Referent auf einem "Symposium zur Wirtschaftskorrektur" in Blankenberg, ebenso wie **Prof. Johannes Heinrichs** aus Königswinter, langjähriger Autor des FSU-Blattes "Der Dritte Weg". Heinrichs referierte nicht nur bei Friedensinitiativen, sondern auch beim deutschtümelnden "Verein Deutsche Sprache" und beim Hamburger "Aufbruch 99", der auch schon Horst Mahler zu Gast hatte, und arbeitete im rechtslastigen "Arbeitskreis Demokratiereform" mit. 1999 stellte die Wochenzeitung "Junge Freiheit" Heinrichs in ihrem "Fragebogen" vor. Das neueste Buch des Nachfolgers von **Rudolf Bahro** auf dem Lehrstuhl für Sozialökologie an der Humboldt-Universität in Berlin mit dem Titel "Revolution der Demokratie", das im Berliner Maas-Verlag erschien, wurde unlängst auf der "Rosa-Luxemburg-Konferenz" in Berlin heftig beworben. Ein Beispiel mehr für die Gefährlichkeit der Zinsknechte.

[1] Werner Onken/Günter Bartsch "NWO unter dem Hakenkreuz", 1997
[2] Richard Stöss (Hg.) "Parteienhandbuch", Westdt.Verlag, Opladen 1986
[3] Hans-Joachim Werner "Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung", Waxmann 1989
[4] "Diagnosen" 11/1982
[5] "CODE" 8/1990
[6] "Der Dritte Weg" 12/1999

Anzeige



Vom Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

Totalitarismus-Theorie

Vom Aufstieg der antikommunistischen Ideologie zur offiziellen deutschen Staatstheorie

Der Begriff "Faschismus" wird heutzutage in der öffentlichen Diskussion als Unwort behandelt. Die "Berliner Republik" geriert sich als "selbstbewusste Nation", als "demokratisches Ergebnis" des "Untergangs totalitärer Diktaturen". Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages "zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" (1992 bis 1998) weihten die Totalitarismustheorie zur offiziellen deutschen Geschichtsideologie. Seit ihrer Absegnung durch den Deutschen Bundestag steht die Totalitarismusdoktrin als politisches Leitbild der Bundesrepublik Deutschland da. Antifaschismus hingegen gilt inzwischen als eine besonders perfide Form des Linksextremismus, der sich überholter historischer Analogien bediene, um den demokratischen Rechtsstaat in Frage zu stellen. Hintergrund dieser Anfeindungen ist die Verschleierung der Tatsache, dass sich faschistische Herrschaftsstrukturen aus Krisensituationen bürgerlich-kapitalistisch verfasster Systeme entwickelt haben; also eine besondere Form kapitalistischer Herrschaftsstruktur mit völkisch-nationalistischen Bewegungsmomenten darstellen. Mit der Durchsetzung der Totalitarismustheorie soll daher der kapitalismuskritische Ansatz der Linken bekämpft werden.

In der Theorie der Totalitarismus- und Extremismus-Forscher stellen der so genannte Links- und der so genannte Rechtsextremismus zwei Seiten derselben Medaille dar, die - gleichermaßen "extrem" oder "totalitär" - von den politischen Rändern aus den "demokratischen Rechtsstaat" in der politischen Mitte bedrohen. Die Totalitarismustheorie dient gleichzeitig der Verharmlosung des deutschen Faschismus und der Rechtfertigung nationalistischer wie imperialer Bestrebungen der postfaschistischen BRD. Hitler und die Extremisten von rechts - so die These - hätten das deutsche Volk verführt, Extremisten von links und rechts hätten die Weimarer Demokratie zerstört. Nicht das Kapital, nicht das Militär, nicht die politischen Eliten, nicht die verblendeten Massen seien schuld am Faschismus, sondern "Extremisten von den politischen Rändern" hätten den Nationalsozialismus dem deutschen Volke aufgezwungen. Deshalb müsse sich heute die "wehrhafte Demokratie" ihrer "Extreme" von rechts und besonders von links erwehren. Beispielhaft für solche Anklagen sind Aussagen von Historikern wie **Karl Dietrich Bracher**, der den Begriff des Faschismus als ein ideologisiertes Produkt der "Marxismus-Renaisance" abqualifiziert. Die mit den Totalitarismus-Theoretikern eng verwobene "Neue Rechte" greift ebenfalls den Antifaschismus an: Er stamme aus der "Mottenkiste der kommunistischen Propaganda" und habe den "antitotalitären Konsens der Nachkriegsgesellschaft" zerstört, hieß es in einem wegweisenden Traktat der "Neuen Rechten" vor zehn Jahren, in dem zum Bekenntnis zu einer "selbstbewußten Nation" aufgerufen wurde.[1]

Einer ernsthaften historisch-wissenschaftlichen Analyse halten diese ideologisierten Thesen nicht stand. Der israelische Faschismusforscher **Zeev Sternhell** weist totalitarismustheoretische Gleichsetzungen zurück. Vielmehr kennzeichnet er die ideologische Ausrichtung des Faschismus als "antimaterialistische Revision des Marxismus" und wendet sich gegen dessen totalitarismustheoretische Verharmlosung: "Die Theorie, dass Faschismus und Kommunismus Zwillinge seien, zugleich Komplizen und Feinde, und dass der Nazismus eine Imitation des Stalinismus sei, eine verständliche und sogar natürliche Antwort auf

die bolschewistische Gefahr und schlicht das Produkt des Ersten Weltkriegs, ist nicht nur eine Banalisierung des Faschismus und Nazismus, sondern darüber hinaus auch eine Verzerrung der wahren Natur der europäischen Katastrophe unseres Jahrhunderts. (...) Genau wie in den 1940er-Jahren Antikommunismus und der Kalte Krieg das Einfallstor für die Kollaborateure und Faschisten bildeten, um zu politischem und kulturellem Einfluss zu gelangen, macht die durch den Niedergang der Sowjetunion ausgelöste neue Welle des Anti-Kommunismus in den 1990er-Jahren eine Wiederbelebung dieser apologetischen deutschen These möglich."

Genese und Wandlung eines Schlagwortes

Ihren Begriff entnimmt die Totalitarismustheorie dem italienischen Faschismus. Die Mussolini-Partei bezeichnete sich selbst als "totalitär" und erklärte, einen "totalitären Staat" zu wollen. Liberale italienische Antifaschisten kritisierten daher den Faschismus als "Totalitarismus". Sie sahen darin dem russischen Bolschewismus vergleichbare Entwicklungen. Ihre Deutung wurde später von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten in anderen Ländern übernommen.

In den 1930er Jahren wurde der Begriff aber auch von linken Faschismustheoretikern zur Analyse faschistischer Massenmobilisierung benutzt, ohne dabei in eine Gleichsetzung von Faschismus und Sowjetkommunismus zu verfallen. Bedingt durch die politischen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten (SPD als "Sozialfaschismus") und Sozialdemokraten (KPD als "rot lackierter Faschismus") geriet in der Weimarer Zeit das Schlagwort "Totalitarismus" zum politischen Kampfbegriff gegen die kommunistische Bewegung, der nach dem Hitler-Stalin-Pakt seine argumentative Wirkungsmächtigkeit entfaltete. Die erste wissenschaftliche Herleitung des Totalitarismus als Ausdruck staatsterroristischer Systeme leistete die deutsche Emigrantin **Hannah Arendt**. Während Arendt in ihrem Grundlagenwerk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" epochale Kenntnisse über die Genese von Antisemitismus, ethnischem Nationalismus, Imperialismus und völkischer Massenbewegung vermittelte, verflüchtigte sich die analytische Schärfe im Schlussteil des Werkes in existenzphilosophische Deutungen vom Verschwinden der Klassen in der totalitären Massengesellschaft. Zwar galt Arendts Werk fortan als Klassiker der Totalitarismusforschung, ihre ideologiekritischen Analysen wurden jedoch weitestgehend ignoriert. Statt dessen setzten sich verfassungsrechtliche Deutungen und normative Typologien der Totalitarismusforschung durch, wie sie von den Totalitarismustheoretikern **Carl Joachim Friedrich** und **Zbigniew K. Brzezinski** formuliert wurden.

In den 1950er- und frühen 1960er-Jahren - auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges - nahm die Totalitarismustheorie den Charakter einer Staatsideologie an. Der Totalitarismustheoretiker **Konrad Löw** nannte die Totalitarismustheorie "Weltanschauung des Grundgesetzes", ebenso wie **Ernst Nolte** das Grundgesetz als "lebendige Totalitarismustheorie" bezeichnete. Sie diente in der BRD als eine ideologische Waffe gegen die Linke sowie gegen jede grundsätzliche Kritik an der Remilitarisierung sowie an der personellen Kontinuität der wirtschaftlichen und politischen Eliten im postfaschistischen Deutschland. Die "wehrhafte Demokratie", so hieß es, habe sich der "totalitären Gefahr" zu widersetzen, worunter nahezu ausschließlich der Kommunismus verstanden wurde. Der deutsche Staat an sich hingegen - ob unter dem Kaiser, in Weimar oder Bonn - sei ein Garant für die politische Ordnung und daher unangreifbar.

Die Funktion der Totalitarismustheorie als Entlastungsideologie kam in der BRD erstmals im so genannten ersten Historiker-Streit 1961 zum Ausdruck. Er wurde ausgelöst durch den Historiker **Fritz Fischer**, der die Entwicklung des deutschen Sonderweges hin zum Ersten Weltkrieg analysierte. Fischer wies detailliert die imperialistischen Bestrebungen der deutschen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten nach, die den Ersten Weltkrieg einleiteten. Konservative Historiker und die konservative Presse empörten sich über Fischers Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg. Die FAZ stieß die gleichen Töne wie beim zweiten Historikerstreit an und stellte Deutschland als Opfer fremder imperialistischer Mächte dar. Der Krieg sei ein "Wunder der militärischen Leistung, indem dieses Volk, das zum modernen Krieg schlechthin unfähig war und das der elementarsten Dinge für den Krieg des 20. Jahrhunderts entbehrte, Jahre hindurch gegen alle Kontinente der Welt aushielt." Den gleichen nationalistisch-geschichtsrevisionisten Tenor hatte der zweite "Historikerstreit" 1986, der ausgelöst wurde durch Ernst Noltes Behauptung, der Nationalsozialismus sei als Verteidigungsreaktion auf den weltbedrohenden Bolschewismus zu verstehen, der Archipel GULag sei "ursprünglicher als Auschwitz" gewesen.

Ab diesem Zeitpunkt setzte sich - trotz scharf geführter Debatten - die reaktionäre Form der Totalitarismustheorie schrittweise zur offiziellen deutschen Geschichtsideologie durch .

Normative Setzung statt kritische Analyse

Die Totalitarismustheorie basiert auf normativen Typologien dichotomischer Wertsetzungen: Auf der einen Seite der demokratisch-pluralistische Verfassungsstaat, auf der anderen Seite totalitäre Bestrebungen von linken und rechten "Rändern" sowie totalitäre Diktaturen. Friedrich und Brzezinski, die wissenschaftlichen Autoritäten der Totalitiarismustheorie, formulierten in den 1950er Jahren sechs Merkmalsgruppen "totalitärer Diktaturen": Monolithischer Machtapparat, Ideologie mit Ausschließlichkeitsanspruch, Massenmobilisierung durch eine Einheitspartei, Kommunikations- und Propagandamonopol, politischer Terror sowie Zentralverwaltungswirtschaft. Jene typologischen Merkmale waren auf die Sowjetunion und die realsozialistischen Ostblockstaaten zugeschnitten und dienten als Legitimationsmodell des "freien Westens" gegen den "totalitären Osten". Der Freiheitsbegriff wird hierbei normativ mit dem Privateigentum und mit dem repräsentativ-

demokratischen Verfassungsstaat verknüpft. Autoritäre "Involutionstendenzen"[2] des Verfassungsstaates, Zwangs- und Ausbeutungsverhältnisse, Macht- und Meinungsmonopole in kapitalistischen Gesellschaften unter repräsentativ-demokratischer Herrschaft werden ausgeblendet und negiert. Historisch wie aktuell wird der totalitarismustheoretische Freiheitsbegriff sogar propagandistisch gegen sozialstaatliche Bestrebungen ins Feld geführt.[3] Dadurch dient die Totalitarismustheorie zugleich als Herrschaftsideologie, denn die institutionalisierten Machtverhältnisse kapitalistisch verfasster repräsentativ-demokratischer Staaten werden hierbei zur Voraussetzung von bürgerlicher Freiheit und Pluralität erklärt.

In ihrer normativen Affirmation von Staatsmacht dient die Totalitarismustheorie damit zudem als Legitimationsideologie für den Abbau demokratischer Rechte und zur Verschärfung repressiver Maßnahmen. Gegen die Neue Linke und die neuen sozialen Bewegungen in der BRD diente die Totalitarismus- bzw. Extremismustheorie zur Legitimation von "Notstands"- und "Sicherheitsgesetzen" gegen sozialen und politischen Protest von unten.

Beispiele hierfür sind die so genannten Extremismustheoretiker **Uwe Backes** und **Eckard Jesse**, die den BRD-Parlamentarismus gegen seine "extremen Ränder" verteidigen: "Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, daß das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, daß der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, daß jede Form von Staatlichkeit als 'repressiv' gilt (Anarchismus)."[4]

Totalitarismustheorie als (neu-)rechte Ideologie

Politisch diente die Totalitarismustheorie zugleich als Ideologie zur Installation (neu-)rechter Wertmaßstäbe in der gesellschaftlichen Mitte. Im Zentrum dieser politischen Bestrebungen stand und steht der gegen die antifaschistische Linke gerichtete "Anti-Antifaschismus". Rechte Think-Tanks wie die 1978 gegründete "Gesellschaft für Deutschlandforschung" begannen schon früh mit der Zersetzung antifaschistischer Wertmaßstäbe. Alte Frontkämpfer des Kalten Krieges verbanden sich dort mit aufstrebenden rechtsorientierten "Extremismus-Theoretikern", um fortan linke Staatskritik als "Linksextremismus" aus dem öffentlichen Diskurs zu eliminieren und die Extremismustheorie verfassungsrechtlich zu verankern. Jesse und Backes führten Experten der Extremismusforschung aus dem Umfeld der "Gesellschaft für Deutschlandforschung" zu einem "Veldensteiner Kreis" zusammen, um das Extremismustheorem wissenschaftlich und zugleich als anti-linken und anti-antifaschistischen Kampfbegriff zu etablieren.

Obwohl es sich bei dem Extremismustheorem um keinen rechtlich definierbaren Begriff handelt, etablierte sich die Totalitarismustheorie in ihrer Variante als "Extremismusforschung" im herrschenden Wissenschaftsbetrieb und bei staatlichen Sicherheitsorganen. Nach der "Wiedervereinigung" setzte sich die Extremismustheorie als Instrument eines (neu-)rechten und zugleich staatlichen Anti-Antifaschismus durch. Die linke antifaschistische Bewegung wird nun zum zentralen Feindbild der "Extremismusforscher". Widerstand gegen rassistische, antisemitische und (neo-)faschistische Gewalt wird hierbei mit den Gewalttaten gleichgesetzt. So verkündete der selbst extrem rechts orientierte Extremismustheoretiker **Hans-Helmut Knütter**, die rassistischen Pogromwellen im wieder vereinigten Deutschland seien "für die zusammengebrochene, desorientierte Linke (...) geradezu ein Geschenk des Himmels" gewesen. Knütter wie weitere Autoren aus dem Umfeld der "Neuen Rechten" nutzen den staatstragenden "antiautoritären Konsens" zur Etablierung ihres antiegalitären Weltbildes und als Kampfansage gegen die antifaschistische Linke. Die publizistischen Aushängeschilder der Extremismusforschung, Backes und Jesse, formulierten im Einklang mit Knütter: "Rechts- und Linksextremisten brauchen mithin einander. Letztlich sind sie also gar nicht daran interessiert, dass die andere Variante des Extremismus, die sie zu bekämpfen vorgeben, gänzlich von der Bildfläche verschwindet. Sie wollen vielmehr das hervorrufen, was sie so heftig attackieren."

Derartig denunziatorische Gleichsetzungen von rassistischer Gewalt mit entschiedenem Widerstand gegen eben diese bleiben bei den "Extremismusforschern" nicht beschränkt auf die Antifa. Im Gleichklang mit (neu-)rechten Hasstiraden gegen die "jüdische Lobby" vertreten die Extremismustheoretiker in "neurechten" Publikationen auch antijüdische Vorurteile. In einem gemeinsam mit dem neurechten Theoretiker **Rainer Zitelmann** herausgegebenen Sammelband behauptete Jesse, dass die "vielfach privilegierte jüdische Position in der Bundesrepublik" selbst die Verantwortung für einen ansonsten unbedeutenden Rechtsextremismus und Antisemitismus trage, welcher "mehr Phantom als Realität" sei. Der Antisemitismus werde - wie sonst ist Jesses Formulierung zu deuten - von den Juden selbst heraufbeschworen: "Jüdische Organisationen brauchen Antisemitismus in einer gewissen Größenordnung, um für ihre Anliegen Gehör zu finden und ihre - legitimen - Interessen besser zur Geltung zu bringen."

Backes, stellvertretender Vorsitzender des Dresdener "Hannah-Arendt-Instituts", gilt zugleich als "Mann der intellektuellen 'neuen Rechten'" Die Nachlassverwalter Hannah Arendts erhoben Einspruch dagegen, dass das Institut den Namen der Philosophin führt, nachdem dort die Legitimität des Hitler-Attentats Georg Elsers "wissenschaftlich" bestritten und als "verbrecherisch" dargestellt wurde.

Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen ist das extremismustheoretische Publikations-Duo Backes/Jesse mit staatlichem Segen und Finanzetat ausgestattet: Die beiden sind Herausgeber der von der Bundeszentrale für politische Bildung finanzierten Jahrbuchreihe "Extremismus & Demokratie". Triumphierend heißt es dort: "Angesichts

der bis in die Gegenwart heftig geführten Kontroversen um den Totalitarismusbegriff (vor dem Zusammenbruch des 'real existierenden Sozialismus' standen dessen Verfechter mit dem Rücken zur Wand) erscheint es bemerkenswert, mit welcher Selbstverständlichkeit sich eine Vielzahl von Autoren seiner bedient, um die freiheitsbedrohenden Wirkungen einer Ideologie zu bezeichnen."

[1] Klaus Rainer Röhl, Morgenthau und Antifa. Über den Selbsthass der Deutschen, in: Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation, Berlin 1994, S. 85-100, hier: S. 90

[2] Vgl. Johannes Agnoli, Transformation der Demokratie, Freiburg 1990

[3] In der Nachkriegszeit nutzte die neoliberale Schule (Friedrich von Hayek, Milton Friedman u.a.) das Totalitarismustheorem zur Verdammung keynesianistischer Nachfragepolitik, genauso wie heute die neoliberale Leitdokrin sich gegen sozipolitische Errungenschaften der Arbeiterbewegung mit einem totalitarismustheoretischen Freiheitsbegriff wendet: "Wirtschaftliche Freiheit" statt "Diktatur der Gewerkschaften"; "Eigeninitiative" statt "Verbandsinteressen" u.s.w.

[4] Uwe Backes, Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Bonn 1989, S. 271

Zum Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

Das Antirassistische Bildungsforum Rheinland steht für Vorträge, Seminare etc. auf Anfrage zur Verfügung. Themenliste und Kontakt unter bildungsforum@gmx.de

Literaturtipps

Die Literatur über Faschismus und Totalitarismus ist schier unübersehbar. Für Interessierte daher im Folgenden eine kurze kommentierte Auswahl an Literaturempfehlungen.

Hannah Arendt

Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 1955

Das Werk gilt als Klassiker in der Totalitarismusforschung. Seine Verfasserin, eine liberal orientierte jüdische Schülerin von Heidegger, wurde später zugleich mit ihren Berichten zum Eichmann-Prozess berühmt. In der Linken war das Werk jahrzehntelang umstritten, weil Arendt in ihrer monumentalen Untersuchung zur Entstehung von Antisemitismus und Faschismus zugleich einen Vergleich zwischen Faschismus und Stalinismus anstellte und sich auch kritisch mit dem Antisemitismus in der Linken auseinandersetzte. Das viel zitierte und wenig gelesene Buch gilt für alle politischen Richtungen als Klassiker der Totalitarismustheorie. Arendt selbst hat sich vehement gegen eine Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus ausgesprochen.

Franz Neumann

Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, 1944

Ein weiterer Klassiker von einem emigrierten Marxisten aus dem Kreis der Kritischen Theorie. Die erste Fassung erschien 1942 in den USA. Neumanns Analyse des "totalitären Staates" im Nationalsozialismus ist zugleich eine Analyse der Ökonomie und Politik des "organisierten Kapitalismus". In dem Buch werden die sozialen, rechtlichen, ökonomischen und politischen Strukturmerkmale der kapitalistischen Gesellschaft der Weimarer Zeit hin zu einem "auf Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis" basierendem "Unrechtsstaat" untersucht. Neumann erkennt darin eine "Autonomie der Partei" und ihrer Propaganda im Rahmen eines "totalitären Monopolkapitalismus". In Abkehr von dem Faschismus-Verständnis von Friedrich Pollock und Max Horkheimer des ebenfalls im "Frankfurter Institut für Sozialforschung" wendet Neumann sich gegen die Identifizierung des Faschismus als "Staatskapitalismus" und versucht nachzuweisen, daß im NS-Regime "privatkapitalistische Ökonomie" im Rahmen einer neuen "Befehlswirtschaft" nach wie vor Gültigkeit besaß.

Zeev Sternhell

Die Entstehung der faschistischen Ideologie, 1999

Der israelische Historiker Sternhell gibt hierbei aus ideologiekritischer Sicht einen Einblick in die Entstehungsgeschichte des Faschismus, wobei der deutsche Nationalsozialismus nicht zur Debatte steht. Sternhell begreift die ideologische Entstehung des Faschismus als völkische Revision des Marxismus unter rechten Vorzeichen. In dem Werk werden detailliert die Übergänge wie auch die Überläufer von links nach rechts beschrieben und kritisch beleuchtet. Materialreich werden historische "Schnittstellen" zwischen linken und entstehenden faschistischen Denkansätzen aufgezeigt, ohne in totalitarismustheoretische Gleichsetzungen zu verfallen.

Wolfgang Wippermann

Totalitarismustheorien, 1997

Eine kritische Aufarbeitung der Entwicklung der Totalitarismustheorien und ihrer unterschiedlichen Ausformungen.

Karl Heinz Roth

Geschichtsrevisionismus

Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, 1999

Spannende Auseinandersetzung des linken Historikers mit "neurechten" Umdeutungen der NS- sowie auch der DDR-Geschichte. Anhand der Auseinandersetzung mit der Geschichtspolitik der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur "Aufarbeitung" der Geschichte des SED-Staates beschreibt Roth detailliert und materialreich die Installierung der Totalitarismustheorie als neue Staatsideologie.

SA-Männer treten zum Boykott jüdischer Geschäfte an

Von Michael Fehrin

Die Geschichte der SA

Selbst über die Geschichte des Nationalsozialismus gut informierte Menschen, wissen in der Regel wenig über die Geschichte der SA. Das Bild der "Braunhemden", die sich Saal und Straßenschlachten mit den meist "roten" politischen Gegnern lieferten und ansonsten aus primitiven Schlägern und Säufern bestanden, dürfte vorherrschend sein. Dieses Bild ist einerseits nicht falsch, aber doch erstaunlich unvollständig. So erklärt diese Vorstellung von den "Sturmabteilungen" unter anderem nicht, warum gerade die Ausschaltung der SA-Führung bei gleichzeitigen Schlägen gegen die konservativen Eliten im Juni 1934 (so genannter Röhm-Putsch) ein ganz wesentlicher Meilenstein für die Machtfestigung **Hitlers** und der NSDAP gewesen ist. Hier soll die Geschichte der SA zusammenfassend erzählt werden.

Entstehung der SA

Weltkriegsende und Niederlage, Novemberrevolution und anschließende Konterrevolution verliefen in Bayern besonders polarisierend und blutig. Auf Seiten der Linken blieb das Trauma von den durch Freikorps brutal niedergeschlagenen Räterepubliken und auf Seite der Rechten die Angst vor der Wiederkehr von sozialistischen Umgestaltungsversuchen. Nach dem Ende der Räterepublik 1919 war München *das* Sammelbecken diverser rechter Strömungen und Gruppen. In dieser Atmosphäre entstand auch die NSDAP. Die bayerische Regierung unter **von Kahr** war erzreaktionär und behandelte Rechtsextreme aller Schattierungen ausgeprochen rücksichtsvoll. So konnten sich beispielsweise im restlichen Deutschen Reich gesuchte Täter der Terrororganisation "Consul", die unter anderem für die Ermordungen der Minister **Erzberger** und **Rathenau** verantwortlich war, ungehindert in Bayern aufhalten. Ebenso zog es nach dem Kapp-Putsch viele ehemalige Freikorps-Leute ins Land, zum Beispiel aus der "Brigade Erhardt". Wegen der durch die alliierten Siegermächte erzwungenen Auflösung der Freikorps und Einwohnerwehren und aus der weiterhin bestehenden Angst vor der Linken wurden dann immer mehr, oft als Sportvereine getarnte, Wehrverbände gegründet, die allesamt mehr oder weniger rechtsextrem oder zumindest monarchistisch bis reaktionär waren. Der bekannteste dieser Verbände war der "Stahlhelm". Ebenfalls waren viele Reichswehroffiziere in diesem Milieu aktiv. So begann auch Adolf Hitler seine politische Karriere als Spitzel eines solchen Offiziers. Politische Konflikte wurden weitgehend mit Gewalt ausgefochten. Von daher stellte sich auch für die junge und kleine NSDAP schnell die Frage nach einer als Sport- und Turnabteilung getarnten Saalschutztruppe. So wurde die SA gegründet und schnell als Münchener Schlägertruppe bekannt. Im Sommer 1921 wurde sie von ehemaligen Reichswehr-Offizieren aus der "Brigade Erhardt" trainiert. Sie wurde von ihrem Stabschef **Ernst Röhm**, einem Offiziersveteran aus dem ersten Weltkrieg, zügig als Parteiarmee und Wehrverband aufgebaut. Schon sehr früh ist ein Keim der späteren Probleme innerhalb der NS-Bewegung zu sehen: Röhm und seine Leute strebten das Primat des Militärischen vor dem Politischen an - die Nazi-parteiführung stand dem immer ablehnend gegenüber. Typisch für diese politische Konstellation war auch, dass Röhm, im Gegensatz zu fast allen anderen Nazigrößen, keineswegs ohne Widerspruchsgeist auch Hitler gegenüber war. Von Röhm, der sich selber durch und durch als Soldat gesehen hat, ist die Äußerung aus dem Jahr 1922 überliefert: "Wir müssen seine zweifellos große Stosskraft ausnutzen. (...) Wir werden ihn rechtzeitig beiseite stel-

Ernst Röhm

len." Wie viele andere in diesem Milieu war der bullig gebaute Röhm, der durch diverse Kriegsverletzungen entstellt war, völlig von der Niederlage, den "Novemberverbrechern" und Deutschlands militärischer Schwäche traumatisiert und träumte von der Wiederkehr deutscher militärischer Größe.

Nicht nur, aber auch im Rahmen dieser Differenzen ist 1925 die Gründung der SS zu sehen. Die SA-Männer waren in der Regel nicht sonderlich diszipliniert und standen schon früh im Gegensatz zur SS. Diese hat sich von Anfang an, als Hitlers Leibwache und quasi Geheimpolizei innerhalb der Partei, als Elite gesehen. So hieß es schon früh in den SS-Richtlinien: "Chronische Säufer, Waschweiber und mit anderen Lastern behaftete kommen nicht in Betracht." Dies war durchaus als Stichelei gegen die SA gemeint.

Um die späteren Abläufe zu verstehen, ist es also wichtig festzuhalten, dass die SA ein Ausdruck einer von der NS-Führung abweichenden Konzeption der Rechten war, um die Entmilitarisierung Deutschlands durch die Bedingungen des Versailler Vertrags zu unterlaufen. Obwohl die Konzepte der SA-Führung innerhalb des NS-Führungszirkels nicht geteilt wurden, brauchte die Bewegung die "Schlagkraft" der Parteiarmee bis zur Machtergreifung. Die SA ihrerseits war vor allem finanziell abhängig von der Partei. Dies stellte einen Dauerkonflikt dar, der zu erheblichen Spannungen führte. Ein wichtiges Beispiel für ein solches Problem war die so genannte **Stennes**-Krise, in der bedeutende SA-Führer Reichstagsmandate für sich beanspruchten. Als man damit nicht durchkam, wurden Teile der SA-Führung ungebremst aktionistisch und gefährdeten Hitlers Plan der legalen Machtergreifung. Hitler im März 1931: "Wir brauchen die SA zu viel wichtigeren Dingen, nämlich der Errichtung des Dritten Reiches. Wir werden uns dabei an die Verfassung halten." Stennes an Röhm: "Niemand regiert auf Dauer ungestraft gegen die Ansicht des besten Bestandteiles des Volkes – in diesem Fall gegen die Stimmung der SA." Eine Warnung an Hitler. Dieser Konflikt konnte durch den Ausschluss von etwa 500 SA-Leuten beendet werden. Er war nicht der einzige dieser Art.

Politisch galt die Linie, erstens den öffentlichen Raum der Linken zu erobern und sich zweitens mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen von den Wehrverbänden abzusetzen, ohne allerdings Übertritte von deren Mitgliedern abzulehnen. Und drittens, oft übersehen, quasi den Wahlkampf für die NSDAP, vor allem auf ländlichem Gebiet mit einer Unzahl von Veranstaltungen, zu organisieren. Ebenfalls wichtig ist die soziale und psychologische Funktion der Parteiarmee. In der Not der großen Weltwirtschaftskrise bot die SA vielen Deklassierten ein wenig Halt. Es gab beispielsweise SA-Wohnheime und SA-Suppenküchen. Durch die Organisation in kleinen Gruppen über "Schar", "Trupp" bis hin zum "Sturm" (an die 100 Leute) entwickelten sich Zusammengehörigkeitsgefühle und persönliche Bindungen. Allerdings auch hohe - auch materielle - Erwartungen an die Zeit nach der Machtergreifung. Durch die zahlreichen gewaltsamen Konflikte mit der Linken und die für die meisten SA-Männer materiell sehr schwierige Zeit der späten Weimarer Republik wurde zunehmend der Mythos der "alten Kämpfer" gestrickt und propagandistisch aufgebaut, aber auch innerhalb der SA so gesehen.

Mythos

Die SA schuf um sich selber den Mythos der "alten Kämpfer", die - ähnlich wie die Soldaten im ersten Weltkrieg - "kameradschaftlich" in einer Männergesellschaft miteinander umgingen. Es gab keine ausgereifte "SA-Ideologie". Aber die Verachtung des bürgerlichen Lebens und erst recht der Politik und ihrer Vertreter auch in der NS-Bewegung war tief verwurzelt. Die Männerbündelei ging in der SA-Führung so weit, dass in einer Zeit, in der Hitler das Bündnis mit den konservativen Eliten suchte, ihr Stabschef Ernst Röhm überhaupt keinen Hehl aus seiner Homosexualität machte. Das schlachtete wiederum die linke und liberale Presse weitgehend aus (erinnert sei in diesem Zusammenhang an **Kurt Tucholsky**, der lobenswerterweise diese Kampagne vehement ablehnte und insistierte, dass man Röhm als Nazi und nicht als Homosexuellen bekämpfen müsste). Aber auch die SS überwachte Röhm und andere SA-Größen mit Neid und Misstrauen.

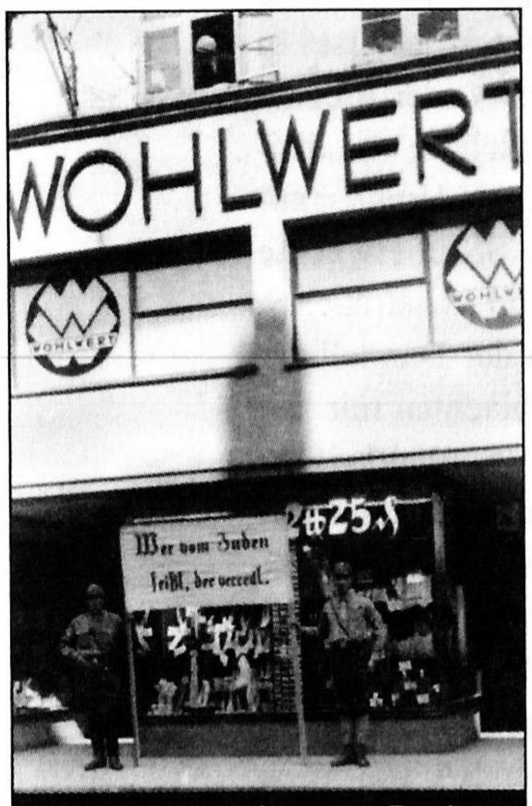
Der Mythos der "Kampfzeit" wurde in der Darstellung und Überhöhung der Saal- und Straßenschlachten mit den Linken zu einem dem "Fronterlebnis" der Weltkriegs-Veteranen ähnelndem Ideal. Dabei waren die Verzerrungen grotesk. Berühmt wurde die "Schlacht in den Pharussälen", eine SA-Kundgebung in einer weitgehend von KPD-Mitgliedern benutzten Lokalität. Real hatten etwa 800 SA-Männer 200 Kommunisten verprügelt. 1937 in der "offiziellen" Geschichte der Berliner SA waren es dann 300 SA-Männer, die sich gegen 1.500 "Rote" durchgesetzt haben.

Auch die Opfer in den eigenen Reihen wurden weitgehend propagandistisch hochgespielt. Der berühmteste Fall dieser Inszenierung ist die Geschichte von **Horst Wessel**, einem SA-Sturmführer in Berlin. Wessel stammte aus einem erzreaktionären Elternhaus, sein Vater war Feldgeistlicher im Weltkrieg und stramm deutschnational. Bereits im Alter von 22 Jahren verlor Wessel in einer Auseinandersetzung mit Kommunisten sein Leben und wurde zum nationalsozialistischen Helden hochgejubelt. Dass die Tat eher einen persönlichen als einen politischen Hintergrund hatte, war dabei von der Propaganda Joseph Goebbels ausgeblendet worden. Wessel fiel einer "proletarischen Abreibung", die aus dem Ruder gelaufen war zum Opfer, die er sich wegen Mietschulden eingehandelt hatte. Das berühmte "Horst Wessel"-Lied war ganz sicher *das* Lied der SA, wenn nicht der ganzen Nazibewegung. Aber wie so oft in dieser Bewegung bleibt bei genauerem Hinsehen nur eine Lüge übrig. Horst Wessel war eigentlich nur ein unbedeutender junger Mann, den ein fast zufälliger Tod zur richtigen Zeit zum richtigen Gebrauch ereilte.

Entmachtung

Die Entmachtung der SA ist als die "Nacht der langen Messer" oder als der so genannte "Röhm Putsch" in die

Horst Wessel



SA-Männer rufen zum Boykott des Geschäfts "Wohlwert" auf

von Verbrechen übervollen Geschichte des Dritten Reiches eingegangen. Wie und warum kam es dazu? Die Frage, ob die SA eine Partei-Armee zur Niederringung der Linken sein sollte oder ein paramilitärischer Verband neben der Reichswehr, war nach der Machtergreifung nicht gelöst. Anders ausgedrückt: Sollte die NSDAP eine Partei sein, die der SA Zulauf und damit für spätere deutsche Soldaten sorgen sollte oder war die SA eine Parteiarmee zur Macht und Terrorausübung, die nach Sicherung der NS-Herrschaft hinter andere Organisationen wie zum Beispiel die Reichswehr zurückfallen sollte?

Die SA war im Grunde nach dem Januar 1933 in ihrer zahlenmäßigen Stärke zunehmend funktionslos. Davon konnten auch nicht die Beteiligung an dem Boykott gegenüber jüdischen Geschäften und ähnliche Aktionen ablenken. Ebenso waren die ersten "wilden" KZ beziehungsweise auch die Lager Dachau und Oranienburg erst unter SA-Kommando. Fürchterlich war der SA-Terror nach dem Januar 1933. In Wuppertal wurde zum Beispiel der örtliche SA-Führer zum Polizeipräsidenten ernannt und ein KZ mit über 1.000 Gefangenen in der ehemaligen Putzwolle-Fabrik Kemna eingerichtet. Diese Kompetenzen wurden allerdings relativ schnell an die Gestapo und die SS abgegeben. Die SA-Führung reagierte auf diese und andere politisch erkennbare Rückstufungen damit, dass man in Massen neue Mitglieder aufnahm und paramilitärisch ausbildete. So wuchs die Stärke der Organisation von 427.000 Mann im Januar 1933 auf über 4 Millionen im Frühling 1934.

Wie war die Sozialstruktur dieser Truppe? In den oft bei den Mitgliedern verhaßten Führungskadern waren in der Regel ehemalige Offiziere, gar nicht selten von bürgerlicher oder adliger Herkunft. In den Stürmen hingegen dominierten junge Männer, die kleinbürgerlicher, manchmal auch proletarischer Herkunft waren. Diese Mitglieder waren zumeist arbeitslos und erhofften sich durch Hitlers Machtergreifung eine schnelle Verbesserung ihrer Situation. Die SA-Führung stand also unter Druck von unten. Diese Basis war nicht passiv. Nicht nur, dass Juden und Linke angegriffen und geqäult wurden, auch wurden beispielsweise Banken und Börsen blockiert und um "Spenden" erpresst.

Die Naziführung regierte in einem Bündniss mit den althergebrachten Eliten aus Bürgertum und Reichswehr. Diese wiederrum sahen in der SA eine Konkurrenz von unten. Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass man große Probleme hatte die Unmengen von neuen Leuten zu finanzieren. Das führte wiederrum zu Konflikten mit der dafür zuständigen NSDAP. Aus Sicht der Parteileitung gab es reichlich Grund zu Mißtrauen, da die große Mehrheit der SA-Männer noch nicht einmal Parteimitglieder waren. So sah sich die SA-Führung einem zu großen Bündnis von Gegnern gegenüber: Partei, traditionell die SS und die alten Eliten.

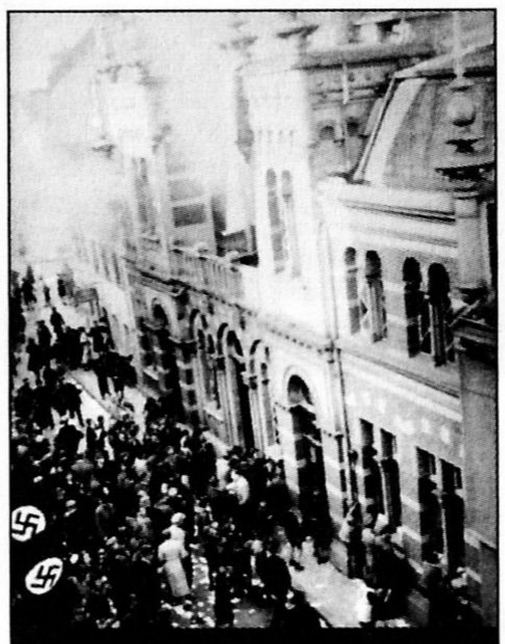
Für das Ende waren dann zwei Faktoren wesentlich: Die SA-Führung, die zwar immer drohender von einer "zweiten Revolution" sprach, aber praktisch nicht viel dafür tat. Und die Drohung der Konservativen, das Bündnis mit den Nazis zu verlassen, da diese den Mob nicht kontrollieren konnten. So hielt **Franz von Papen** die so genannte Marburger Rede, in der er sich gegen die Presse-Gängelung, die Einparteien-Herrschaft, den Terror und eben auch gegen die Drohung einer zweiten Revolution wandte. Solange der Reichspräsident **Hindenburg** noch lebte war dies für die NS-Spitze nicht ungefährlich.

Die Nazi-Regierung kam dadurch in eine bedrohliche Zwickmühle. Denn es war gefährlich sich voll und ganz auf eine Seite zu stellen. Sich zur eigenen Basis, also zur SA zu bekennen, hätte das Regime in Konflik zum Beispiel mit der Reichswehrführung gebracht. Eine 1934 noch gefährliche Perspektive. Außerdem war das Verhältnis zur SA wie beschrieben nicht unbelastet. Sich ausschließlich auf die Seite der Konservativen zu stellen, gegen die eigene Parteiarmee, hätte ebenfalls zu Abhängigkeiten geführt. Als restlos amoralischer und prinzipienloser Politiker, der Hitler nunmal war, entschied er sich für einen Spagat. Die aufmüpfige SA-Führung inklusive Ernst Röhm wurde in einer spektakulären Mordaktion liquidiert. Die Organisation wurde geschwächt, blieb aber als nun politisch uneigenständiges Terrorinstrument bestehen. Und den Konservativen und der Reichswehr wurde einerseits mit der Ermordung Röhms und seiner Leute gezeigt, dass das Regime für Ruhe und Ordnung sorgen konnte. Aber andererseits durch die Liquidierung der Reichswehrgeneräle **von Schleicher** und **von Bredow**, der von Papen Berater **Jung** und **von Bose** und vieler anderer, dass man gegen jeden Schläge ausführen konnte. Und das wichtigste Ergebnis? Vielleicht, dass man Hunderte Menschen ohne Prozess umbringen konnte und die Bevölkerung in ihrer Mehrheit dies als positiv empfand, da endlich wieder Ruhe und Ordnung herrschte. So konnte sich Hitler *nach* dem "Röhm Putsch" als "oberster Gerichtsherr der Deutschen" bezeichnen, wobei zur Begründung der Aktion natürlich auch der Lebenswandel und die sexuelle Ausrichtung der SA-Führung für die Bevölkerung in den Mittelpunkt gerückt wurde..

Ende und Ausblick

Nach 1934 spielte die SA politisch keine große Rolle mehr. Sie wurde verwaltet von "zuverlässigen" Hitler-Getreuen und schnell zahlenmäßig stark reduziert. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass sie bis zuletzt ein jederzeit reaktivierbares Terrorinstrument des Regimes war. So trat sie während der "Reichsprogromnacht" 1938 wieder als hervorstechende Täterorganisation in Erscheinung.

Die letzten Tätigkeiten der SA waren Hilfsdienste



Schaulustige verfolgen den Brand der Euskirchener Synagoge

SA-Männer posieren vor der zerstörten Synagoge in Münster

gegenüber der deutschen Wehrmacht im zweiten Weltkrieg, Aufräumarbeiten nach Bombardierungen, Spendensammlungen und ähnliches. Vereinzelt gab es auch Kampfeinheiten aus SA-Leuten, die aber nicht wirklich relevant waren.

Nach dem zweiten Weltkrieg gab und gibt es nationalbolschewistische Gruppen, die in Kameradschaften und anderen Strukturen den alten Geist wieder beleben wollen. So versteckte **Michael Kühnen** seine Homosexualität ähnlich wie Ernst Röhm nicht. Zu wirklich erfolgreichen Gruppen, die die Gedanken der **Strasser**-Brüder oder Ernst Röhm und seinen Leuten reaktivierten kam es allerdings im "Wirtschaftswunderland" Deutschland bis heute nicht. Es bleibt zu befürchten, dass eine weiter in die Krise schlitternde deutsche Gesellschaft wieder anfälliger für gewalttätige Männerbünde wird.

Zusammenfassend sei angemerkt, dass obwohl die SA-Führung auf eine bestimmmte, fast ironische Art und Weise ebenfalls zu den Opfern der NS-Diktatur zählt, man dabei niemals vergessen darf, dass gerade sie zur Errichtung der NS-Terrorherrschaft einen herausragenden Beitrag geleistet hat. Das von ihnen selbst verbreitete Klischee vom zähen Rabauken und Landsknechten mit dem Herz auf dem richtigen Fleck verharmlost die braunen Bataillone. Es war schon damals nichts anderes als eine Lüge. Sie waren Schläger, Mörder und Militaristen, die aus den aufgezeigten Gründen unbequem wurden und deswegen verschwinden mußten. Mitleid ist da sicherlich nicht angebracht.

Zum Autor

Der Autor Michael Fehrin ist Referent des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland und steht für Veranstaltungen zur Verfügung. Kontakt: bildungsforum@gmx.de

Alle Fotodokumente aus dem empfehlenswerten Werk:

Klaus Hesse und Philipp Springer
Vor aller Augen
Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz,
erschienen 2002 im Klartext-Verlag, Essen
ISBN 3-888474-950-1

Literaturhinweise

David Clay Large
Hitlers München - Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung, München 1998
Hier kann man viel über die Anfänge der NS Bewegung in Bayern nachlesen.

Klaus Hesse und Philipp Springer
Vor aller Augen – Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002.
Dieses Buch bezieht sich zwar nicht nur auf die SA, man kann aber auf sehr vielen der Bilder SA-Männer in Ausführung ihrer Verbrechen sehen.

Heinz Höhne
Der Orden unter dem Totenkopf –
Die Geschichte der SS, München 1967
In dieser Geschichte der SS kann man natürlich auch vieles über den "Konkurrenzverein" SA und den "Röhm" Putsch lesen.

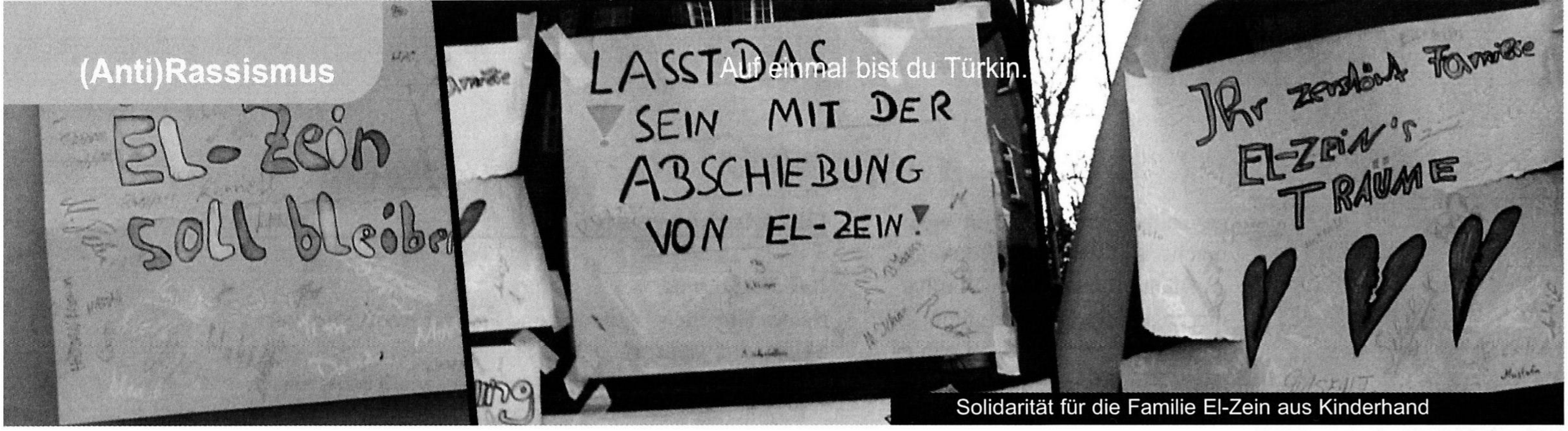
Eric A. Johnson
Der nationalsozialistische Terror – Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche, Berlin 2001
Ein gelungenes Beispiel einer Lokalstudie. Hier kann man sich die Karrieren von Gestapoleuten im Rheinland anschauen, von denen viele Mitglied der SA waren.

Ian Kershaw
Der Hitler Mythos –
Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999
Hier befindet sich ein interessantes Kapitel über die "Nacht der langen Messer – Der Führer räumt auf" und die Popularität die Hitler mit dieser Mordaktion gewann.

Ian Kerhaw:
Adolf Hitler, Stuttgart 1998

Heinz Knobloch
Der arme Epstein –
wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1996
Epstein gehörte zu den wegen des Todes von Horst Wessel zu Tode verurteilten und war der erste nach Prozess hingerichtete Jude in Nazideutschland.

Peter Longerich
Geschichte der SA, München 2003.
Das Standartwerk zur Geschichte der SA.



Solidarität für die Familie El-Zein aus Kinderhand

Von der Aktion Knastmucke - eine antirassistische Initiative

Auf einmal bist du Türkin...

100.000 libanesische Flüchtlinge von Abschiebung bedroht

Die Zukunft hatte sich Fariha ganz anders vorgestellt. Vor über 16 Jahren reiste die heute 21-jährige Studentin an der Uni Duisburg mit ihren Eltern vom Libanon über die Türkei nach Deutschland ein, um hier Asyl zu beantragen. Im Libanon galten ihre Eltern als Staatenlose, die nicht bei den Behörden registriert waren. Mitte der achtziger Jahre, nach über zehn Jahren Bürgerkrieg, war ihnen mit viel Glück die Flucht in die Türkei geglückt. Dort kaufte Farihas Vater türkische Pässe, um nach Deutschland zu gelangen. Sofort nach ihrer Ankunft in der BRD gaben die El-Zeins an, mit falscher Identität eingereist zu sein. Der Asylantrag wurde 1990 abgelehnt, aber sie bekamen als libanesische Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis. Seit drei Jahren jedoch erhält sie nur noch eine jeweils dreimonatige Duldung. Eine Arbeitserlaubnis bekamen weder die Eltern noch die volljährigen Geschwister von Fariha, so dass sie die gesamte Zeit auf Sozialhilfe angewiesen waren. Im November 2003 schließlich wurden Fariha, ihre zwischen vier und 27 Jahre alten und fast alle in Deutschland geborenen neun Geschwister sowie ihre Eltern zur 'freiwilligen' Ausreise in die Türkei aufgefordert. Am 26. Januar 2004 zwang die Ausländerbehörde Solingen dann die Familie, die türkische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Ansonsten drohe ihnen die sofortige Abschiebehaft. Die Familie bekam nun eine neue dreimonatige Duldung unter dem türkischen Familiennamen Ertem.

Aus Fariha El-Zein wurde innerhalb eines Tages ein anderer Mensch, sie ist jetzt nicht mehr 21, sondern 19 Jahre alt und ihr Geburtsort ist nicht mehr Beirut, sondern unbekannt. Ihre Muttersprache ist jetzt türkisch, auch wenn sie noch nie türkisch gesprochen hat.

Die Türkei sei ein nettes Land, weiß der Leiter der Solinger Ausländerbehörde in einem Gespräch mit Fariha, viele Leute würden dort Urlaub machen. Das Gebiet, in das die El-Zeins abgeschoben werden sollen, ist jedoch garantiert kein Urlaubsziel deutscher Touristen. Mardin heißt die im Süden der Türkei an der Grenze zu Syrien liegende Provinz. Hier ist erst vor kurzem der Ausnahmezustand aufgehoben worden. Es ist die Region, in der seit Mitte der achtziger Jahre der schmutzige Krieg des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung seine traurigen Höhepunkte fand. Libanesische Familien, die bereits abgeschoben worden sind, fühlen sich wie in die Steinzeit versetzt. Möglichkeiten, eine Arbeit oder geeigneten Wohnraum zu finden, gibt es kaum. Dazu kommt die Sprachbarriere.

Bereits seit einigen Jahren arbeiten die bundesdeutschen Behörden verstärkt daran, die bundesweit schätzungsweise 60.000 bis 100.000 Flüchtlinge aus dem Libanon loszuwerden. In der Mehrzahl waren die Urgroßeltern der Betroffenen in den zwanziger Jahren aus dem heutigen Gebiet der Türkei in den Libanon gesiedelt, dort aber nicht legalisiert worden. Aus diesem Umstand konstruieren deutsche Ausländerbehörden jetzt so genannte kurdische Libanesen. Im Frühling 2000 machte bereits die Stadt Essen bundesweit Schlagzeilen, weil die zuständige Ausländerbehörde bei 40 Menschen aus dem Libanon durch DNA-Analysen feststellen wollte, aus welcher Region die Flüchtlinge kommen.

Erst vor kurzem besuchte Innenminister Otto Schily Beirut, um ein Rückübernahmeabkommen für libanesische Flüchtlinge auszuhandeln. Bei den Gesprächen mit den örtlichen Behörden wurde vereinbart, alle Akten von nach Deutschland geflüchteten Libanesen noch ein mal nach eventuell falschen Identitäten zu überprüfen. In diese Überprüfung werden offensichtlich selbst Menschen, die bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, einbezogen.

Am 6. April 2004 beginnt nach über einem Jahrzehnt ein Verfahren gegen Farihas Vater vor dem Amtsgericht Solingen wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz. Vorwurf: Einreise in die BRD mit gefälschten Pässen.

Widerstand regt sich

Erster Widerstand gegen Schilys Massenabschiebungspläne regte sich in Bremen. Dort protestierten, demonstrierten die betroffenen Flüchtlinge mit Unterstützung von deutschen AntirassistInnen über zwei Jahre lang - mit Erfolg. Bremen ist das einzige Bundesland, dass keine LibanesInnen mehr abschiebt.

Dass es juristisch kaum Aussicht auf Erfolg gibt, sondern nur politischer Druck in Form von Öffentlichkeitsarbeit weiterhilft, meint auch der Anwalt der Familie El-Zein. In verschiedenen NRW-Städten, wie z.B. in Schwelm, melden sich bereits die ersten betroffenen Flüchtlinge zu Wort und organisieren die ersten Protestaktionen.

Foto: P. Juelich

Von Arndt Printen

Aachener Beweisketten

Staatsanwaltschaft auf "Anti-Antifa"-Kurs

Mit einer Serie von Hausdurchsuchungen überzog die Aachener Staatsanwaltschaft im letzten Jahr linke Zusammenhänge. Sie stützt hierbei ihre Ermittlungen auf absurde Beschuldigungen und teilweise offensichtlich falsche Aussagen von Neonazis. Allein im letzten Jahr ließ die Staatsanwaltschaft fünf Hausdurchsuchungen bei AntifaschistInnen durchführen, nachdem Neonazis diese bei den Behörden belastet hatten. Doch auch aus eigenem Antrieb wurde sie aktiv, denn zeitgleich häuften sich die Verfahren gegen KriegsgegnerInnen, die anlässlich des Irakkrieges auf Waffentransporte durch Deutschland aufmerksam machten. Die Fälle gegen AntifaschistInnen zeigten immer das gleiche Schema der Repression.

Die Staatsanwaltschaft als "Anti-Antifa"

Im Dezember 2002 observierte und durchsuchte der Staatsschutz die Wohnung der Eltern eines Aachener Studenten. Neonazis hatten ihn einer Körperverletzung in Langerwehe im Vorfeld einer neonazistischen Demonstration beschuldigt. Als den Neonazis eine umfangreiche polizeiliche Bildersammlung von linken Demonstranten vorgelegt wurde, meinten sie den Studenten aus Aachen wiederzuerkennen. Die vermeintliche Identifizierung als Täter durch die Neonazis erfolgte aufgrund seiner Dreadlocks, obwohl die Angreifer von Langerwehe AugenzeugInnen zufolge allesamt vermummt waren. Doch die Staatsanwaltschaft glaubte den Neonazis und nutzte die angebliche Identifizierung für eine Hausdurchsuchung. Was sie dort zu finden hoffte (einige verletzte Neonazis im Schrank?), wird wohl für immer ihr Geheimnis bleiben. Aber damit nicht genug: Offenbar zur Einschüchterung der Eltern behauptete ein Staatsschutzbeamter, gegen den Studenten läge ein Haftbefehl vor. Dies war glatt gelogen, ebenso wie die folgenlose Aussage der Neonazis. Es stellte sich heraus, dass der Student zur Tatzeit hunderte Kilometer von Langerwehe entfernt war. Das Ermittlungsverfahren musste eingestellt werden. Dennoch wird dem Studenten keine Entschädigung zugestanden und er muss seine Anwaltskosten selbst tragen.

Repression wegen "Beihilfe zur Beleidigung"?

Im Mai 2003 fand eine "antifaschistische Kaffeefahrt" im Raum Düren/Aachen statt. Vor den Häusern mehrerer bekannter Neonazis wurden kurze Stopps eingelegt, um die AnwohnerInnen über die Tätigkeiten ihrer neofaschistischen Nachbarn zu informieren. Eine kreative Aktion ohne "Zwischenfälle", abgesehen von einem Neonazi, der eine Bierflasche aus dem Fenster in Richtung der DemonstrantInnen warf. Einige Tage später marschierten etwa 20 Neonazis vor dem Haus des Sprechers der Bürgerinitiative (BI) "Gemeinsam gegen Neonazis" in Eschweiler auf. Die verständigte Polizei traf erst etwa 30 Minuten später ein. Die Neonazis hatten sich da bereits wieder entfernt. Die große Überraschung kam einen Tag später. Die Polizei kam erneut, diesmal ungerufen und durchsuchte die Wohnung des Sprechers der (BI). **Karsten und Michael Büttgen,** beide mutmaßliche Mitglieder der "Kameradschaft Aachener Land" (KAL) hatten gegenüber der Staatsanwaltschaft behauptet, den Sprecher der BI auf der Kaffeefahrt zweifelsfrei gesehen zu haben. Zudem fühlte sich ihr Vater durch ein Flugblatt, welches angeblich auf dieser Kaffeefahrt verteilt worden war, als Neonazi verunglimpft. Obwohl gegen Karsten Büttgen bereits wegen des Verdachts der Falschaussage in einem Prozess um einen vorgetäuschten Milzbrandanschlag aus dem engeren Umfeld der KAL ermittelt wird, wurde seiner Aussage offenbar geglaubt. Die Wohnung des Sprechers der BI wurde aufgrund dieser Aussagen von der Polizei wegen

Beleidigung durchsucht. Was die Beamten wohl finden wollten? Schriftlich fixierte Beleidigungen, quasi als Spickzettel zur fehlerfreien Anwendung?

Im Laufe der Ermittlungen stellte sich dann heraus, dass der Beschuldigte definitiv nicht an der Kaffeefahrt teilgenommen hatte. Eine Schlappe für die Aachener Staatsanwaltschaft, welche sie auf ihre Art ausglich. Nein, nicht mit einer Entschuldigung, sondern mit einer weiteren Hausdurchsuchung beim Sprecher der BI. Diesmal lautete der Vorwurf "Beihilfe zur Beleidigung" und der Computer des Beschuldigten wurde beschlagnahmt. Im Laufe der Ermittlungen wurden elf AntifaschistInnen zur staatsanwaltlichen Vernehmung vorgeladen, machten aber von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch. Inzwischen ist das Verfahren eingestellt. Leider ist aber davon auszugehen, dass den Neonazis inzwischen diverse Namen ihrer GegnerInnen bekannt geworden sind.

Ebenfalls aufgrund dieser antifaschistischen Kaffeefahrt wurde der Geschäftsführer der PDS im Kreistag Aachen unter Androhung unmittelbaren Zwangs erkennungsdienstlich behandelt. Seine Fotos sollen den Neonazis vorgelegt werden. Seine Wohnung wurde durchsucht und einige Schriftstücke mit seiner Unterschrift beschlagnahmt. Er soll den Bus für die Kaffeefahrt bestellt haben und der Aachener Staatsanwalt Burr meinte, gegen ihn wegen Beleidigung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz sowie gegen das Kunsturhebergesetz ermitteln zu müssen. Doch was suchten die Beamten hier bei der Hausdurchsuchung? Ein Megaphon! Wollten sie das Megaphon schütteln, bis mögliche Beleidigungen herausfallen? Hatten die Beleidigungen Spuren am Megaphon hinterlassen? Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Aachener Beweisketten

Nachdem sich **Mark Königs**, laut Aachener Antifa ebenfalls Mitglied der KAL, über die Veröffentlichung seines Bildes im Internet beschwert hatte, entschloss sich die Aachener Staatsanwaltschaft im Januar 2004, die Wohnung eines ehemaligen Aachener Studenten durchsuchen zu lassen. Sein Computer und seine CD-ROMs wurden beschlagnahmt. Wie die Staatsanwaltschaft darauf kommt, ausgerechnet diesem Menschen eine Verantwortung für die beanstandete Veröffentlichung im Internet zuzuschreiben, ist bis heute unklar. Er soll im Zusammenhang mit

"Erfüllungsgehilfen der Neonazis"

Interview mit einem Mitglied des Ermittlungsausschusses (EA) in Aachen

Welches Ziel verfolgt die Staatsanwaltschaft in Aachen mit der Eröffnung von Ermittlungsverfahren, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt sind?

Da die Staatsanwaltschaft jede noch so schlechte Vorlage der Neonazis dankbar annimmt und daraus einen Anlass für eine Hausdurchsuchung macht, scheint es ihr nicht in erster Linie um Verurteilungen zu gehen. Die Einschüchterung, Verunsicherung und das Ausspähen von linken AktivistInnen reichen als Ziel wohl aus. Sicherlich sind diese Ziele andere, als die der Neonazis, aber die Staatsanwaltschaft lässt bei ihrem Vorgehen auch keinerlei Distanz zu diesen erkennen. Sie macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Neonazis.

Die "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes / Bund der AntifaschistInnen" (VVN/BdA) warf nach einigen dieser Vorfälle der Staatsanwaltschaft "Kumpanei" mit der extremen Rechten vor. Wie siehst du das?

Die Vorlage von Fotos und das Ermöglichen, dass Neonazis an Namen von AntifaschistInnen gelangen, und das nach haarsträubenden Ermittlungen, sprechen für sich. Ein zusätzlicher Beleg ist der Umgang der Staatsanwaltschaft mit Anzeigen gegen Neonazis. So wurde bekannt, dass Nachbarn des KAL-Mitglieds **Rene Laube** zahlreiche Anzeigen wegen Neonazi-Feiern und damit verbundenen Propaganda-Straftaten einreichten, die allesamt von der Staatsanwaltschaft ignoriert wurden. Eine weitere interessante Variante des Zusammenwirkens zwischen Neonazis und Staatsanwaltschaft offenbarte sich im Rahmen eines Prozesses gegen Antifaschisten wegen einer Blockade bei der extrem rechten Burschenschaft "Libertas Brünn". Der Anzeigenerstatter und NPDler **Oliver Harf** hatte vor Prozessbeginn Absprachen mit dem Staatsanwalt getroffen, die in den Akten fehlten.

Kann gesagt werden, welches Spektrum von der Repressionswelle der Aachener Staatsanwaltschaft betroffen ist?

Bisher hat es Linke, die Bürgerinitiative gegen Rechts und öffentlich arbeitende KriegsgegnerInnen getroffen. Zu den KriegsgegnerInnen: Im Januar 2004 stand ein junger Mann vor Gericht, dem vorgeworfen wurde, er habe während einer Demonstration gegen Waffentransporte ein Transparent an einer Bahnstrecke aufgehängt. Die Anklage lautete auf schweren Eingriff in den Schienenverkehr, obwohl die Bahnstrecke zu dieser Zeit für den Verkehr gesperrt war, was sowohl der Angeklagte als auch der BGS wussten. Der BGS war auch von Anfang an für eine Einstellung des Verfahrens, nicht aber die Aachener Staatsanwaltschaft. Das Verfahren landete vor Gericht und ist jetzt erst einmal auf unbestimmte Zeit vertagt. Offensichtlich versucht die Staatsanwaltschaft, noch Zeugen vom BGS zu finden, die eine Aussage machen, in der die Sperrung der Bahnlinie relativiert oder verneint wird.
Auch das "Aachener Antikriegsbündnis" (AKB) ist zur Zeit Opfer der Aachener Staatsanwälte. Zu Zeiten des letzten Golf-

der Internetadresse als Kontoinhaber der Fachschaft Philosophie der RWTH Aachen aufgetaucht sein. Weiterhin sei die Adresse Goethestr.3 im Zusammenhang mit der monierten Internetseite aufgetaucht. Es handelt sich hier um ein ehemals besetztes Haus, bei dessen Räumung der Beschuldigte zusammen mit 18 weiteren Personen festgenommen worden war. Wieso ausgerechnet ihn dies als Urheber der beanstandeten Veröffentlichung qualifiziert, verrät der Staatsanwalt nicht.

Antifaschismus verjährt nie?

Ein Aachener Antifaschist erhielt Ende 2003 zwei staatsanwaltschaftliche Vorladungen als Zeuge in Sachen "Sandhäuschen". Vor sechs Jahren kam es dort zu Protesten gegen eine Veranstaltung von Neonazis und rechten Burschenschaften, die sich gegen die Wehrmachtsausstellung in Aachen richtete. Anscheinend führt die Staatsanwaltschaft wegen dieser Proteste heute noch, also sechs Jahre später, Ermittlungsverfahren durch.

krieges hat es mit "Waffeninspektionen" darauf hingewiesen, wo in der Aachener Region Waffen produziert, gelagert und mit ihnen geübt wird. Mehrere Personen werden wegen dieser spontanen Aktionen unter dem Vorwurf der Verletzung des Versammlungsrechts strafrechtlich verfolgt. Auch in diesen Fällen beantragte die Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen. Diese wurden durch das Amts- und Landgericht jedoch ausnahmsweise wegen Unverhältnismäßigkeit abgelehnt.
Die willkürliche Auswahl der Betroffenen und die Breite ihres politischen Bezugs lässt vermuten, dass die Aachener Staatsanwaltschaft jegliches kritisches außerparlamentarische Engagement einschüchtern will und es jede und jeden aus diesen Spektren treffen kann.

Konnten Neonazis Linke so mit Anzeigen überziehen, weil sie so viel über ihre Gegner wussten?

Sicherlich ist Vorsicht geboten, damit Neonazis nicht unnötigerweise Informationen über AntifaschistInnen bekommen. Aber in den letzten Fällen war es, bis auf den Fall des Sprechers der BI aus Eschweiler, stets die Staatsanwaltschaft, die initiativ wurde, was zur Folge hatte, dass die Neonazis in den Besitz von Infos kamen. Und als Sprecher einer BI über ein Jahrzehnt unbekannt zu bleiben, ist gerade in einer ländlichen Gegend schlichtweg unmöglich.

Was kann gegen diese Repression unternommen werden?

Öffentlichkeit herstellen und um Unterstützung werben, wie halt in allen anderen Bereichen auch, zum Beispiel durch Presseerklärungen und öffentliche Protestaktionen. Vor der Aachener Staatsanwaltschaft hat es anlässlich der Vorladungen zur Kaffeefahrt bereits eine Kundgebung gegeben, die der Staatsanwaltschaft sichtlich unangenehm war. Es sind definitiv noch weitere öffentliche Protestaktionen geplant.

Von Jan Spreuk

Kesseltreiben

Dortmunds Polizeipräsident Hans Schulze versuchte sich in der Kunst, eine schwere Schlappe geschickt zu bemänteln. Am 9. Februar ließ er seine Pressestelle eine Mitteilung verbreiten, bei der schon die Überschrift wenig mit der Realität zu tun hatte: "Verwaltungsgericht Gelsenkirchen mit überraschender Bewertung". Viereinhalb Absätze und einige Ablenkmanöver weiter war die Katze endlich aus dem Sack: "Um das Verfahren nicht unnötig zu verlängern und einen Schlussstrich unter das mehrjährige Verfahren zu ziehen, erkennt das Polizeipräsidium Dortmund gegenüber dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen die Rechtswidrigkeit der Maßnahmen an." Mit den "Maßnahmen" gemeint war die Einkesselung von DemonstrantInnen gegen die Neonazi-Aufmärsche vom Oktober und Dezember 2000 in Dortmund. Sie war rechtswidrig, wie die Gelsenkirchener Richter in einem "Richterbrief" Schulze eineinhalb Wochen vor dem Verhandlungstermin ins Stammbuch geschrieben hatten.

Das VG Gelsenkirchen mochte – anders als von der Polizeiführung offenbar gewünscht – von der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht abweichen. Die Richter betonten in ihrem Schreiben an das Polizeipräsidium, dass die DemonstrantInnen unter dem Schutz des Artikel 8 Abs. 1 GG gestanden hätten. Eine Anwendung des Polizei- und Ordnungsrechts wäre erst möglich gewesen, wenn die Versammlungen zuvor für aufgelöst erklärt worden wären - was aber nicht geschehen war. Schulze hätte also bei einer mündlichen Verhandlung vor dem Gelsenkirchener VG keine Chance gehabt – und ebenso wenig vor dem OVG in Münster, das dem Kessel-Fan von der Markgrafenstraße im März 2001 sogar schon einmal vorbeugend untersagt hatte, mit Demonstrationsteilnehmern so umzuspringen wie im Jahr zuvor, als einige hundert, vor allem junge Leute eingekesselt, stundenlang eingesperrt und am Ende mit Strafverfahren überzogen wurden. Es war also höchste Zeit für den Polizeipräsidenten, noch vor der Peinlichkeit eines Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht zurückzurudern und sich öffentlich über die angeblich "überraschend ungünstige Bewertung der polizeilichen Maßnahmen" und eine richterliche "Neubewertung im laufenden Gerichtsverfahren" zu wundern, um wenigstens halbwegs das Gesicht zu wahren. Und um gleichzeitig aber zu signalisieren, dass man nun von sich aus einen "Schlussstrich" ziehen wolle: Ein guter Polizeipräsident ist halt einer, der Qualen – zumal die eigenen – "nicht unnötig verlängert".

Während Schulze, wenn auch zähneknirschend, auf der Höhe der Zeit angekommen scheint, gilt dies nicht für alle Teile des Dortmunder Justizapparates. Die Sprecherin der Staatsanwaltschaft erklärte gegenüber der WAZ: "Die Argumentation des Verwaltungsgerichts überzeugt uns nicht." Auch eine neue Erfahrung: eine Anklagebehörde, die sich weigert, Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und des Bundesverfassungsgerichts anzuerkennen.

Von Stefan Kowal

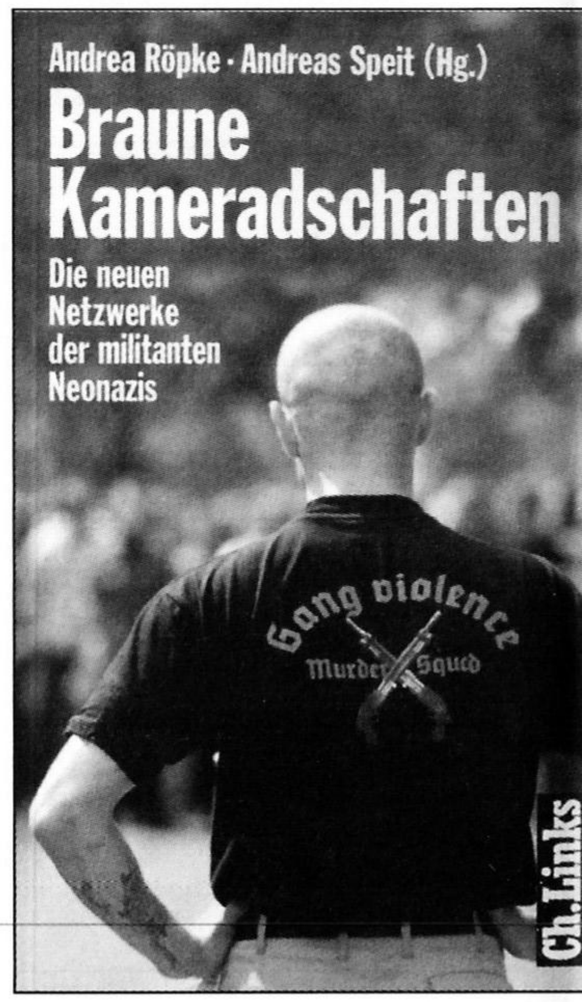
Braune Kameradschaften

Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis

Gab es zu Beginn der 90er Jahre in Deutschland noch eine Vielzahl neonazistischer Parteien und parteienähnlicher Organisationen, so hat sich das Bild seitdem gewandelt. Nach den Verboten von FAP, NF, NL, DA und anderen sind es neben der NPD/JN vor allem die „Freien Kameradschaften", welche bundesweit die bedeutendste Struktur neonazistischer Organisierung darstellen.

Mit dem im März 2004 im Ch.Links-Verlag erschienenen Sammelband „Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis" liegt jetzt der erste Versuch vor, mittels eines Buches einen Gesamtüberblick über die Ideologie, Strategie, Praxis und Struktur der „Freien Kameradschaften" zu geben. Andrea Röpke, Andreas Speit, Christian Dornbusch, Jan Raabe, Heike Kleffner und Alexander Hoffmann gehen in ihren Beiträgen auf Aspekte wie die scheinbar führerlose Struktur der „Freien", deren Strategie, Gewaltbereitschaft, das Zusammenspiel mit RechtsRock, die Rolle von Frauen, die Schaffung von Infrastruktur durch Ankäufe von Immobilien, die Identitätsbildung durch Dresscodes, die Eingebundenheit in die Mitte der Gesellschaft und auf internationale Beziehungen ein.

Sämtliche AutorInnen sind ausgewiesene Fachleute zum Thema extreme Rechte und haben ihre Beiträge auf Grundlage jahrelanger Recherchen erstellt. An fehlender Fachkenntnis dürfte es also sicherlich nicht liegen, dass das Buch stellenweise etwas oberflächlich wirkt. Dieses scheint eher der Gesamtkonzeption des Buches geschuldet zu sein, das in journalistisch aufbereiteter und leicht lesbarer Form ein breiteres Spektrum an LeserInnen ansprechen möchte, und weniger Fachmenschen, beispielsweise informierte AntifaschistInnen. Aber auch Letzteren hat das Buch etwas zu bieten: neben einzelnen Aspekten, die sich möglicherweise bisher der eigenen Wahrnehmung entzogen, nicht zuletzt auch einen fundierten Gesamtabriss. Dieser macht deutlich, dass die Warnungen antifaschistischer Gruppen vor dem zunehmenden Organisierungs- und Mobilisierungsgrad der „Freien" keineswegs Panikmache, sondern mehr als berechtigt sind. Somit leistet dieses Buch antifaschistischen Gruppen bei ihrer Aufklärungsarbeit einen wichtigen Dienst.

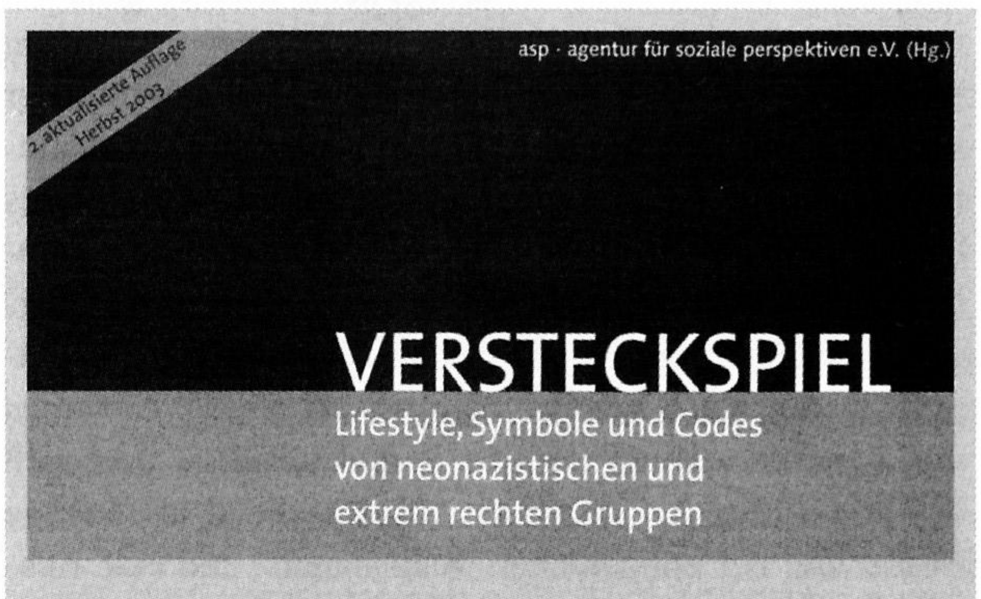


Etwas irritierend bleibt das „Verzeichnis der wichtigsten ‚Freien Kameradschaften' in Deutschland" im Anhang des Buches. Laut Klappentext soll dieses „Einflussmöglichkeiten" der "Kameradschaften" in "nahezu allen Regionen der Bundesrepublik" verdeutlichen. Dazu hätte es aber mehr bedurft als pro Bundesland zwischen einer und 14 „Kameradschaften" namentlich aufzulisten. Es erschließt sich hieraus lediglich, dass es in allen Bundesländern „Freie Kameradschaften" gibt. Ärgerlich sind auch kleinere Fehler, wie z.B. die unter „Nordrhein-Westfalen" aufgelistete „Kameradschaft Rhein-Ahr". Diese „Kameradschaft" ist nicht mehr aktiv, ihre Hauptaktivisten waren zudem im Raum Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) beheimatet *(vgl. LOTTA Nr. 14, S. 26)*. Der positive Gesamteindruck des Buches wird hierdurch aber nur unwesentlich beeinträchtigt.

LOTTA sagt: Empfehlenswert!

Andrea Röpke/ Andreas Speit (Hg.)
Braune Kameradschaften -
Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis
März 2004, Ch. Links Verlag, Berlin
206 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 3-86153-316-2

LOTTA empfiehlt...



asp - agentur für soziale perspektiven e.V. (Hg.)
Versteckspiel
Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Bezug der zweiten, aktualisierten Auflage gegen 3 Euro + 1 Euro Versand über:

rat - reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Impressum

V.i.S.d.P.: J. Fürst, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

LOTTA abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

Kontoinhaber: J. Fürst
Geldinstitut: Postbank Essen
Bankleitzahl: 36010043
Kontonummer: 479250438

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahres-Einzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo, Standard "Stino"	13 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Ente"	18 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Mittelklasse"	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo "S-Klasse"	..... Euro

Archiv-Packs (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben I (Nr. 5 bis 7)	4 Euro
O Ausgaben II (Nr. 8 bis 10)	5 Euro
O Ausgaben III (Nr. 11 bis 15)	10 Euro

Einzelexemplare (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgabe .... (bis Ausgabe Nr. 7)	2 Euro
O Ausgabe .... (Ausgabe Nr. 8 bis Nr. 13)	3 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe 14)	3,50 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis auf Euer Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis in bar beigelegt.

» *Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).*
» *Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn es nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten bezahlten Ausgabe eine Kündigung bei uns eingegangen ist.*
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren Rabatt. Näheres siehe www.free.de/lotta unter "Abo" oder per Anfrage an lotta@koma.free.de.

An die
LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift

ANTIFASCHISTISCHE AKTION